

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14./15. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 3. Dezember 2018

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: A. Steiner (GLP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 14./15. Sitzung: D. Schneider (FDP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.*	18.106	Wahl von vier zusätzlichen Delegierten in den Zweckverband RWU für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.*	18.75 (DB)	Inkraftsetzung des 1. Nachtrags zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung	
4.*	18.105 (DSO)	Beitrag von je Fr. 40'000 an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur für den Betrieb des Treffpunkts Vogelsang in den Jahren 2019 und 2020	R. Lüchinger
5.*	18.78 (DTB)	Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Abfall- und Energieunterricht an den Winterthurer Volksschulen	R. Diener
6.*	18.104 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	M. Nater
7.*	18.61 (DKD)	Umsetzung der Motion betr. «Überführung Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012.117); Erlass einer Theaterverordnung zur Ausgliederung Betrieb «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG»	S. Kocher
8.(*)	18.98 (DFI)	Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»	Verschiedene

9. 18.86 (DB) Kommunale Nutzungsplanung: Festsetzung der Umzonung Wallrüti und des öffentlichen Gestaltungsplans «Schulhaus Wallrüti» **M. Bänninger**
10. 18.87 (DB) Kredit von Fr. 28'418'000 für den Ersatzneubau des Klassentraktes, den Umbau des Singsaal- und Turnhallentraktes der Sekundarschulanlage Wallrüti in Oberwinterthur, für einen Ergänzungsbau zum Kindergarten und den Ersatz des Baumbestandes mit Instandstellung des Schulparkplatzes **M. Bänninger**
11. 18.99 (DSU) Schlussbericht «Sicherheitskonzept der Stadt Winterthur» vom 6. Sept. 2018 **B. Helbling**
12. 18.37 (DSU) Monitoring und Controlling 2012 – 2016 zum Massnahmenplan Energiekonzept 2050 **S. Müller**
13. 17.38 (DFI) Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), Th. Leemann (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft Römertor
14. 18.110 (DSS) Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. PraktikantInnen in Kitas
15. 17.37 (DSS) Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) und R. Keller (SP) betr. zusätzliches Hallenbad für W'thur
16. 17.14 (DKD) Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sorgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader
17. 17.65 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss
18. 17.10 (DSO) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren
19. 17.23 (DSO) Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich
20. 16.20 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter
21. 16.59 (DSO) Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär»
22. 16.82 (DTB) Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften
23. 17.97 (DTB) Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand
24. 17.98 (DTB) Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. «Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen»

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse alle herzlich zur 13. Sitzung dieser Legislatur. Für beide Sitzungen entschuldigt hat sich David Schneider. Verspätet eintreffen werden Felix Steger und Regula Keller.

Im Rat begrüsse ich heute ausnahmsweise niemanden neu, dafür darf ich jemand Neuen aus der Verwaltung begrüssen. Ich begrüsse ganz herzlich Reto Stuppan, unseren neuen Finanzchef. Er hat heute seinen ersten Arbeitstag und darf gleich der ersten Budgetdebatte folgen. Ich wünsche ihm einen guten Einstieg und viel Erfolg bei der neuen Aufgabe.

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben einige Fraktionserklärungen. Die SP-Fraktion hat eine Fraktionserklärung, Maria Sorgo bitte.

M. Sorgo (SP): Die SP-Fraktion hat mit einigem Befremden am Wochenende festgestellt, dass die CVP Winterthur zusammen mit dem Stadtpräsidenten auf dem Pausenplatz des Schulhauses St. Georgen einen Baum gepflanzt hat. Der Baum an sich ist ja schön, und es könnte ja sein, dass die Partei, die im Moment die Umweltministerin hat, der Umwelt etwas Gutes tun möchte. Aber dass es da nicht um eine uneigennützige Tat ging, um eine Aufwertung des Pausenplatzes, zeigt das Widmungs- oder besser gesagt Werbeschild, das vorne dran steht und auf dem die CVP Winterthur und der Stadtpräsident Michael Künzle der Winterthurer Bevölkerung für die Unterstützung bei den Wahlen 2018 danken. Diese in Stein gemeisselte politische Werbung auf öffentlichem Grund wirft für uns Fragen auf. Wir fragen uns, warum und wie häufig die Stadt Winterthur bei der Gestaltung von Pausenplätzen oder auch von anderem öffentlichen Grund, v.a. wenn er so zentral liegt wie jetzt dieser Pausenplatz, auf privates oder politisches Sponsoring zurückgreift. Wie kam es in diesem konkreten Fall dazu, dass eine Partei auf öffentlichem Grund Wahlwerbung platzieren kann? Wer hat diese Aktion bewilligt und auf welchen Richtlinien stützte sich diese Aktion ab?

Wir von der SP stellen uns klar gegen politische Werbung dieser Art. Insbesondere finden wir, dass es der Partei, die den Stadtpräsidenten stellt im Moment, nicht würdig ist, auf einem Pausenplatz Parteipolitik zu betreiben, indem eine Widmung in das Messingtäfelchen geritzt wird. Unsere Position ist klar: Öffentlicher Boden, und im speziellen, wenn es Schulen betrifft, muss politisch neutral bleiben. Wir wollen keine Infrastruktur mit einem «sponsored by» und die Bereitstellung oder der Unterhalt von öffentlicher Infrastruktur ist aus unserer Sicht die Aufgabe der öffentlichen Hand, sie gehört zum Service Public und soll auch von der öffentlichen Hand finanziert werden. Von der CVP und vom Stadtpräsidenten hätten wir dahingehend mehr Sensibilität erwartet, wenn es um politische Werbung im eigenen Namen auf öffentlichem Grund geht. Die Widmung gehört aus unserer Sicht entfernt. Der Baum selber, als unschuldiges Opfer einer politischen Werbeaktion, darf gerne stehenbleiben.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich danke der SP herzlich, dass sie uns diese Bühne geben. Ich habe heute darauf verzichtet, eine Medienmitteilung herauszugeben, weil wir nach einer anderen Lösung suchen. Es ist richtig: Der Spickel, bei dem wir jetzt auch am Abklären sind, wen dieser gehört, gehört gemäss Stand jetzt zur Schule, also zum St. Georgen-Schulhaus. Natürlich, wir teilen Eure Meinung, da muss er weg. Das sind wir bereits am Aufgleisen. Es hätte keine Medienmitteilung gegeben, wir hätten das noch korrigiert, aber dank Eurer SP-Fraktionserklärung weiss es jetzt die ganze Stadt, dass die CVP Winterthur sich für die Wahlunterstützung im Frühling bedanken wollte. Das war der eine Teil, und zum zweiten, zum Vorstellen unserer guten Kandidatinnen und Kandidaten für die Kantonsratswahlen 2019.

Ratspräsidentin A. Steiner: Zum gleichen Thema eine persönliche Erklärung von Andreas Geering.

A. Geering (CVP): Ich bin etwas erstaunt über Eure Fraktionserklärung. Was kann denn falsch sein an einem neuen Baum in der Stadt Winterthur? Und was kann falsch sein an einem Dank an die Winterthurer Bevölkerung für die Unterstützung bei den Wahlen? Und ist es nicht so, dass immer dort, wo wir ein Sponsoring haben, sei das ein Baum oder sonst in einer Art, dass der Sponsor auch genannt wird, in einer Form, bei der man auch später noch lesen kann, wer gesponsert hat und wieso gesponsert wurde?

Es war nicht das erste Mal, dass die CVP Winterthur einen Baum gesponsert und gepflanzt hat. Das gab es in der Geschichte schon einmal, im Stadtpark, und damals beschwerte sich niemand darüber, sondern diejenigen, die es feststellten, freuten sich darüber.

Und wir hoffen, dass abgesehen von der SP-Fraktion sich der Rest der Stadt auch dieses Mal über unseren Baum freut.

Der Standort wurde uns von der Stadtverwaltung so zugewiesen und ich bin davon ausgegangen, dass es bei einem Standort, der von der Stadt zugewiesen wurde, auch kein Problem ist, wenn der Baum dort steht, wo er jetzt steht.

Insofern möchte ich da einfach noch zum Ausdruck bringen, dass wir uns freuen über die Unterstützung, die wir bei den letzten Wahlen hatten, und dass wir uns mit diesem Baum dafür bedanken wollten.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere Fraktionserklärung von der Fraktion Grüne/AL, Reto Diener.

R. Diener (Grüne/AL): Ich bedanke mich natürlich sehr bei Maria Sorgo für den Hinweis über diese Vorfälle rund um das Schulhaus St. Georgen. Es ist doch immer wieder toll, wenn es eine Partei gibt, die uns einfach eine Politposse zur Verfügung stellt. In dem Sinne möchte ich der CVP danken für das, was passiert ist.

Wir sind noch mit einem anderen Thema unterwegs, das ich aufgreifen möchte. Es geht uns um den Umstieg auf die erneuerbaren Energien und den Klimaschutz. Wir wissen alle, dass wir da nicht auf Kurs sind. Wir haben da schon verschiedene Informationen dazu erhalten und rundherum gehört. Unterdessen jagen sich die Wärmerekorde, Jahr für Jahr, einer mehr als der andere. Wir haben einen CO₂-Gehalt in der Luft, der seit Jahrmillionen nie mehr erreicht wurde. Und wir haben einen Rückgang der Biodiversität, der massiv ist. Wir verlieren jedes Jahr x Vogelarten. Man konnte jetzt feststellen (wissenschaftlich erhärtet), dass bereits $\frac{3}{4}$ - unglaublich, $\frac{3}{4}$! - der Insektenpopulationen von der Biomasse verschwunden sind. Welche Folgen das hat für unsere Gesellschaft, muss ich niemandem erklären. Wir wissen sehr genau, dass diese Insekten, gerade auch für uns Menschen, eine sehr grosse und wichtige Rolle spielen.

Zurück zur Winterthurer Situation: Wir haben ein Energiekonzept 2050. Wir haben einen Bericht dazu erhalten, der uns als Controlling- und Massnahmenbericht aufzeigte, dass wir überall oder fast überall mit den Massnahmen nicht auf Kurs sind. «Blockiert» heisst es, «harzig», «Ressourcen fehlen» und und und. Wir müssen mehr machen, um da auf Kurs zu kommen. Das wissen wir alle. Das ist aber auch nicht gratis zu haben. Auch das wissen wir alle sehr genau.

Dazu kommt, und jetzt kommen wir zum Budget, dass wir in dieser Stadt auch viele andere grosse Aufgaben haben, die uns eine Herausforderung stellen für die Zukunft. Wir denken z.B. an die grossen planerischen Leistungen und Aufgaben, die wir abdecken müssen im Zusammenhang mit dem Infrastrukturvorhaben, das sich rund um den Bahnhof abspielen wird, nämlich den Brüttener Tunnel und was da rundherum alles rundum abgehen wird. Die Gleiskorridor-Thematik und die zukünftige städtebauliche Nutzung vom ganzen Raum Bahnhof ist von eminenter Bedeutung für die Stadt Winterthur. Wenn wir da nicht mit personellen Ressourcen dahinter gehen, die gerade der SBB ein Gegengewicht entgegensetzen können, dann werden wir einschauen.

Dazu kommen Herausforderungen im Bereich von grosszyklischen Sanierungen, die wir haben in der Stadt Winterthur, von den eigenen Anlagen, die uns sehr viel Geld kosten werden in Zukunft, für die wir ein Polster, das wir anlegen können, immer möglich nutzen müssen.

Und das Dritte ist: Wir wissen auch genau, dass wir mit den Sanierungsthemen wie der PK grosse Herausforderungen haben, die auf die Stadt zukommen, für die wir zwar Rückstellungen gebildet haben, aber von denen wir nicht wissen, ob sie tatsächlich reichen werden. Zum Schluss: Ohne Personal ist das alles nicht zu stemmen. Deshalb stellen wir uns konsequent in dieser Beratung zum Budget gegen irgendwelche Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals und setzen uns zur Wehr gegen Einschränkungen der Leistungen der öffentlichen Verwaltung der Stadt Winterthur. Aber nicht nur das. Wir werden sogar punktuell gewisse Ausbaumassnahmen beantragen und unterstützen. Wir müssen uns nämlich gerade auch im Zusammenhang mit der Klimathematik, mit diesen grossen Vorhaben, allenfalls auch verstärken und besser aufstellen. Wir brauchen eine Stärkung der Umweltschutzfachstelle, damit diese Projekte, bei denen wir sehen, dass sie harzig laufen oder blockiert sind, vorankommen. Und wir sind der Meinung, dass die Stadt Winterthur als Vorbild vorangehen und ihren eigenen Stromverbrauch wieder auf einen Level stellen soll, den sie teilweise mindestens schon immer hatte, den sie teilweise auch heute schon hat – nämlich auf den Silberstrom. Der wird heute bereits von Stadtwerk genutzt und den hatten wir auch schon einmal für die öffentliche Beleuchtung, und dann wieder zurückgefahren wurde auf die nächste Kategorie. Wir möchten das rückgängig machen und stellen deshalb dort Anträge. Und als Letztes: Wir werden auch den Antrag stellen auf eine kleine, massvolle Steuererhöhung, die nichts anderes ist, als das rückgängig zu machen, das in den Sparprogrammen der letzten Jahre durchgeführt wurde, bei dem man überall gedrückt und gedrückt hat, und das man wegen der bürgerlichen Mehrheit dann letztendlich reduziert hat. Im Rahmen der Verantwortung für die Zukunft, vor diesen Herausforderungen, die ich kurz geschildert habe, und eben auch für zukünftige Generationen, für das Sicherstellen, für den Erhalt einer Lebensgrundlage für zukünftige Generationen, bitte ich Sie, dem doch zuzustimmen und das dann zu unterstützen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch eine 3. Fraktionserklärung von der Fraktion SVP/PP. Marc Wackerlin bitte.

M. Wackerlin (SVP/PP): Am Samstag vor der Budgetdebatte machte eine E-Mail mit fragwürdigen Forderungen die Runde. Absender war der Präsident «Forum Architektur Winterthur» im Namen des Vorstandes. Darin wurde die geplante Streichung des Aufbaus von 2,5 Vollzeitstellen kritisiert. Zum einen mischte er sich damit natürlich in die Politik ein, was ein von der öffentlichen Hand unterstützter Verein nach Meinung des Gemeinderats nicht tun sollte, zumindest wurde ein solches Verbot das beim «House of Winterthur» explizit von der Mehrheit eingefordert. Wirklich schlimm aber ist die Begründung für diese Stellen: Man müsse «den grossen Playern wie SBB, ASTRA, Implenia etc. die Stirn zu bieten», die Stadt solle den Bau der Stadt nicht denen überlassen, die ihr Geld bei uns investieren, sondern die Stadt solle, natürlich nach seinen Vorstellungen, dafür sorgen, dass «die Stadtentwicklung aktiv geführt wird und nicht einfach dem Zufall überlassen wird».

Wir wollen das Gegenteil, wir wollen, dass die Stadt die Entwicklung denen überlässt, die bei uns ihr Geld investieren, und wir wollen, dass die Stadt den Investoren nicht die Stirn bietet, sondern die Hand, sie willkommen heisst und ihnen administrative und bürokratische Steine aus dem Weg räumt. Wer bezahlt soll entscheiden, nicht wer am lautesten ruft oder die beste Lobby in der Politik hat!

Die Bau- und Zonenordnung und die weiteren Vorschriften sind schon genug Einschränkungen. Eine weitergehende Bevormundung privater und öffentlicher Eigentümer ist nicht erforderlich. Aus Sicht der SVP und des Piraten leisten die privaten Bauherren und Architekten eine gute Arbeit, die nicht weiter beschränkt werden soll.

Die Basis unserer Freiheit ist das Eigentum, allem voran das Selbsteigentum, das ist die Freiheit, über sich selbst und seinen Körper zu verfügen, auch durch das freiwillige Eingehen von Verpflichtungen, dicht gefolgt vom Privateigentum und der freien Verfügbarkeit darüber. Und genau das ist freie Marktwirtschaft: Eigentumsfreiheit plus Privatfreiheit. Damit ist der Kapitalismus die Grundlage der Freiheit jedes einzelnen Individuums und wer den Kapitalismus in

Frage stellt, oder ihn sogar «überwinden» will, wendet sich gegen unsere Freiheit und damit gegen unsere Grundrechte.

Dieser Wunsch, sich ohne eigene finanzielle Beteiligung und ohne eigenes Risiko in die Planung anderer einzumischen, ist ein Eingriff in deren Eigentum und damit in deren grundlegende Freiheit. Jeder Mensch hat das Recht, sich in die Planung der Stadt einzubringen, indem er mit eigenem Geld und eigener Leistung etwas erschafft. Wer nicht genug eigenes Geld hat, kann sich mit anderen zusammenschliessen und sich an einem gemeinschaftlichen Projekt beteiligen. Aber es kann kein legitimes Recht geben, anderen seinen Willen aufzuzwingen und sich mit fremdem Geld auf Kosten Dritter kreativ zu entfalten.

Vielmehr ist die fehlgeleitete sozialistische Politik der Nettoeinwanderung durch vergünstigten Wohnraum eine entscheidende Mitursache der stetig steigenden Sozialkosten und damit der finanziellen Misere dieser Stadt. Mehr Freiheit würde die Stadt und den Wohlstand aller Bewohner nachhaltig verbessern, und letztlich würde die Allgemeinheit von weniger Eingriffen erheblich profitieren.

Stadträtin Ch. Meier: Lieber Marc Wäckerlin, ich hoffe, dass Du mir verzeihst, dass ich nicht auf alles eingehe, was Du jetzt gesagt hast. Einfach so viel: Es ist nicht so, dass wir diesen Institutionen, die Du genannt hast, als SBB, ASTRA etc. die Stirne bieten müssen, sondern es ist eine konstruktive, dringend nötige, gute, zielorientierte Zusammenarbeit, die wir mit diesen Institutionen führen. Und zwar insbesondere auch auf Wunsch dieser Institutionen. Diese kommen auch auf uns zu und es ist selbstverständlich, dass wir dann in der Verwaltung auch die notwendigen Ressourcen bereitstellen.

Im Mail wolltest Du noch wissen, was der Beitrag ist, den die Stadt an das Forum Architektur leistet. Das Forum Architektur kennt drei Arten von Beiträgen: Sponsorenbeiträge von 2750 Fr./Jahr, Gönnerbeiträge von 600 Fr./Jahr und Mitgliederbeiträge von 60 Fr./Jahr. Die Stadt Winterthur ist Gönner.

Informationen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu den Informationen. Die Sitzung vom 17. Dezember wird als Reservesitzung beibehalten. An dem halten wir vorläufig fest. Je nachdem, wie gut wir beim Budget vorwärtskommen, brauchen wir diese Sitzung. Die momentane Einschätzung ist, dass wir sie wahrscheinlich nicht brauchen werden, weil wir mit dem Budget – davon gehe ich im Moment aus – genügend schnell vorwärtskommen werden. Geplant ist eigentlich, dass wir die Traktanden 1 – 10 dieses Jahr noch abarbeiten, und ich hoffe, dass wir das auch schaffen.

Eine weitere Information: Marc Wäckerlin hat uns mitgeteilt, dass er seine Voten aufzeichnen werden will mit dem Handy. Dies ist gemäss Geschäftsordnung nach Vorankündigung möglich.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Die Ratsleitung schlug gemäss Mail vom letzten Freitag vor, dass man bei Traktanden 3 und 6 auf eine Beratung verzichtet. Zudem wird vorgeschlagen, die Traktanden 9 und 10 zusammen zu behandeln, weil es sich um das gleiche Thema handelt. Gibt es da Einwendungen?

Die Interpellanten des Traktandums 15, bei dem es um das Hallenbad Winterthur geht, haben die Ratsleitung gebeten, das Traktandum 15 von der Traktandenliste abzusetzen, weil die Umsetzungsvorlage zur Traglufthalle zurzeit im Mitberichtsverfahren im Stadtrat ist und voraussichtlich im Januar in den Kommissionen behandelt wird. Entsprechend macht es Sinn, wenn die Beantwortung der Interpellation dann zusammen mit dieser Umsetzungsvorlage diskutiert wird. Gibt es dagegen Einwände? – Besten Dank.

M. Wackerlin (PP): Es ging etwas zu schnell. Traktandum 4 ist auch ohne Diskussion?

Ratspräsidentin A. Steiner: Nein.

1. Traktandum

Protokoll der 12./13. Sitzung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 1, dem Protokoll. Es wurden bei uns keine Änderungsvorschläge eingereicht. Gibt es jetzt noch einen Änderungsantrag? In diesem Fall ist das Protokoll abgenommen, danke vielmals, Andrea Fatzer.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2018.106: Wahl von vier zusätzlichen Delegierten in den Zweckverband RWU für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 2. Es geht um die Wahl von 4 zusätzlichen Delegierten in den Zweckverband RWU für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Der IFK-Präsident Silvio Stierli hat das Wort.

S. Stierli (IFK): Die IFK schlägt folgende Kandidaten vor: Benedikt Zäch (SP), Markus Reinhard (SVP), Reto Diener (Grüne/AL) und Werner Schurter (CVP). Die drei ersten sind Mitglieder des Grossen Gemeinderates, Werner Schurter kennen auch noch viele von uns. Er war bis 2015 Gemeinderat.

Ratspräsidentin A. Steiner: Gibt es Vermehrungsvorschläge? – Nein.
Damit wird der RWU von unserem Gemeinderat durch folgende 7 Mitglieder (3 Mitglieder sind bereits gewählt) vertreten: Bereits gewählt sind Katrin Cometta (GLP), Hedi Strahm (SP) und Dieter Kläy (FDP). Neu gewählt sind Benedikt Zäch, Markus Reinhard, Reto Diener und Werner Schurter.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2018.75: Inkraftsetzung des 1. Nachtrags zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Traktandum 3 wird ohne Beratung durchgeführt. Es geht darum, dass letztes Mal vergessen wurde, wann die Inkraftsetzung dieser Verordnung über die Siedlungsentwässerung sein soll.

Da präzisiert man jetzt zuhanden des Protokolls, dass diese Inkraftsetzung ab 1.1.2019 sein wird.

Wenn es keine Einwände gibt, ist dieses Traktandum ebenfalls abgeschlossen. – Besten Dank.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2018.105: Beitrag von je Fr. 40'000 an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur für den Betrieb des Treffpunkts Vogelsang in den Jahren 2019 und 2020

Ratspräsidentin A. Steiner: Traktandum 4, da geht es um den Beitrag von 40'000 Fr. an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur. Bea Helbling ist Präsidentin dieses Unterstützungsvereins und tritt deshalb in den Ausstand. Das Geschäft wird von Renata Lüchinger vorgestellt.

R. Lüchinger (SSK): Ich stelle Ihnen die Weisung 2018.105 vor, die das Departement Soziales der Kommission Soziales und Sicherheit vorgelegt hat. Die SSK hat das Geschäft an der Sitzung vom 26.11. behandelt. Es geht dabei um den Betrieb des Treffpunktes Vogelsang und das Geschäft gehört in die Produktgruppe Beiträge an Organisationen.

Der Antrag 1 lautet: Für den Betrieb des Treffpunkts Vogelsang für Armutsbetroffene in Winterthur wird dem gleichnamigen Unterstützungsverein für die Jahre 2019 und 2020 je ein Beitrag von 40'000 Franken bewilligt.

Der Treffpunkt Vogelsang ist für Armutsbetroffene von Winterthur da.

Der Stadtrat legt in der Folge dem Gemeinderat auch eine Absichtserklärung vor und beantragt, diese zur Kenntnis zu nehmen. Das steht im Antrag 2. Der Stadtrat verpflichtet sich dazu, die Organisation und die Struktur des Treffpunktes zu überprüfen. Erst aufgrund der Ergebnisse dieser Überprüfung werden dann die weiteren Beiträge für die Folgejahre ab 2021 beantragt.

Der jetzige Treffpunkt Vogelsang geht zurück auf ein Projekt aus der Armutskonferenz «von unten», so hiess diese. 2008 wurde dann von Armutsbetroffenen ein solches Selbsthilfeprojekt gegründet. Die Idee hat sich in der Folge weiterentwickelt und anlässlich einer Wanderausstellung in Winterthur hat sich die Idee dann auch verstärkt. Das war 2010. Das Anliegen war da wirklich, den Armutsbetroffenen eine Stimme geben zu können.

Ende 2011 wurde dann der Betrieb Treffpunkt Vogelsang eröffnet und die Liegenschaft an der Unteren Vogelsangstrasse 2 übernommen worden. In den Jahren 2012 und 2013 wurde das Angebot mit Spenden und Geldern aus dem städtischen Hilfsfonds finanziert. Ab 2014 hat die Stadt Winterthur dann drei Jahre lang einen Unterstützungsbeitrag von 40'000 Fr. ausgerichtet. Der Gemeinderat hatte 2014 diesen Kredit bewilligt. Mit dem städtischen Beitrag wurden gegen 50% der Kosten gedeckt.

An dieser Stelle möchte ich einmal den Beiträgen der Kirchen, der Hilfswerke und Stiftungen danken. Diese Beiträge sind unersetzbar und sie sichern seit Anfang dieses Treffpunktes den Betrieb.

In Anbetracht der Höhe des Organisationskapitals hat man dann im aktuellen Jahr 2018 sogar auf die Ausrichtung des städtischen Beitrages verzichten können.

Der Treffpunkt Vogelsang ist ein soziales Projekt mit Selbsthilfecharakter. Es steht allen Interessierten offen, ist aber vorrangig für Menschen da, die mit einem knappen Budget auskommen müssen. Das Ziel ist es, die Armutsbetroffenen beim Aufbau und bei der Pflege von sozialen Kontakten zu unterstützen, und sie im Besonderen auch im Umgang mit sozialen Medien zu begleiten.

Der Betrieb ist werktags von 11 – 18 Uhr offen. Wenn man dort ein- und ausgeht, hat man keinen Konsumationszwang. Der Betrieb bietet eine kostenlose Nutzung des Internets an und auch einen kostenlosen Schreibdienst. Man bekommt dort Hilfe im Umgang mit dem Computer, bei administrativen Aufgaben oder z.B. bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen.

Hinter der Organisation steht ein politisch und religiös neutraler Verein. Eine Delegation aus 3-5 Vorstandsmitgliedern aus dem Unterstützungsverein bildet die Betriebskommission, die das Tagesgeschäft begleitet und das Betriebsteam führt. Das Betriebsteam selber besteht aus 5 Teillohnmitarbeitenden mit einem Pensum von je 50%. Diese Teillohnmitarbeitenden

werden wiederum von Personen geleitet und unterstützt, die aus dem Heks-Visite-Programm ausgesucht wurden.

Eine Standortbestimmung ergab Folgendes: Die Angebote werden gut genutzt. Die weitgehende Selbstverwaltung ist ein Erfolgsrezept. Das freiwillige Engagement ist sehr hoch. Und weil jedermann im Treffpunkt ein- und ausgehen kann, begünstigt das einen Kontaktmix von verschiedenen sozialen Schichten. Und auch der zentrale Standort ist ein weiteres Plus für den Treffpunkt.

Die Überprüfung hat aber auch ergeben, dass die Betriebskommission, die eben aus ehrenamtlich tätigen Mitgliedern besteht, an ihre Grenzen gestossen ist. Die Führung dieses selbstverwalteten Treffpunkts wurde zu einer immer grösseren Herausforderung und die zeitliche Belastung ist auch gestiegen. Es gibt Überschneidungen bezüglich Zielgruppen und Leistungen mit dem Verein Strassensozialarbeit. Deshalb soll geprüft werden, ob allenfalls dieser den Treffpunkt Vogelsang übernehmen könnte. Der Verein Strassensozialarbeit Winterthur, um diese Idee auch zu bestärken, eine konfessionell neutrale, private Trägerschaft, die aktuell 3 städtische Angebote führt, nämlich Mojawi, Jugendinfo und Subita. Die Stadt favorisiert diese Lösung. Sie sieht einen Vorteil darin, dass alle niederschweligen Angebote der Stadt mit Bezug zum Sozialraum so unter einem Dach vereint werden könnten. Die Stadt hätte so nur noch einen Ansprechpartner, das wäre ein zweiter Vorteil. Die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder würden so auch von den operativen Führungsaufgaben entlastet. Damit wäre eine gut funktionierende, übergeordnete Betriebsführung auf fachlicher Ebene mit einheitlicher Personalführung gewährleistet.

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, dass sie bis Ende 2019 dem Gemeinderat ein Konzept vorlegen wird.

Die vorliegende Tabelle zeigt auf, dass der Aufwand in den Jahren 2014 - 2017 um rund 15'000 Fr. gestiegen ist. Begründet wird diese Erhöhung mit dem Mehrbedarf an Begleitung der Teilohnmitarbeitenden und auch, weil in der letzten Zeit mehr Projekte durchgeführt wurden. In diesen Jahren wurde aber auch ein Ertragsüberschuss erzielt, ausser im Jahr 2016, in dem ausnahmsweise ein kleiner Verlust zu verzeichnen war. 2017 hatte man den grössten Gewinn und es ist auch so, dass in diesem Jahr das Organisationskapital auf einem Stand von 115'000 Fr. war. Aus diesem Grund hat dann der Stadtrat darauf verzichtet, 2018 einen Beitrag von eben diesen 40'000 Fr. auszurichten.

In der SSK hatte diese Weisung folgende Resonanz: Der Kürzungsantrag auf 30'000 Fr. fand in der Kommission knapp keine Mehrheit. Deshalb ist die Weisung an und für sich mit 8:1 angenommen worden.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Antrag von Seiten GLP.

M. Zehnder (GLP): Die GLP befürwortet im Wesentlichen die Weisung für den Kredit an den Unterstützungsverein Vogelsang für die Jahre 2019 und 2020. Aber wie schon erläutert wurde, hat die Diskussion in der Kommission gezeigt, dass der Verein in den letzten paar Jahren im Schnitt ca. 13'000 Fr. zur Reservenbildung auf die Seite legen konnte. Im Jahr 2018 wurde aus der Stadtkasse gar kein Geld überwiesen, weil in der Zwischenzeit auch eine beachtliche Höhe der Reserven erreicht wurden.

Wir sind der Meinung, dass ein um 10'000 Fr. reduzierter Betrag aus der Stadtkasse bei diesem Verein keinen Schaden anrichtet, da auch mit dem reduzierten Betrag immer noch Reserven gebildet werden können.

Die GLP stellt deshalb den Antrag, anstelle von 40'000 nur 30'000 Fr. pro Jahr zu überweisen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit wäre die Diskussion frei. Sämi Müller.

S. Müller (EVP): Als EVP unterstützen wir das Engagement im Treffpunkt Vogelsang für armutsbetroffene Menschen natürlich schon. Es ist eines von vielen Angeboten in Winterthur, das unserer Meinung nach Modellcharakter hat. Ein Bedürfnis wird erkannt und Private krepeln die Ärmel hoch, engagieren sich Notwendend. Kirchen, Private und Stiftungen springen

auf, sichern den weiteren Bestand dieser Arbeit. Das ist super. Soweit so gut, könnte man sagen.

Aber Modellcharakter hat das Ganze für uns auch, weil wir doch noch etwas anmerken wollen. Nämlich (es wurde erwähnt) nach der ersten Pionierphase wird es immer schwieriger, alles mit Freiwilligenarbeit abzudecken. Die Ansprüche an die Professionalität steigen enorm, ich kenne das selber aus eigener Erfahrung. Die Freiwilligenarbeit kommt definitiv an die Grenze. Die Frage ist also: Wie können wir als Stadt solche Angebote unterstützen? Gibt es da nicht auch andere Möglichkeiten, als rein nur monetär? Denn wenn das der Fall ist, dass wir eigentlich nur ein Qualitätslabel sichern können, die Stadt macht mit, indem es finanzielle Unterstützung gibt – wenn das das einzige Qualitätslabel ist, dann sieht es etwas schwierig aus in Zukunft. Dann sind nämlich alle die privaten Engagements mit der Zeit, wenn sie an ihre Grenzen stossen, fast gezwungen, dass man eine Leistungsvereinbarung anstrebt mit der Stadt. Und das sehen wir kritisch.

Wenn man da versucht, längerfristig einfach alle diese Engagements, die gut und wichtig sind, einfach an den Finanztopf der Stadt zu hängen, wird es schwierig. Wir begrüssen deshalb definitiv die Ausarbeitung oder die Prüfung der Struktur, eventuelle Anschliessung an den VSSW (ob das sinnvoll ist oder nicht, ist dann eine andere Diskussion), aber wir sprechen uns heute definitiv aus für die 40'000 Fr. nochmals für die nächsten zwei Jahre, trotz dieser kritischen Bemerkung.

Wir sind der Meinung, dass es längerfristig zwei Sachen gibt, die die Stadt sich nicht leisten kann: 1. das totale Finanzieren solcher Angebote und 2. das Aussterben solcher Angebote. Und deshalb nochmals die Bitte, dass bei dieser ganzen Überarbeitung der Struktur und der Organisationsform dieses Anliegen berücksichtigt wird und hoffentlich da auch kreative Lösungen auf den Tisch kommen, wie wir in Zukunft solche Modelle sichern können.

S. Näf (SP): Beim Treffpunkt Vogelsang handelt es sich, wie wir gehört haben, um ein wichtiges Angebot von und für Armutsbetroffene, das gut genutzt wird. Es besteht die Möglichkeit, dort Computer mit Internetanschluss zu nutzen und es steht ein Schreibdienst zur Verfügung. Für dieses Angebot wird sehr viel Freiwilligenarbeit geleistet und Spenden tragen rund 50% zu den Kosten bei, was viel ist. Wie wir gehört haben, wird das Angebot Vogelsang von einem Verein getragen, wobei die Vereinsmitglieder sich ehrenamtlich engagieren.

In den kommenden zwei Jahren soll jetzt geprüft werden, ob das Angebot künftig vom Verein Strassensozialarbeit Winterthur getragen werden kann und ob eine gewisse Professionalisierung der Strukturen nötig ist. Wir begrüssen diese Überprüfung und denken, das ist ein guter Weg für die nächsten zwei Jahre.

Die SP unterstützt das Angebot Treffpunkt Vogelsang und lehnt den Kürzungsantrag ab. Der städtische Beitrag in der Höhe von jährlich 40'000 Fr. ist für die kommenden beiden Jahre nötig. Das zeigt sich aus den Rechnungen der Jahre 2016 und 2017. Im Jahr 2016 entstand ein Verlust und der Gewinn im Jahr 2017 erklärt sich mit einem überdurchschnittlichen Spendenbetrag in diesem Jahr und mit der Auflösung von Rückstellungen, was nicht jährlich möglich ist.

Zudem hat das Angebot für das Jahr 2018, wie wir auch gehört haben, keinen städtischen Beitrag erhalten, so dass sich das Vereinsvermögen inzwischen reduziert hat.

R. Dürr (Grüne/AL): Auch die Fraktion Grüne/AL unterstützt die Weisung des Stadtrates und lehnt den Kürzungsantrag ab. Es geht jetzt eigentlich nur noch um zwei Jahre für die 40'000 Fr. Und ich denke, wenn diese Leute, die jetzt dort sind und von diesem Angebot profitieren können, alle auf das Sozialamt oder irgendwo bei der Stadt selber Hilfeleistungen in Anspruch nehmen müssten, käme das um einiges teurer als 40'000 Fr. respektive 10'000 Fr., die man hier kürzen möchte. Deshalb unterstützen wir den Antrag des Stadtrates.

M. Wackerlin (SVP/PP): Die SVP-Fraktion und der Pirat finden das auch ein gutes Angebot, das wir gerne unterstützen. Allerdings unterstützen wir auch den Antrag der GLP, und zwar ganz einfach deshalb, weil er richtig ist. Er ist sachlich richtig. Man sollte nicht einen Verein

überfinanzieren, so dass er nachher viel Vermögen aufbauen kann auf Kosten der Stadt, sondern man sollte schauen, dass er durchkommt. Als die Stadt sich vor 4 Jahren daran beteiligte, fuhr man schlicht und einfach zu hoch ein. Deshalb: Unsere Fraktion wird das unterstützen, aber nur unter der Bedingung, dass es 30'000 Fr. sind.

Bei 40'000 Fr. stellen wir den Ablehnungsantrag.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Die Adventszeit erinnert uns jedes Jahr daran, über den Teller- rand hinauszuschauen und an unsere Mitmenschen zu denken. Im Besonderen auch an diese, die über geringe finanzielle Mittel verfügen und deshalb an der Armutsgrenze leben. Aber die Hilfe ist nicht damit abgetan, dass man den armutsbetroffenen Menschen finanziell unter die Arme greift. Der Treffpunkt Vogelsang bietet noch viel wichtigere Unterstützung an: Er schafft nämlich Begegnungen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten. Da können soziale Kontakte und das Verständnis füreinander gefördert werden. Ein gut funktionierendes Beziehungsnetz, das sehen wir an diesem Beispiel, ermutigt und verhilft zur Selbsthilfe.

Die CVP/EDU-Fraktion verdankt an dieser Stelle das grosse Engagement des Unterstützungsverein Vogelsang in der Stadt Winterthur. Viel Freiwilligenarbeit steckt in diesem Engagement und viel Unterstützung von kirchlicher und privater Seite sowie von Hilfsorganisationen. Auch an diesem Beispiel sehen wir: Ohne Freiwilligenarbeit funktioniert unsere Gesellschaft nicht. Sie ist unentbehrlich, auch für die Stadt Winterthur.

In den letzten Jahren hat die Stadt einen Beitrag von 40'000 Fr. geleistet, das haben wir in der Präsentation gehört. Den Rechnungen der letzten Jahre kann man entnehmen, dass dieser Beitrag hoch bemessen war, und so ist deshalb auch der Beitrag im aktuellen Jahr gestrichen worden, wir das in der Präsentation auch gehört haben.

Das ist für uns, für die CVP/EDU-Fraktion, ein berechtigter Grund, um die Höhe des städtischen Beitrages für die kommenden zwei Jahre zu kürzen. Auch dass dem Gemeinderat in zwei Jahren ein neues Konzept vorgelegt wird, das eine Arbeitsgruppe erstellen wird, unterstützt die CVP/EDU. Deshalb unterstützt die CVP/EDU-Fraktion den Kürzungsantrag der GLP. Wir erwarten zusammen mit dem neuen Konzept aber auch keine weitere Erhöhung des städtischen Beitrages. In der Motionsbeantwortung zur gesamtschweizerischen Strategie zur Armutsbekämpfung von 2010 schrieb der Bundesrat, dass Armut möglichst verhindert und wirksam bekämpft werden muss. Er sagt aber auch, dass das eine gemeinsame Aufgabe ist von Bund, Kanton und Gemeinden mit Nicht-Regierungs-Organisationen und Sozialpartnern.

Wir geben deshalb dem Stadtrat den Auftrag mit, sich bei der Konzepterarbeitung dafür einzusetzen, dass der städtische Beitrag nicht erhöht wird trotz Optimierungs- und Professionalisierungsbestrebungen bei der Konzeptionierung der zukünftigen Betriebsorganisation Vogelsang. Für die Unterstützung der armutsbetroffenen Bevölkerung brauchen wir weiterhin Freiwilligenarbeit, Spenden und Unterstützung von Non-Profit-Organisationen.

M. Zehnder (GLP): Ich wollte nur kurz entgegnen auf das, was die SP sagte wegen dem Verlust im Jahr 2016, dass man dort 4'000 Fr. Verlust sieht in der Rechnung. 4'000 Fr. Verlust, das stimmt schon – aber wir sehen 2014, 2015 und 2017 je auch einen Gewinn von mehr als 17'000 Fr. Und weil das so viel mehr ist, haben sie auch im Durchschnitt, also mit dem Minus von 4'000 Fr., einen Gewinn von 13'000 Fr. gemacht in den letzten vier Jahren. Das sieht nicht danach aus, als ob sie nächstens ein Armutszeugnis bekommen müssten.

Noch zu dem, was die Grünen sagten, die 40'000 Fr. würden die Arbeitslosen vor dem Gang auf das Sozialamt schützen – da möchte ich schon entgegnen: Diese 40'000 Fr. sind für den Verein, der die Armen unterstützt. Da wird kein einziger, der dort regelmässig Besucher ist und Dienstleistungen entgegennimmt, deswegen nicht auf das Sozialamt gehen müssen. Denn der Verein erhält diese 40'000 Fr. und nicht die Armutsbetroffenen.

S. Näf (SP): Ich möchte da nochmals kurz entgegnen: Es geht eben darum, dass es eine gewisse Kostensteigerung gegeben hat. Die Kosten im Jahr 2016 und 2017 waren höher als in den Jahren 2014 und 2015. Der Gewinn aus dem Jahr 2017 basiert auf der Auflösung von

Rückstellungen und besonders hohen Spenden, so dass es gut sein könnte, dass es wieder einen Verlust geben würde mit nur 30'000 Fr.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die angeregte Debatte und auch die Kürze der Debatte, an die ich mich auch versuche zu halten. Danke vielmals auch an die Referentin, die das sehr gut eingeführt hat in dieses Thema und es aufzeigte.

Für den Stadtrat ist es tatsächlich so: Der Treffpunkt Vogelsang als Treffpunkt für Armutsbetroffene ist ein sehr vorbildliches Angebot, und zwar weil es einerseits auch von Privaten (es wurde erwähnt, kirchliche und andere Trägerschaften) gestützt wird, aber natürlich auch, weil diese sich vor Ort engagieren. Das sind Institutionen, die direkt auch mit Armutsbetroffenen zu tun haben. Zweitens ist uns auch der Ansatz sehr wichtig, dass es auch um Hilfe zur Selbsthilfe geht, dass da wirklich auch ein Treffpunkt entsteht, der (das vielleicht noch in Ergänzung zur Replik von Martin Zehnder) auch dazu führen kann, dass Leute nicht vereinsamen. Dass sie soziale Kontakte haben und durch diese Kontakte vielleicht da und dort einfacher wieder den Einstieg in die Gesellschaft und vielleicht auch in das Arbeitsleben finden. Das kann ganz weit gefasst schon auch einen Zusammenhang haben, auch wenn es nicht so direkt zutrifft, wie Martin Zehnder richtig moniert hat.

Uns war es wichtig, auch den Blick darüber hinaus zu machen. Nicht nur, was man macht, sondern auch, was man andenkt. Das wurde auch von der Referentin erwähnt: Künftige Zusammenarbeitsmodelle, welche Institutionen gibt es schon, dass man da auf eine gute, solide, tragfähige Trägerschaft kommt, eben auch über diese zwei Jahre hinaus.

Und von daher ist es tatsächlich so: Wenn wir nur das nächste und übernächste Jahr anschauen, ob es dann ein bisschen mehr oder weniger ist, das ist tatsächlich wohl nicht entscheidend auch aufgrund des Kapitals. Wenn man aber weiter darüber hinausschaut, dann glaube ich, setzt man Zeichen. Und Zeichen, das ist mir schon noch wichtig zu sagen, setzt man einerseits nach hinten, man wählt dann das aus den letzten vier Jahren Finanzen, das einem passt. Im Nachhinein kann man dann schon sagen, wie Marc Wäckerlin das machte, im Nachhinein war der Beitrag von 40'000 Fr. zu gross. Was man aber nicht vergessen darf: Der Anteil an Spenden wurde in diesem Zeitraum erhöht um 10-15'000 Fr. pro Jahr. Dann ist es schon ein Zeichen, das man setzt, wenn man sagt: Ihr habt quasi 4 Jahre lang 10-15'000 Fr. mehr Spenden aufgebaut und dann die Quittung ist, dass man deshalb die 10'000 Fr. einfach wieder kürzt - dieses Anreizmodell ist dann vielleicht auch zu hinterfragen, wenn man vom Engagement von Privaten spricht. Und wenn man in die Zukunft schaut, ist das auch ein Zeichen an eine mögliche künftige Trägerschaft, für die das ein sehr grosser Hosenlupf wäre, eine solche Institution in zukunftsfähige Bahnen zu führen, wenn das Parlament sagt, wir kürzen und kommen dann sicher nicht mit mehr, sondern eher mit weniger. Das ist dann auch ein Zeichen.

Die übrigen Zeichen, die Sie setzen – Stichwort Advent und Renata Lüchinger – möchte ich jetzt da nicht weiter bemühen. Alle steigen auf ihre Art auf eine Budgetdebatte eines Milliardenbetrages ein.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Es gibt einen Kürzungsantrag, über den wir als Erstes abstimmen werden.

Wer diesem Kürzungsantrag der GLP zustimmen möchte, dass wir den Beitrag von 40'000 Fr. auf 30'000 Fr. senken, soll das bitte bezeugen durch Handerheben. Bitte auszählen.

Wer diesen Kürzungsantrag ablehnen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Damit ist der Kürzungsantrag mit 29:27 Stimmen angenommen.

Wir stimmen ab über die Weisung. Da es zum Antrag 2 keinen Ablehnungsantrag gab, werden wir über beide Anträge zusammen abstimmen.

Wer dem Antrag, jetzt neu 30'000 Fr. an den Betrieb für den Treffpunkt Vogelsang zustimmen möchte, und auch zur Kenntnis nimmt, dass diese Organisation die Strukturen überprüft, soll das bezeugen durch Handerheben.

Das ist eindeutig angenommen.

Damit wäre das Geschäft abgeschlossen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2018.78: Jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Abfall- und Energieunterricht an den Winterthurer Volksschulen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 5. Reto Diener stellt dieses Geschäft vor.

R. Diener (BBK): Ich möchte Sie ganz kurz mit diesem Geschäft vertraut machen, nicht lange darüber reden, wir haben noch viel auf dem Programm heute Abend. Es geht ganz kurz und schnell gesagt um ein Modul für den Unterricht an der Volksschule, ein freiwilliges Modul, das die Lehrer buchen können oder nicht. Im Rahmen des Lehrprogrammes, das sie haben, ist das ein Angebot für sie. Es geht um einen sogenannten Abfallunterricht und einen Energieunterricht. Der Abfallunterricht bezieht natürlich auch sehr stark das Thema des Recyclings mit ein und der Energieunterricht fokussiert auch sehr stark auf die Thematik des Klimas und auf die Geschichten rund um die Energienutzung.

Worum geht es konkret? Es geht bei diesem Modul, das zur Verfügung steht und das jetzt von den Stadtwerken finanziert wird, eigentlich darum, dass Jugendliche motiviert werden und Bewusstsein erhalten, im Umgang mit wertvollen Ressourcen sparsam zu sein und sie auch so einzusetzen, dass wir langfristig von allem genug haben. Es geht darum, falsches Verhalten zu verhindern, es geht darum, den eigenen Einfluss des Handels zu erkennen beginnen und zu spüren, was kann man da bewegen, was kann man selber verändern oder wo kann man mit der eigenen Handlung Einfluss nehmen. Das Ganze wird mit konkreten Beispielen im Unterricht vor Ort durchgespielt, mit vielfältigem Anschauungsmaterial, das von diesen Kursleitern zur Verfügung gestellt wird, und schafft so eine spannende Auseinandersetzung mit diesen Materialien und aktive Beschäftigung mit diesen Themen, die – das müssen wir alle uns immer wieder auf die Fahne schreiben – wichtig sind für die Zukunft unsere gesamten Existenz.

Umgesetzt wird das Ganze heute nicht von der Stadt, sondern von einem Anbieter, der professionell solche Kurse in der ganzen Schweiz durchführt. PUSCH heisst er. Stiftung praktischer Umweltschutz Schweiz, das ist einer der grössten Anbieter, wenn nicht überhaupt der bedeutendste, der in diesem Umfeld politisch neutrale, interaktive Schulungsmodule anbietet, die genau diese Themen im Kern abdecken.

Diese Kurse werden mit einer hohen Professionalität durchgeführt und die Leute, die das machen, haben meistens auch sehr langjährige Erfahrung. PUSCH selber ist seit vielen Jahren in diesem Metier aktiv.

Es gibt auch, das haben wir uns in der Kommission zeigen lassen, einen sehr hohen Anteil von Klassen, die davon profitieren können. Das Energiemodul erreicht ca. 23% der Klassen und mit dem Recycling-/Abfallmodul erreicht man sogar fast die Hälfte der Klassen. Das ist wirklich ein sehr hoher Wert dafür, dass es sich um eine freiwillige Beteiligung handelt. Die Lehrer können das nehmen oder sie können es eben auch nicht nehmen.

Den Energieunterricht gibt es bei Stadtwerk bzw. bei der Stadt Winterthur schon sehr lange, nämlich seit 2011. Und noch viel länger gibt es den Abfallunterricht, nämlich seit 2004. Am Anfang macht das die Stadt noch selber, aber seit vielen Jahren wird das nun von einer professionellen Organisation durchgeführt.

Ich schliesse und fasse nochmals zusammen: Wir haben in der Kommission dieses Geschäft ohne grosse Diskussion zur Kenntnis genommen. Wir haben alle den Eindruck gewonnen, es sei eine sinnvolle, nützliche Sache. Es geht wie gesagt um die gebührenfinanzierte jährliche zur Verfügung Stellung dieser zwei Beträge.

Wir haben zwei Themen ein bisschen diskutiert. Das eine Thema war, ob es weiterhin gebührenfinanziert sein soll oder ob es sogar eher in den steuerfinanzierten Bereich übergehen soll. Diese Überlegung kann man sich machen. Wir haben uns zeigen lassen, dass es sehr viele Städte gibt, die solche Angebote finanzieren. Der grösste Teil macht das eben über gebührenfinanzierte Mechaniken. Ein zweites Thema, das wir auch noch diskutierten, war, ob das

noch ein zeitgemässes Angebot ist oder ob sich das irgendwie mit einem Programm der Stadt, der öffentlichen Verwaltung, deckt. Wir sind der Meinung, dass das tatsächlich so ist. Es könnte durchaus ein Angebot der Volksschule sein, aber da sich das jetzt so etabliert hat, sind wir der Meinung, dass wir das so laufen lassen können. Deshalb empfehlen die BBK und die BSKK dieses Geschäft zur Annahme.

Th. Leemann (BSKK): Ich darf von der BSKK her den Mitbericht verfassen. Eigentlich konnte ich nur abhaken auf meiner Liste. Reto hat sozusagen alles gesagt, was wichtig ist. Er ist auch der richtige Mann, um so etwas zu präsentieren. Ich komme gleich zum Fazit: Die Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für die Umwelt und die Energie ist gut und auch ein Bestandteil des Lehrplan 21. Auch wird in diesem Unterricht das Energiekonzept 2050 von Winterthur und von der Energiestrategie des Bundes 2050 vermittelt. In der BSKK wurde der Antrag mehrheitlich unterstützt.

A. Geering (CVP/EDU): Das Geschäft wurde von der BBK behandelt, weil die Kosten in den Departementen anfallen, die bei der BBK angesiedelt sind.

Wir fanden von der CVP/EDU-Fraktion her, wir möchten dieses Geschäft auch gerne aus schulischer Sicht anschauen und danken der BSKK, dass wir das nach unserem Antrag auf Mitbericht auch in der BSKK anschauen konnten.

Die Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen der Volksschule auf die Themen Abfall und Energie hingewiesen. Sie werden darauf hingewiesen, was es braucht, um sich in der Welt so zu bewegen, dass man einen umweltschonenden Umgang hat, und sie werden in einem guten, umweltschonenden Umgang mit den Ressourcen geschult. Das ist wichtig und das ist nicht bestritten, dass das passiert. Es ist so, dass Abfall und Energie nicht freiwillige Themen in der Schule sind, sondern Teil des Lehrplans.

Vertieft anschauen wollten wir die Frage, wer diesen Unterricht erteilt. Soll das eine externe Organisation sein, wenn es ein Teil des Lehrplanes ist, oder soll das die Lehrperson selber sein, wie das dort ist, wo dieses Angebot eben nicht in Anspruch genommen wird. Es ist ja nicht so, dass es nur das PUSCH gibt, das an die Schulen herangetragen wird, sondern es gibt auch andere Themen, die von extern an die Schule herangetragen werden. So etwa die Bibliothekspädagogik, die Museumspädagogik etc. Wir wollten in der BSKK auch eine Übersicht haben, was es denn alles gibt, was da alles an die Schule herankommt. Wir wollten die Gesamtauslegeordnung und haben diese auch erhalten. Es gibt viele Themen, aber es gibt eigentlich zwei Themen, die an die Schule herangetragen werden, aber nicht der Schule verrechnet werden, sondern bei anderen Departementen verrechnet werden respektive in anderen Produktgruppen. Das ist zum einen dieser Abfall- und Energieunterricht und zum anderen die Bibliothekspädagogik. Wir haben uns dann überlegt, wie das auch schon angetönt wurde bei der Vorstellung des Geschäftes, ob das richtig ist, dass diese Kosten nicht bei der Volksschule ausgewiesen sind, sondern in der entsprechenden Produktgruppe. Es ist ein Angebot, das die Schulen freiwillig beziehen können, das die Produktgruppe, die in diesem Fall Stadtwerk oder das Tiefbauamt ist, aus dem Sensibilisierungsauftrag heraus, den sie haben, finanzieren. In dem Sinn denken wir, dass es richtig ist, wenn man das so unterstützt. Die Fraktion hat beschlossen, dass wir den Antrag des Stadtrates unterstützen.

Wir werden uns aber für die Zukunft allenfalls noch mit dem Vorsteher DSS noch Gedanken machen, wie dass man die effektiven Kosten der Volksschule auch im Budget und der Rechnung sichtbar machen könnte, irgendwo mit einer Zeile beim Produkt, damit man auch sieht, dass es eigentlich noch Kosten gibt für solchen Unterricht, der irgendwo anders verrechnet wird. Einfach damit man die Kostenwahrheit hat bei der Volksschule.

Aber insofern stimmen wir dem Antrag zu.

M. Gross (SVP): Wir haben das Geschäft bei uns besprochen und als BBK-Präsident danke ich Reto für die sehr gute Vorstellung. Das ist ja auch sein Thema. Aber etwas hat er vergessen. Wir haben nämlich auch noch etwas gelernt in der BBK. Habt Ihr gewusst, dass 1'000 kg Elektroschrott die gleiche Wirkung auf die Umwelt haben, wenn man sie richtig entsorgt, wie die ganze Kartonsammlung, die man das ganze Jahr über macht? Von daher müsste man

fragen, wenn man finanzielle Nachhaltigkeit hat, ob wir das richtig einziehen. Ob wir alle zwei Wochen Karton und nicht Elektroschrott einziehen sollten? Das haben wir gelernt.

Ich komme zu den Punkten, die ich noch gerne erwähnt hätte. Wir als SVP unterstützen natürlich den Antrag. Beim Abfall ist es wichtig, dass die Kinder geschult werden, wie man mit Abfall umgeht, auch wie man mit Energie umgeht. Das ist ja auch freiwillig für die Schulen. Und der Unterricht ist anscheinend so gut, dass das auch immer wieder gebucht wird. Für uns ist es wichtig, weil man in dieser Zeit, als Jugendlicher, noch lernen kann, wie man sinnvoll mit den Ressourcen umgeht. Und das ist ja dann nachhaltig auf lange Sicht.

Wenn man ab und zu im Sommer im Stadtpark schaut, sieht man, dass es bitter nötig ist, dass die Jungen da geschult werden. Dort hilft dann vielleicht die Schulung alleine nicht mehr, vielleicht müsste man dort im Sinn von Zuckerbrot und Peitsche auch mit der Peitsche auch ein bisschen nachhelfen und auch einmal etwas verlangen, wenn die Leute einfach die Sachen irgendwie wegschmeissen.

Aber Sauberkeit heisst Sicherheit, das wissen wir aus verschiedenen Studien, auch z.B. New York hat das geprüft. Für die Leute ist es wichtig, dass eine Stadt sauber ist, dann fühlen sie sich auch sicher. Das ist ja auch ein subjektives Gefühl. Und von daher hilft das auch der Polizei im Umgang mit Sicherheit und mit Sicherheitsgefühl.

Das Ganze ist eine gute Sache, es wird von einem guten externen Unternehmen gemacht, und wir finden den Beitrag deshalb sehr sinnvoll.

R. Heuberger (FDP): Auch die FDP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen, und zwar deshalb, weil er am richtigen Ort ansetzt. Er fängt nämlich dort an, wo der Umweltschutz wirklich anfängt, beim Vermeiden. Wir haben einen Aufbau der ganzen Recycling-Wirtschaft, und das heisst vermeiden, vermindern, verwerten und erst am Schluss verbrennen. Wenn man Recycling erst am Schluss, wenn der Abfall schon da ist, anfängt, dann setzt man am falschen Ort an. Und deshalb ist der Abfallunterricht so wichtig in den Schulen. Das ist dort, wo man wirklich intervenieren muss, am Anfang, beim Vermeiden. Dass man solche Dinge gar nicht kauft, die entsprechend verpackt sind und die man dann wieder entsprechend entsorgen muss.

Wir haben auch diskutiert, ob der Abfallunterricht im Lehrplan 21 auf Stufe Schule gehen müsste. Dort muss man aber einfach festhalten, dass gerade die Abfall- und Energiebranche in dermassen schnellen Umbrüchen sind. Ich gebe zu: Ich bin Geschäftsführerin bei der Recycling-Ausbildung. Wir sind dermassen gefordert, da à jour zu bleiben. Wenn wir das von den Lehrpersonen verlangen, bei diesem Thema à jour zu bleiben, generieren wir einen horrenden Mehraufwand, als das, was man hier über den Unterricht von PUSCH finanziert. Und deshalb: Es ist ein wichtiger Auftrag, es ist ein richtiger Auftrag, und wir stehen hinter dem und werden den Antrag deshalb unterstützen.

R. Diener (Grüne/AL): Nochmals kurz eine Replik: Danke vielmals für den Hinweis mit dem Elektroschrott, da bin ich natürlich ganz bei Dir. Es ist ein grosses Thema und es wäre wichtig, dass wir das bei uns entsorgen und nicht irgendwo nach Afrika schicken, wo es dann auf diesen Deponien landet, von denen wir wissen, mit wie viel Gift sich dort die Leute dann infizieren.

Aber zurück zur Vorlage hier. Es ist ein sehr wichtiges Modul, das uns insgesamt als Gesellschaft weiterbringt, das die Jugendlichen dort nimmt, wo sie sind, wo sie täglich mit diesen Dingen konfrontiert werden. In der Schule auf der einen Seite und andererseits mit den konkreten Anschauungsbeispielen aus der Praxis. Ich glaube, das kann nur helfen, das kann nur nützlich sein. Die paar Zehntausend Franken sind da gut investiert. Ich würde unbedingt dafür plädieren, dass wir das annehmen und weiterführen.

Ich glaube auch, dass PUSCH ein wirklich professioneller Anbieter ist. Wir konnten uns aufzeigen lassen, dass das eine sehr gute Note bekommt, von den Lehrern und von den Schülern. Diese Angebote sind beliebt und werden deshalb auch genutzt.

Ich bin der Meinung, und das wäre für mich persönlich die Aussage, die ich gerne in den Raum geben und auch an den Stadtrat zurückschieben möchte, es ist sehr zu überlegen, ob man die Finanzierung nicht mittelfristig in die Volksschule übernehmen möchte. Ich würde nie

davon reden, dass man die Volksschule jetzt beauftragt, selber diese Kurse zu machen, ich finde es richtig und sinnvoll, dass man das den Profis überlässt, die wirklich, wie es Romana auch gesagt hat, dieses Know-how aufgebaut haben und die Erfahrung mit den Kindern durchaus auch machen. Aber die Finanzierung allenfalls zu wechseln in den steuerfinanzierten Bereich, das wäre eigentlich der richtige Weg.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion unterstützt diese wiederkehrenden Kredite von 90'000 und 65'000 Fr. für Abfall- und Energieunterricht vorbehaltlos. Ich möchte da zwei Gedanken ausformulieren: Die beiden Themen Abfall und Energie sind Schlüsselthemen. Scheinbar werden sie vielleicht erst heute auch im Zuge des Wachstums auch als solche wahrgenommen, aber in Tat und Wahrheit sind das Schlüsselthemen von der menschlichen Existenz und der Kultur. In Ich-Form ausgedrückt: Was bewirkt meine Existenz, was bewirkt mein Leben und welcher Konsum (materiell, stofflich) betreffend Ressourcen- und Materialverbrauch hinterlasse ich? Was bleibt übrig und was muss irgendwie verwertet, verbrannt und sonst weggeworfen oder entsorgt werden?

Und an dieser Stelle, Romana, möchte ich die Stufengerechtigkeit der Betrachtungsweise auch noch unterstützen respektive bestens verdanken.

Und auch die Energie bezogen: Welche Fremdenergie verschlingt meine Existenz und mein Leben und mein Lebensstil? Die Fremdenergien, das wissen wir, werden zu einem grossen Teil (wir sind ein Erdöl-Land, das konnte man heute wieder einmal in der Zeitung lesen) fossile Energien verbrannt und klimawirksame Gase freigesetzt. Man könnte da ein bisschen philosophisch werden, aber das ist ja nicht der richtige Platz dafür. Und den Philosophen in diesem Saal möchte ich die aktuelle und sehenswerte Ausstellung im Gewerbemuseum ans Herz legen mit dem Titel «Times of waste».

Bei der Vorlage (jetzt ein bisschen praktischer) geht es ja um eine zentrale Frage: Weshalb sollen der Winterthurer Abfall- und Energieunterricht, der bereits im Lehrplan 21 enthalten ist, von extern erbracht werden und nochmals separat Geld dafür verwendet werden? Als Mitglied der BBK bin ich vielleicht weniger dazu geeignet, mich darüber zu legitimieren, aber als langjähriges Mitglied der Kreisschulpflege Wülflingen eher schon. Und ich meine, dass die Wichtigkeit der behandelten Themen in ihrer Brisanz es rechtfertigen, den Betrieb von ausserhalb des Schulbetriebes in das Klassenzimmer zu holen und über diese Themen zu sprechen und die Schüler und Schülerinnen dafür zu sensibilisieren. Externe Fachpersonen verfügen oft über einen speziellen Nimbus, über eine eigene Atmosphäre. Sie bringen vielleicht eine eigene Methode mit, die den Schülerinnen und Schülern signalisiert, da geht es um etwas Wichtiges, da geht es um etwas Fundamentales. Und wenn nur schon dieser Eindruck generiert werden kann in diesen Klassen, dann lohnt sich in meinen Augen der Einsatz dieser Mittel. Denn bei den Ressourcen und bei der Energie geht es um wirklich zentrale und existenzielle Fragen für die menschliche Zivilisation.

M. Nater (GLP): Es ist sehr selten der Fall, dass wir einverstanden sind mit links und rechts. Das ist im Moment der Fall. Angefangen mit der Energiebewirtschaftung, wo man unsere Jugend ausbilden muss. Gerade für Lehrer ist das ein Angebot, das sie verwenden können, bei dem sie dann wirklich einen Freiraum haben, einen Experten dort haben, der das hineinbringen kann. Und mit PUSCH haben wir jemanden, der nicht noch irgendwie Werbung macht in der Schule wie z.B. WWF, die immer wieder auch Flyer verteilen, sondern wir haben wirklich eine neutrale Organisation. Und von daher: Das muss man nutzen und die Lehrer werden aufgefordert – oder vielleicht müsste man bei den Schulen noch ein bisschen mehr auffordern - dass sie genau solche Angebote noch etwas mehr nutzen, damit dann die Schüler im Abfall- und Energieunterricht ausgebildet werden. Und wenn das gemacht wird, sind wir dem Ziel der SVP auch näher, dass der Stadtpark entsprechend sauberer ist im Sommer.

M. Bänninger (EVP): Ein schöner Moment, wir sind uns alle einig. Auch wir von der EVP unterstützen diesen Antrag und sprechen uns für die Weiterführung dieser beiden Module aus.

Stadtrat St. Fritschi: Je unumstrittener das Geschäft ist, desto mehr sagen etwas dazu. Das ist ja schön in der heutigen Zeit, das ist wie beim offenen Singen, da melden sich alle dazu... Aber ich muss wirklich sagen: Ich bin dankbar, dass Ihr das so positiv anschaut. Es ist auch im Interesse der beiden Gebührenhaushalte (von Tiefbau und Stadtwerk), dass man das finanziert. Es ist nicht so, dass es einfach nur ein Sponsoring wäre. Wir haben heute den Begriff Sponsoring schon einmal durchgenommen. Es ist wirklich im Interesse der beiden. Und ich muss einfach sagen, aus meiner Vergangenheit: Wenn wir es dem Budget der Schule geben, dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass es dann konkurrenziert mit sehr vielen Angeboten und wir können natürlich nicht sicher sein, dass das dann für immer und ewig auch den Stellenwert behalten kann, den es eigentlich braucht. Und deshalb finde ich es nicht schlecht, wenn es aus den beiden Gebührenhaushalten finanziert wird. Wir haben ein Interesse daran, dass der Abfallunterricht und der Energieunterricht erteilt wird. Ich glaube, das Geld ist es uns wert. Und ich glaube auch, die Gemeinderatspräsidentin (die früher sogar im Dienst von PUSCH war), weiss das auch zu schätzen und steht mit Haut und Haar für die Qualität dieses Unterrichts ein, den man da an den Schulen erteilt.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt keinen Ablehnungsantrag. Damit haben wir die jährlich wiederkehrenden Kredite zum Abfallunterricht und zum Energieunterricht abgesegnet und das, was ich selber vor 20 Jahren aufgebaut habe in Winterthur, kann weitergeführt werden.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2018.104: Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zu Traktandum 6, die finanzielle Vergütung von Stadtwerk. Das Wort hat Markus Nater als Referent.

M. Nater (BBK): Wie jedes Jahr vor dem Budget kommt die Weisung für die finanzielle Vergütung an die Stadtkasse für das Jahr 2019. In diesem Zusammenhang möchte ich den Stadtwerken danken. Sie haben da eine Weisung präsentiert, die einerseits rechtlich besteht und andererseits mussten wir dieses Jahr keine Zahlen anpassen. Von daher stimmt die Qualität dieser Weisung.

Der Antrag ist wie folgt: Die gesetzliche Grundlage ist die Verordnung über die Abgabe von Gas. Und dort wird beantragt von Stadtwerk, dass 10% des Betriebsertrages an die Stadtkasse geht und 10% des Gashandels. Bei der Fernwärmeversorgung wird der Antrag 0%. Den Grund werde ich nachher noch kurz erläutern. Beim Strom ist eine Bundesvorgabe da, da nennt der Antrag 5,5 Mio., beim Stromhandel 5%. Beim Energie-Contracting wird auch 0% beantragt.

Bei der Vergütung ist immer ein Blick zurück sehr spannend. Und da sieht man auch gleich Effort14, wie viel das eigentlich von Stadtwerk an die Kasse ging. Und was da ganz klar auffällt: Das Effort14-Programm endet mit dem Jahr 2019 und da sind wir jetzt wieder bei Null. Auf der anderen Seite, damit man die 10,9 Mio. ein bisschen einteilen kann: Das sind etwa 4,5% des Gesamtumsatzes von Stadtwerk Winterthur bzw. von der letzten offiziellen Verbuchung, vom Gewinn 2017, sind es etwa 30%. Von daher haben wir da eigentlich ein gutes Verhältnis und Stadtwerk blutet auch nicht aus durch diese Abgabe an die Stadt.

Bei den Stadtwerken haben wir die Profitcenter Stromhandel, Gashandel, Gas, Fernwärme und Energie-Contracting, die eine finanzielle Vergütung an die Stadtkasse geben. Wie, das wird jeweils in Prozenten festgelegt. Dieser Prozentsatz darf höchstens 10% des Betriebsergebnisses sein.

Für den Bereich Verteilung Strom (d.h. Netz) gibt es grundsätzliche Vorgaben, deshalb ist dort ein Betrag drin, den man entsprechend der Stadtkasse zuwenden kann.

Im Vergleich sieht man die Stabilität, die inzwischen bei Stadtwerk ist. Man sieht das Jahr 2018 und 2019, die Sätze sind gleich geblieben. Beim Stromhandel sind es 5%, beim Gas-handel 10%, Verteilung Gas ebenfalls 10%.

Wieso sind Fernwärme und Energie-Contracting bei Null? Die Vorgabe ist auch, dass bei negativen Ergebnissen keine Abgaben an die Kasse abgegeben werden. Wenn man ohnehin schon im Negativen ist, will man den Bereich nicht noch mehr schädigen, indem man noch Geld weiterführen oder abgeben muss an die Stadtkasse.

Die Kehrrichtverwertung, die Abwasserreinigung, die Wasserversorgung dürfen keine Vergütung abgehen, denn das sind Grundleistungen, die die Stadt entsprechend liefern muss.

Zum Schluss die Zusammenfassung: Was heisst das in Frankenbeträgen? Ca. 2/3 der Beiträge an die Stadt kommen aus dem Strom, Gashandel und Verteilung Gas hat ca. 1/3 dieser Beiträge. Fernwärme und Energie-Contracting sind bei Null. Von daher beantragt die Stadt, dass 10,9 Mio. von Stadtwerk entsprechend Ende Jahr in die Kasse der Stadt Winterthur gehen.

Die 10,9 Mio. könnten sich noch leicht ändern, je nachdem wie das Ergebnis und der Umsatz ausfallen.

Dieser Antrag der Stadt über die finanzielle Vergütung für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder wurde in der BBK ohne grosse Diskussion mit 9:0 angenommen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wie angekündigt wird dieses Geschäft nicht beraten. Wünscht der Stadtrat Stefan Fritschi das Wort?

Stadtrat St. Fritschi: Ich bin froh, dass man sich auf das einigt. Ich muss auch sagen, es ist nichts als richtig, dass die Stadt, die das volle Risiko trägt für Teile der Verwaltung, nämlich Stadtwerk (Stadtwerk ist ein Teil der Vollverwaltung), dass man da etwas rückvergüten darf. Und da ist man in den besten Familien zuhause. Es ist ganz üblich, dass wenn man ein Teil der Verwaltung ist, dass man dann auch einen Teil des Gewinns zurückbekommen darf. Es ist sinnvoll und es ist massvoll. Es ist nicht übertrieben, es ist auf einem Mass, das man gut vertreten kann. Markus Nater hat es gesagt: 4,5%, das ist massvoll und ich finde, das ist richtig, dass man das so beschliesst.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit habt Ihr der finanziellen Vergütung von Stadtwerk für das Jahr 2019 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder zugestimmt.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2018.61: Umsetzung der Motion betr. «Überführung Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012.117); Erlass einer Theaterverordnung zur Ausgliederung Betrieb «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG»

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 7. Samuel Kocher hat das Wort.

S. Kocher (BSKK): Gerne führe ich kurz zu dem Thema «Überführung Theater Winterthur in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft» einführen.

Die Ausgangslage dieser Motion, die vom 3. Dezember 2012 ist mit der Geschäftsnummer 2012.117 ist, dass der Stadtrat beauftragt wird, dem Grossen Gemeinderat einen Beschlussantrag vorzulegen, um das Theater Winterthur in eine passende gemeinnützige Trägerschaft zu überführen.

Die Begründung der Motion wird folgendermassen zusammengefasst: Der Leistungsauftrag ist mit dem Subventionsbeitrag der Stadt verbunden. Gleichzeitig soll dieser Leistungsauftrag ganz klar definiert werden, um sicherzustellen, dass die politischen Ziele gemäss Vorgaben

der Stadt und des Gemeinderates errichtet werden können. Eine Verbesserung der strategischen Steuerungsmöglichkeiten des Gemeinderates und des Stadtrates sowie eine Beseitigung der Periodenunterschiede zwischen Saisonplanung Theater und Budgetplanung und – nicht zu vergessen – sach- und zeitgerechte Entscheidungen über Planung und Rechnung durch ein adäquates Aufsichtsgremium.

Was waren die Handlungsvarianten, die der Stadtrat in dieser Zwischenzeit prüfte? Einerseits ging es von einer Variante 6 (Betriebsschliessung, Vergabe an einen kommerziellen Veranstalter) bis zur Variante 1a (Weiterführung des Betriebes und Beibehaltung des Kulturauftrages). Man schaute auch an, ob man diesen Kulturauftrag reduzieren möchte, man prüfte, ob man das Theater in eine alle andere Halle verlagern möchte... Unterschiedlichste Varianten, aber der Stadtrat kam am Schluss zu folgender Lösung, dass aufgrund der kulturellen und gesellschaftlichen Bedeutung des Theaters wie auch aufgrund der finanziellen Möglichkeiten der Stadtrat die Variante 1a bevorzugt.

Des Weiteren hat der Stadtrat auch die Rechtsform geprüft. Da ging es um eine Stiftung, Aktiengesellschaft, Genossenschaft oder einen Verein. Und auch da sind grundsätzlich alle Gesellschaftsformen möglich, es gibt auch alle Gesellschaftsformen in der Landschaft der Theater in der Schweiz. Aber die Aktiengesellschaft bietet einige Vorteile gegenüber der anderen Varianten, und zwar sind die Übertragbarkeit der Beteiligung oder die Kapitalbeschaffung mittels Kapitalerhöhung oder auch Beteiligung von weiteren Gesellschaftern im Vordergrund. Deshalb kam man da auf die Variante 2, Aktiengesellschaft.

Weiter wurde natürlich auch geprüft, was mit der Theaterliegenschaft passiert. Auch da wurden wieder drei Varianten geprüft. 1. Ob sie im Eigentum der Stadt Winterthur verbleiben soll, 2. ob sie ausgelagert werden soll an eine eigene Immobilien AG oder 3. die Abtretung der Liegenschaft an die zu gründende Theater Winterthur AG. Auch da wurde nach eingehender Prüfung vom Stadtrat entschieden, dass er die Variante 1 bevorzugt. Dies v.a. auch, weil die neue Aktiengesellschaft noch nicht über das entsprechende Know-how verfügt und das Theatergebäude entsprechend im Eigentum der Stadt verbleiben soll.

Der Stadtrat hat entsprechend auch folgenden Antrag gestellt:

1. Für die Ausgliederung des Betriebs «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und für dessen Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG» wird eine Theaterverordnung gemäss Beilage erlassen.
2. Mit dem Beschluss gemäss vorstehender Ziff. 1 wird die Motion betreffend «Überführung des Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012/117) als erledigt abgeschrieben.

Darüber hinaus wurden aber in der BSKK noch weitere Beschlussvorlagen diskutiert und da auch entsprechend beantragt.

Einerseits geht es um das Thema Aktienmehrheit. Da geht es darum, dass man im Artikel 3 den Absatz 4 streicht und entsprechend im Artikel 4 mit einem Absatz 3 ergänzt: «Die Mehrheit der Aktien und der Stimmrechte bleibt bei der Stadt.»

Eine zweite Beschlussvorlage gab es zum Thema Vergütung. Da soll im Artikel 5 der Absatz 1 ergänzt werden: «Zulässig ist jedoch die Abgabe von Gratis-Tickets oder die Gewährung von Vergünstigungen auf Tickets in geringem Umfange an Aktionärinnen und Aktionäre zwecks Förderung der Verbundenheit mit der Theater Winterthur AG.»

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank, Sämi, für das Vorstellen. Wir kommen zu dieser Beratung. Vom Ablauf her: Wir gehen als Erstes die Theaterverordnung durch mit den Synopsen, wie das kurz vorgestellt wurde. Es sind im Moment drei Kommissionsanträge eingegangen. Es gab in der Beratung auch noch Fraktionsanträge. Wird an diesen festgehalten, also gibt es noch zusätzliche Anträge zu den Kommissionsanträgen? – In dem Fall hätten wir die Anträge beisammen.

Dann ist die Diskussion frei. Lilian Banholzer hat das Wort.

L. Banholzer (EVP): Die EVP-Fraktion hat schon im Jahr 2007 ein Postulat mitunterzeichnet, das die Stadt aufgefordert hat, eine gemeinnützige Trägerschaft für das Theater zu prüfen. Folglich nehme ich jetzt auch vorweg, dass wir der Ausgliederung aus der Stadtverwaltung

zustimmen und die Organisationsform einer gemeinnützigen Aktengesellschaft unterstützen. Die Verantwortlichen haben diese Ausgliederung gründlich vorbereitet. Die externe Studie zur Bewertung der Möglichkeiten für eine finanzielle Entlastung für das Theater war eine gute Grundlage, um die vorliegende Weisung einzuordnen. Die Studie attestierte dem Theater Winterthur auch eine aussergewöhnliche Entwicklung im Vergleich zu anderen Theatern in Bezug auf Einnahmen und Ausgaben und stellte fest, dass in den letzten Jahren auch die vorhandenen Effizienzpotentiale weitgehend erschlossen wurden. Sie haben festgestellt, dass einzig im Bereich Fundraising und Sponsoring ein Potential vorhanden ist, wenn das Theater dann als eigenständige Organisation auftreten kann.

Für uns sind drei Punkte wesentlich für die Ausgestaltung eines eigenständigen Betriebes: Erstens die Organisationsform. Mit einer gemeinnützigen AG hat man eine bewährte Form für kulturelle Betriebe gewählt. Und in der Theaterverordnung wird die Gemeinnützigkeit festgehalten.

Darf ich auch schon zu den Anträgen sprechen? In der Theaterverordnung wird die Gemeinnützigkeit festgehalten. Festgeschrieben ist aber nirgends, dass eine Mehrheit der Aktien jederzeit bei der Stadt bleiben soll. Für uns ist es wesentlich, dass die strategische Führung durch die Stadt auch in Zukunft gegeben ist und das Theater in der öffentlichen Hand bleibt. Deshalb werden wir den Kommissionsantrag, der das ausdrücklich festschreiben möchte, auch unterstützen.

Ausserdem unterstützen wir auch die Änderung des Artikels 5 zur Gemeinnützigkeit, dass man Aktionären auch einmal ein Gratisticket gewähren kann oder eine Gratisvorstellung für Aktionäre möglich ist.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die Subventionshöhe. Wir wollen, dass das Theater weiterhin ein Mehrsprachenhaus bleibt und Vorstellungen im bisherigen Rahmen anbieten kann. Und das bedeutet auch, dass die Subvention so bemessen sein muss, dass das Theater Planungssicherheit hat und verhindert, dass eine Reduktion oder Verschlechterung des Angebotes zu einem Besucherschwund des Theaters führt, die dem Theater weniger Einnahmen bringen würde und damit auch eine Negativspirale in Gang setzen würde. In der Weisung sind diese Berechnungen ausführlich dargelegt und die bisherigen Erfahrungen ausgewertet. Wir sind deshalb der Meinung, dass die festgesetzte Subventionshöhe von 4,25 Mio. richtig ist, weil eine langfristige, sichere Finanzierung für das Theater wesentlich ist.

Und der dritte Punkt ist noch das Personal. Das Personal soll mit der Auslagerung keine Verschlechterung der Anstellungsbedingungen in Kauf nehmen müssen. Neu ist das Theaterpersonal dann einem GAV unterstellt. Dieser wurde sorgfältig ausgearbeitet und im Grossen und Ganzen einvernehmlich vereinbart worden. Damit sind die Mitarbeitenden des Theaters im Wesentlichen gleichgestellt mit den städtischen Angestellten. Mit dem neuen Personalstatut, das anfangs Jahr in Kraft tritt, sind sogar noch zusätzliche Verbesserungen zum ausgehandelten GAV möglich. In unseren Augen handelt es sich um faire Anstellungsbedingungen, und das soll auch so sein.

Alles in allem können wir das Theater zuversichtlich in die unternehmerische Freiheit entlassen und hoffen, dass wir auch in Zukunft ein farbiges, vielfältiges und hochstehendes Theater für alle Bevölkerungsschichten haben werden.

M. Steiner (SP): Die Auslagerung des Theater Winterthur, wir haben es vorhin gehört, aus der Stadtverwaltung geht auf eine Motion zurück, die dazumals von einer bürgerlichen Ratsmehrheit überwiesen wurde. Die SP hat sich im Rat wiederholt kritisch dazu geäussert. Der kulturell unabhängige Auftrag des Theaters, eine langfristige Planungssicherheit und keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das betroffene Personal waren stets das zentrale Anliegen der SP.

Dass die Budgetierung und die Rechnungslegung aufwändig sind, da z.B. die Theatersaison nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, ist unbestritten. Mit einer AG gewinnt das Theater deutlich mehr unternehmerischen Spielraum.

Für die SP ist die Rechtsform einer Stiftung oder Genossenschaft nach wie vor die bessere Lösung, da dort die Beteiligung der Gesellschaft personen- und nicht kapitalbezogen ist, und das, ohne dabei auf die Vorteile von unternehmerischen Freiheiten verzichten zu müssen.

Trotzdem sind wir erfreut, dass die zentralen Forderungen der SP dazumals in diesem langen und mehrjährigen Prozess bis hin zu der jetzt vorliegenden Theatervorlage mehrheitlich wohlwollend aufgenommen wurden.

Grundsatz 1 für uns ist, dass die hochstehende Qualität und künstlerische Unabhängigkeit stets gewährleistet sind. Das Theater Winterthur ist ein wesentlicher Bestandteil der Kulturstadt. Der Spielplan mit internationalen Produktionen in allen Bühnensparten zeigt einen Querschnitt über das Theaterschaffen auf der grossen Bühne. Somit deckt das Theater einen wichtigen Teil der Nachfrage an einem kulturellen Angebot der Stadt und in der Umgebung. Wir haben einen Leistungsvertrag mit einem klaren kulturellen Auftrag. Das bestehende Programm kann so in diesem Umfang weitergeführt werden. Die künstlerische Leitung erhält so mehr Spielraum, was für die Programmgestaltung kein Nachteil sein muss. Entscheidungswege werden kürzer, die Leitung erhält mehr Verantwortung.

Ja, gewisse Einflussnahme auf den künstlerischen Inhalt durch private Stakeholder und eine mögliche Gefahr der Priorisierung des kommerziellen Erfolges besteht. Mit dem entsprechenden Leistungsvertrag ist der Stadtrat aber verpflichtet, die Einhaltung stets zu überwachen. Mit dem Punkt 2 muss für uns die Gemeinnützigkeit gewährleistet bleiben und die Stadt muss die Mehrheitsverhältnisse bei sich behalten. Das Theater ist nicht gewinnorientiert und schützt laut Theaterverordnung keine Dividende aus. Mit dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates, durch eine entsprechende Kapitalerhöhung und dem gleichzeitigen Verzicht auf das Bezugsrecht hätte sich die Stadt in eine Minderheit versetzen lassen können. Das ist auch unser Antrag 4. Auch wenn das aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich ist, widerspricht das dem Grundgedanken, dass die strategische Steuerung bei der Stadt ist. Das Theater soll auch langfristig mehrheitlich in öffentlicher Hand bleiben.

Und drittens darf die Auslagerung nicht zu einer Verschlechterung der Anstellungsbedingungen des Personals führen. Grundsätzlich – und das ist nicht nur auf Winterthur bezogen – sind die Arbeitsbedingungen im Theater (gerade für das technische Personal) sehr herausfordernd. Das Personal arbeitet unregelmässig, besonders am Abend, mit langen Dienstzeiteinsätzen bis zu 10 Tagen. Die Einsatzplanung gestaltet sich alles andere als familienfreundlich. Es wird sehr viel Flexibilität und Verlässlichkeit seitens Arbeitnehmer verlangt. Bei einer Auslagerung wäre gerade jetzt der ideale Zeitpunkt, um diesen zusätzlichen unternehmerischen Spielraum, den die neu zu gründende Theater AG bekommt, auch dem Personal zu gewähren. Beim Personal wird leider auf diese Vorteile verzichtet. Das bedauern wir. Eine einseitige Forderung bezüglich mehr Entlastungstagen für das Personal kann man da tatsächlich nicht losgelöst vom Stellenetat anschauen. Wir hätten uns da gewünscht (gerade im Hinblick auf die spezifischen Bedürfnisse), den Stellenpool im Bereich des technischen Personals nach oben hin anzupassen. Wir erachten eine einseitige Aufstockung nur im Bereich Marketing und Fundraising als verpasste Chance, gerade wenn man plant, die Erträge und Besucherzahlen in Zukunft zu verbessern.

Für die Angestellten bedeutet die Auslagerung eine Überführung vom öffentlichen Recht in das private Recht, also eine Privatisierung, und demzufolge eine reduzierte Sicherheit für die Angestellten. Ein Teil unserer Fraktion wird deshalb der Umsetzungsvorlage nicht zustimmen. Deshalb ist für uns der im Vorfeld mit dem VPOD ausgehandelte GAV umso wichtiger. Er garantiert die Gleichbehandlung wie beim städtischen Personal, auch wenn durch die Überführung ins private Recht die Gleichbehandlung nur noch beschränkt gegeben ist. Das Theater ist auf Planungssicherheit und motiviertes, gut ausgebildetes Personal angewiesen. Die 7jährige Laufzeit des GAV garantiert den Besitzstand. Letztlich wird es aber der zuständige Verwaltungsrat sein, der den GAV zusammen mit dem Personal und VPOD abschliessen wird. Zusammenfassend ist zu sagen, dass mit Ausnahme der oben erwähnten Punkten, das, was wir jetzt da haben, eine sorgfältig austarierte Umsetzungsvorlage ist, die politisch breit abgestützt ist. Wir bedanken uns beim Stadtrat und beim Theaterleiter René Munz und bei Nicole Kurmann, die das Projekt geleitet hat. Wir sind der Überzeugung, dass so der Kulturauftrag des Theater Winterthur im bestehenden Umfang weiter gesichert werden kann. Die SP-Fraktion wird diesem Geschäft mehrheitlich zustimmen.

A. Geering (CVP/EDU): Auch die CVP hat das Postulat, das 2007 überwiesen wurde, das Lilian vorhin erwähnt hat, damals mitüberwiesen. Und auch die Motion, bei der wir jetzt das Resultat davon haben, hat die CVP damals bei der Abstimmung unterstützt und mitgetragen. Die CVP/EDU-Fraktion ist auch heute der Meinung, dass die Ausgliederung vom Theater Winterthur aus der Verwaltung hinaus in diese Theater Winterthur AG der richtige Weg ist für das Theater Winterthur. Insofern werden wir dieser Weisung zustimmen.

Ich möchte trotzdem noch einige Fragen aufgreifen, die wir uns in der Fraktion gestellt haben im Rahmen der Beratung des Geschäftes: Was bedeutet die Ausgliederung für das Theater? Was bedeutet die Ausgliederung für den Gemeinderat? Und zu welchem Preis erfolgt die Ausgliederung?

Das Theater ist der grosse Gewinner dieser Ausgliederung. Das Theater gewinnt mehr unternehmerische Freiheit. Mit dem fixen jährlichen Subventionsbeitrag der Stadt erhält das Theater eine stabile, planbare Grundfinanzierung von der Stadt. Das Theater erhält durch diese Ausgliederung zusätzlich eine bessere Ausgangslage, wenn es darum geht, Fremdgelder und Sponsorengelder zu akquirieren.

Ja, und was bekommt der Gemeinderat? Er bekommt die Sicherheit, dass die städtischen Interessen am Theater Winterthur auch unter der neuen Rechtsform gewahrt bleiben. So ist der Stadtrat im Verwaltungsrat vertreten und bestimmt die Mehrheit der Verwaltungsräte. Dank dem Kommissionsantrag, der vorliegt, wird die Stadt zudem auch die Aktienmehrheit bei sich behalten. Allerdings verliert der Gemeinderat Einflussmöglichkeiten. Das Theater wird künftig ohne parlamentarische Zielvorgaben arbeiten. Was festgesetzt ist, ist das, was in der Theaterverordnung ist und das ist starr und schwierig zu ändern. Auch die Einflussmöglichkeiten über das Budget, über den Betrag, den die Stadt gibt, wird der Gemeinderat verlieren respektive künftig nur noch sehr eingeschränkt verändern können. Es würde eine Änderung der Verordnung benötigen oder eine Änderungskündigung des Subventionsvertrages mit einer Kündigungsfrist von 3 Jahren. Ja, der Gemeinderat gibt also Einfluss ab mit dieser Ausgliederung.

Und jetzt kommt eigentlich die Frage, die uns am Meisten umgetrieben hat. Zu welchem Preis erhalten wir diese Auslagerung? Es ist ausgewiesen: 4,25 Mio. Subventionsbeitrag jährlich über eine Leistungsvereinbarung. Das ist, wenn man die Weisung genau anschaut, 260'000 Fr. mehr als wenn das Theater in der Stadtverwaltung bleiben würde. Diese Ausgliederung hat also einen hohen Preis. Neben dem Abgeben des Einflusses vom Gemeinderat erhöhen wir gleichzeitig den städtischen Beitrag. Nicht unbedingt gegenüber dem status quo, sondern erhöhen dem Theater, das innerhalb der Verwaltung mit dem gleichen Angebot weiterfährt. So ist es ausgewiesen für die 5-Jahres-Prognose.

Wir haben bilateral und in der Kommission einen Antrag geprüft, um diesen Subventionsbeitrag nach einer Startphase von 4 Jahren zu kürzen, dass man sagt, man gibt 4 Jahre Zeit, um auf eigene Beine zu kommen, und nachher den Beitrag zu kürzen. Wir stellten dann aber fest, dass auch eine Kürzung von nur 150'000 Fr. die Zustimmung der ganzen Auslagerung potentiell gefährdet. Und dieses Risiko war uns zu gross, weil wir grundsätzlich finden, die Ausgliederung ist der richtige Weg. Wir stellen somit relativ konsterniert fest, dass dieser Preis scheinbar der politische Preis ist, den die Ausgliederung kostet (diese 4,25 Mio.), dass man da nicht weiter hinunter gehen kann. Wir werden dem insofern auch zustimmen und müssen dem Stadtpräsidenten und dem zuständigen Departement wohl attestieren, dass sie in der Vorbereitung dieses Geschäftes eigentlich schon ausgelotet haben, was im politischen Diskurs möglich sein wird. Insofern ist es eine teure Auslagerung, aber eine Auslagerung, von der wir hoffen, dass die Theater Winterthur AG künftig auch dieser Leuchtturm in der Kultur sein wird, den man uns verspricht.

K. Gander (Grüne/AL): Was macht die Winterthurer Kultur aus? Die Museen, das Casino-Theater, die Kurzfilmtage, die Musikfestwochen oder das Trommeln und die Bongos an Pfingsten? Vergessen wird in der Regel häufig das bis jetzt im städtischen Departement untergebrachte Theater. Und trotz der massiven Sparmassnahmen wird dort nämlich wirklich eine sehr gute Arbeit geleistet. Man versucht neue Wege, um ein neues, jüngerer Publikum

anzusprechen. Man spürt das Engagement und die Motivation und man wird zudem auch noch sehr gut verköstigt.

Die Überführung des Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft, da teile ich die Überlegungen, die Markus vorhin schon aufgeführt hat bezüglich der Rechtsform. Es ist eine eingreifende Entscheidung mit einer langen Vorgeschichte.

In der Regel tue ich mich selten schwer mit Entscheidungen, aber zu diesem Geschäft habe ich eine sehr ambivalente Haltung, die auch von meinen Fraktionskollegen geteilt wird. Gerne versuche ich das ein bisschen zu präzisieren: Es gibt durchaus positive Punkte, sie wurden auch schon ausgeführt. Rechnungsstellung und Finanzplanung würden einfacher werden, weil man sie auch die Theatersaison auslegen könnte; die Entscheidungswege würden schneller werden; der Handlungsspielraum grösser. Auch eine Vereinfachung der Drittmittelbeschaffung ist klar als Vorteil ausgewiesen. Und zudem gibt der Subventionsvertrag von 4,25 Mio. Planungssicherheit, die nach den Unruhen der letzten Jahre sicher positiv ist. Und irgendwie passt auch ein Theater nicht wirklich in eine Verwaltungseinheit.

Aber was passiert, wenn es schief läuft? Wenn die wirklich sehr ambitionierten Ziele bei der Mittelbeschaffung nicht realisierbar sind? Die demokratische Kontrolle durch den Gemeinderat ist ja auch nicht nur eine Schikane, sondern auch eine Chance, bei Problemen direkt bei der Politik eskalieren zu können. Und was ist mit dem Personal? Wir haben es schon gehört. Was passiert bei der Erneuerung eines neuen GAV? Wer garantiert, dass da nicht deutliche Abstriche gemacht werden, wenn optimiert werden muss?

Zweifeln lassen uns auch die ständig wachsenden Auslastungszahlen. Können diese wirklich realisiert werden oder setzt das Management in Zukunft einfach auf Populäres, um möglichst wenig künstliche Risiken auf sich zu nehmen? Das Gleiche gilt auch für die bereits angesprochenen, für die erhofften und gesteigerten Erträge aus Sponsoren- und Gönnerbeiträgen. Bedeutet das einfach publikumswirksame Darbietungen und eine Ausrichtung auf Sponsoren, die dann einzelne Aufführungen oder das Haus unterstützen? Solche Dinge können rasch zur Selbstzensur und zu einem grossen Einfluss dieser Kreise auch auf das Programm führen. Ja, diese Auslegeordnung steht eigentlich sinnbildlich für die Haltung unserer Fraktion zu diesem Geschäft. Sie ist ambivalent und führt dazu, dass die Fraktion Grüne/AL Stimmfreigabe entschieden hat.

Noch kurz zu den Anträgen: Dort stimmen wir zu.

S. Kocher (GLP): Die GLP-Fraktion unterstützt diese Motion so, wie sie heute vorliegt, bietet sie doch für die Zukunft des Theaterbetriebs im Vergleich zur heutigen Situation die Grundlage, die es braucht. Die Finanzplanung und die Veranstaltungssaison sind besser abgestimmt, das Theater kann direkter und schneller entscheiden und erhält dadurch höhere Befugnisse. Erhalt der Kompetenz und der Möglichkeit, Allianzen mit privaten Dritten einzugehen und Beiträge von Dritten zu erwirtschaften. Zudem wird die strategische Steuerung weiterhin durch eine Vertretung der Stadt Winterthur im VR beibehalten. Es wird dann aber auch in den Händen dieses VR liegen, die strategischen Ziele und Versprechen zu erfüllen. Daran soll und wird er entsprechend gemessen werden müssen.

Die Ausgestaltung der Theaterverordnung empfangen wir im Grossen und Ganzen als ausgewogen. Einzig der Rahmenkredit von 4,25 Mio. wird als eher üppig angeschaut und ist für uns entsprechend an der oberen Grenze. Wenn man da noch die Möglichkeiten von einer angesprochenen strategischen Partnerschaft und der Drittmittelbeschaffung dazu addiert, so erwarten wir für die Zukunft – ohne Abstriche – ein qualitativ sehr gutes und hohes Angebot, was das Gütesiegen der Kulturstadt Winterthur unterstreicht, so wie es in der Antragsbegründung des Stadtrates auch entsprechend versprochen wurde.

Die Überführung des Personals in eine Theater Winterthur AG entspricht ebenfalls unserer Vorstellung. Die Theater Winterthur AG muss alle Voraussetzungen bekommen, um seine Erwartungen einzuhalten oder gar übertreffen zu können. Dass ein GAV erarbeitet worden ist, der sich stark an den Anstellungsbedingungen der Stadt Winterthur orientiert, ist nachvollziehbar und grundsätzlich auch nicht falsch. Die Theater Winterthur AG soll ein attraktiver Arbeitgeber sein und bleiben. Die Theater Winterthur AG soll aber auch als Rechtspersönlichkeit ihren unternehmerischen Gestaltungsspielraum nutzen dürfen. Und so fordern wir auch

die Vertragspartner für zukünftige Verhandlungen auf, sich dieser Tatsache bewusst zu bleiben.

Eher unglücklich sind wir mit der Regelung bezüglich dem Theatergebäude. Für dieses Thema wurde keine wirkliche Lösung gefunden. Verbleib bei der Stadt ist die einfachste Lösung. Sämtliche Verpflichtungen und Risiken für die Zukunft der Liegenschaft verbleiben bei der Stadt. Wie mit zukünftigen Forderungen seitens der Theater Winterthur AG im Detail umgegangen werden soll, bleibt vorerst unklar.

Die GLP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates, Ziffer 1 und Ziffer 2, zustimmen. Wir werden auch die Anpassungen in der Theaterverordnung, Artikel 3, 4 und 5, vorbehaltlich die Regelung ist mit einer gemischtwirtschaftlich-gemeinnützigen Aktiengesellschaft vereinbar, unterstützen.

Th. Leemann (FDP): Die Umsetzung der Motion von einer Überführung des Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft war ein langer Weg von der Einleitung der Motion bis jetzt, wo wir da stehen. Nun sind wir im Gemeinderat so weit, über den Antrag der Stadt abzustimmen, dass das Stadttheater in eine gemeinnützige Trägerschaft überführt werden kann, die steuerbefreit ist.

Im Grossen und Ganzen sind wir zufrieden mit der Umsetzung der Motion und dem Antrag des Stadtrates. Die Stadt Winterthur gründet die Theater Winterthur AG mit dem Kapital von 1,5 Mio. Franken in Aktien mit dem Nennwert von 500 Fr. pro Stück. Also, kaufen Sie Aktien vom Theater! Denn Sie, die Sie dann Aktionäre sind, sind die besten Werbeträger, so dass wir auch genügend Geld bekommen von Dritten für unser Stadttheater.

Gemäss Actori-Bericht braucht das Theater Winterthur, um den geforderten Auftrag und das hohe Niveau halten zu können, einen jährlichen Beitrag von 4,25 Mio. Fr. Dieser Betrag wird über den Vertrag geregelt. Das gibt natürlich den neuen Besitzern, dem Verwaltungsrat, Planungssicherheit, so dass sie ihr Programm gut gestalten können.

Durch die neue Ausrichtung in eine AG wird die Theater AG Winterthur zu einem neuen Arbeitgeber. Mit dem Personal für den Theaterbetrieb ist ein GAV von 7 Jahren bereits ausgehandelt worden, der zu den gleichen Konditionen gestaltet ist, wie sie die Angestellten der Stadt Winterthur haben. Als neuer Unternehmer und Arbeitgeber sind 7 Jahre Laufzeit für einen GAV eine sehr lange Zeit, wirklich eine sehr lange Zeit. Für beide Seiten natürlich. Ich kann eine so lange Vertragsbindung nicht verstehen. Wie ist es dann, wenn man nach einigen Jahren feststellt, dass der GAV aus wirtschaftlichen Gründen angepasst werden sollte? Was passiert, wenn aber eine Seite nicht will und auf die Einhaltung des GAV setzt? Wird dann die Differenz öffentlich ausgetragen?

Auch in der Theater AG wird es noch einen Gastronomie-Betrieb. Aber der Gastro-Betrieb hat einen anderen LMV, nämlich der für die Gastronomie. Dieser hat eine Laufzeit von 3 Jahren. Diesen GAV hat man einfach übernommen, dort ging es mit 3 Jahren.

Mittels eines Anschlussvertrages mit der Pensionskasse will man weiterhin bei der Stadt versichert bleiben. Wäre es nicht möglich gewesen, dass man andere Pensionskassen hätte anfragen können? Ob sie Interesse haben an diesem Personal? Oder einmal Offerten einholen und einen Vergleich machen, was das Beste ist. Das hat man auch nicht gemacht.

Das Theatergebäude bleibt weiter im Besitz der Stadtverwaltung. Die Theater Winterthur AG wird für die Nutzung eine Gebrauchsleihe an die Stadt Winterthur ausrichten.

Wir danken dem Stadtrat für die Ausarbeitung der neuen Theater AG-Verordnung und wünschen der Theater Winterthur AG einen guten Start im August 2019 und ausverkaufte Vorstellungen, wenn die Vorlage an der Urne von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger angenommen wird.

Den Anträgen stimmen wir zu, Artikel 4 und 5 und 3, und werden der Umsetzung des Stadtratsantrages zustimmen.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion war ja Miteinreichende dieser Motion im Jahr 2012. Wir danken dem Departement Kultur für diese fundierte und ausgewogene Ausarbeitung dieser Vorlage. Die SVP-Fraktion unterstützt selbstredend die Ausgliederung des Theaters in die gemeinnützige Aktiengesellschaft Theater AG.

Wir haben es schon vielfach gehört, es ermöglicht eine Vereinfachung der Abläufe, das Theater wird flexibler, man hat die Qualität gesichert mittels einer Leistungsvereinbarung und man richtet eine Subvention von jährlich 4,25 Mio. aus, damit das Theater langfristig planen kann. Und wir gehen davon aus, dass nicht nach einigen Jahren eine Erhöhung dieser Subvention gefordert wird, sondern dass das Theater diese Subventionen erfolgreich umsetzen und auch Fremdgelder akquirieren kann, so wie man es eigentlich auch schon erfolgreich beim Technorama macht.

Wichtig ist auch, dass das ganze Konstrukt so ausgestaltet ist, dass die Leadership doch bei der Stadt bleibt. So ist die Kontinuität doch gewährleistet.

Was das Personal betrifft, wird das ja dem Personalstatut der Stadt der Winterthur unterstellt. Das erachten wir auch als wichtig, dass da nicht andere oder weitergehende Zugeständnisse gemacht werden, denn es braucht doch die Rechtsgleichheit gegenüber den anderen Mitarbeitenden der Stadt Winterthur.

Dann kommen wir noch zu den Anträgen, die wir da gesehen haben. Artikel 4, Kapitalerhöhung, und Artikel 3, Gründung Aktiengesellschaft – das erachten wir nicht als nötig. Die Vorlage, die der Stadtrat ausgearbeitet hat, genügt. Eine Mehrheit des Verwaltungsrates bei der Stadt, das erachten wir als genügend. Und dass ja keine Mehrheit von Aktien in die Hände von Dritten fallen soll, ist ja eben so in dem Artikel 3 vorgesehen. Das erachten wir als genügend.

Hingegen Artikel 5, Gemeinnützigkeit, dass dort zusätzlich ermöglicht werden soll, im Rahmen von einer Aktionärsversammlung den Aktionären entsprechend eine Theatervorstellung anzubieten, das begrüssen wir. Es wird ja im Schauspielhaus von Zürich bereits ähnlich gemacht.

Wir danken nochmals für die Ausarbeitung und werden dieser Vorlage zustimmen.

F. Helg (FDP): Das Ergebnis, das wir da Vorliegen haben, ist eine gefreute Sache, es ist aber gleichzeitig auch das Ergebnis von zwei Geschichten. Eine Geschichte ist, dass es häufig einen langen Schnauf braucht, bis man zu einem Ergebnis kommt. Und auch die Geschichte der knappen Ergebnisse, zumindest in der Anfangsphase dieses Projektes.

Ich muss tatsächlich 11,5 Jahre zurückschauen. Ich war zum damaligen Zeitpunkt als Mitunterzeichner des damaligen Postulats betreffend private Trägerschaft für das Theater Winterthur beteiligt 2007.077, und war dann auch bei der Motion von Martin Zehnder Miterstmotivator zusammen mit der ehemaligen Gemeinderätin Chantal Leupi. Der Anfang ist also zu orten ganz genau am 9. Juli 2007. Und das sind jetzt doch diese 11,5 Jahre, die es brauchte. Es war aber auch die Geschichte der knappen Ergebnisse, wenn man da nochmals darauf zurückschaut. Der Vorstoss von 2007, notabene in Form eines weniger verbindlichen Postulats, wurde dann im Januar 2008 nur gerade mit 31 Stimmen überwiesen und der Stadtrat hatte damals unter der Federführung von damaligen Stadtpräsidenten Ernst Wohlwend gar keine Freude an diesem Auftrag, einen Bericht zu schreiben. Es wurde dann auf 10 Seiten wortreich dargelegt, dass eine Auslagerung auf gar keinen Fall geschehen sollte.

Die FDP-Fraktion stellte dann den Antrag, die Postulatsantwort ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Es gab damals eine intensive Debatte und Stadtpräsident Wohlwend sagte dann zum Schluss: «Und deshalb ist die aktuelle Lösung für das Theater Winterthur die richtige.» Der Gemeinderat folgte dann aber ganz knapp dieser Ansicht nicht, es war wirklich haarscharf, 29:28 Stimmen im Dezember 2009.

Und 3,5 Jahre später war es dann wieder ganz anders. Im Juni 2013 ging es um die Motionsüberweisung. Und es war nicht so, wie es Markus Steiner gesagt hat, dass das grossmehrheitlich überwiesen wurde. Wir waren von unserer Seite her auch ziemlich überrascht: Es gab dort nämlich keine Diskussion, geschweige denn einen Ablehnungsantrag. Es gab zwei Voten, das von Martin Zehnder und das von Stadtpräsident Künzle, und dann hat man dem stillschweigend zugestimmt und dem Stadtrat den Auftrag gegeben, der jetzt auch umgesetzt wurde.

Das sind die Reminiszenzen, die es gibt, wenn man schon länger im Parlament ist.

U. Hofer (FDP): Ich muss und will mich ganz kurz halten. Ich muss etwas berichtigen: Die FDP-Fraktion wird die Änderungen zu Artikel 3 und 4 nicht annehmen. Es ist nicht im Sinn einer Fundamentalopposition. Wir glauben tatsächlich, in absehbarer Zukunft ist es richtig und wichtig, dass die Stadt die Mehrheit hat. Aber weil wir wie beim Baurecht gegen absolute Verbote sind und weil wir grundsätzlich Flexibilität wahren wollen für veränderte Umstände (und die können sich ändern), sind wir gegen diese Änderungen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich möchte mich herzlich bedanken für diese Debatte heute. Es ist die Folge von ausführlichen Diskussionen in der Kommission. Ich möchte deshalb auch der Kommission danken für ihre Arbeit, die sie gemacht hat, für ihre Diskussionen, die sie führte, bei denen wir die Antworten liefern konnten auf alle diese Fragen, die bestanden hatten. Ich möchte auch Samuel Kocher danken für das Vorstellen und ich danke allen Fraktionssprechern für ihre Meinung, die sie bekanntgegeben haben.

Damit Sie vielleicht noch ein Gesicht haben hinter diesem Projekt: Neben dem Tam von Nicole Kurmann, neben dem Team von René Munz vom Theater, war Otto Grosskopf, der neben dem Theaterdirektor sitzt, Projektleiter. Und wir haben mit seinem Engagement sehr viel Erfahrung hereingeholt in das Projekt. Er hat nämlich diese Erfahrungen geholt als kaufmännischer Leiter des Opernhauses, jahrelang, und hat deshalb einen sehr wertvollen Beitrag geleistet in diesem Projekt.

Ich kann Katharina Gander auf eine Art verstehen. Wenn man eine ganze Verwaltungseinheit aus der Stadtverwaltung herausgibt, dann gibt das ungute Gefühle oder kann das ungute Gefühle geben. Es sind Fragezeichen da. Aber letztendlich darf man meiner Meinung nach, jetzt auch nach so langer Zeit, in der wir wirklich dieses Projekt bearbeitet haben, auch davon ausgehen, dass das sehr sorgfältig gemacht wurde. Und auch wenn es nachher ausgelagert ist, werden wir die Hand weiterhin über diesem Theater haben: Über den Vertrag, über die Qualitätssicherung. Wir werden das nicht einfach weggeben, sondern wir werden weiterhin für die Qualität schauen. Und wir haben den Verwaltungsrat, wo ich überzeugt bin, dass er verantwortungsvoll umgehen wird damit. Und wenn Sie ja alle Aktionärinnen und Aktionäre sein werden, haben Sie auch in dieser Funktion noch einen Einfluss.

Wir haben natürlich auch mit einem Gastspieltheater zu tun, das sehr erfolgreich ist, das schweizweit eines der bedeutendsten ist, wenn nicht das Bedeutendste, das immer wieder die Zusammenarbeit sucht mit anderen Kulturinstitutionen (sei es das Opernhaus, Musikkollegium, Theater Kanton Zürich usw.) oder auch private Projekte, wenn ich an das Tanztheater Corti denke, aber auch Veranstaltungen, die einfach den Platz brauchen und froh sind, wenn sie das Theater haben dürfen.

Und selbstverständlich, das wurde auch genannt heute Abend, auch die kulinarischen Genüsse, die man dort geniessen kann, wo ich allen nur empfehlen kann, bei Chantal Huneault einmal hineinzuschauen.

Die Basis dieses Papiers, wie wir es jetzt erarbeitet haben, war die Actori-Studie. Eine Actori-Studie, die uns sehr deutlich aufzeigte, wo das es Mängel hat, die aufzeigte, mit wie vielen Mitteln man welchen Weg beschreiten kann oder eben nicht beschreiten sollte. Und die 4,25 Mio. sind letztendlich abgestützt auf den Vorschlag von Actori, der sagte, wenn Ihr mit dem Theater vorwärtsgehen wollt, wenn Ihr wollt, dass das Theater eine starke Kulturinstitution ist, dann müsst Ihr so und so viele Mittel einsetzen, Ihr müsst so und so viele Ressourcen noch dazu geben, damit man arbeiten kann damit. Und es war auch die Actori-Studie, die nicht beim technischen Personal das Problem sah. Wir haben das selbstverständlich dort auch angeschaut. Aber es wird sich weisen, wie der Betrieb des Theaters weitergeht. Da muss man den Ressourceneinsatz ohnehin immer wieder prüfen.

Wir haben das Ziel, mit dieser Aktiengesellschaft eine breite Trägerschaft zu schaffen. Das ist die Absicht. Deshalb werden wir auch die Aktie selber als kleines Kunstwerk ausstatten und werden dafür sorgen, dass es sehr attraktiv sein wird, eine solche Aktie dem Götlibub oder sich selber zu schenken, so dass eigentlich in jedem Winterthurer Haushalt eine solche Theater-Aktie vorhanden sein sollte.

Ich komme vielleicht noch auf die einzelnen Voten zurück: Die EVP war auch zufrieden mit uns. Die Planungssicherheit war ein Punkt, der immer wieder genannt wurde. Ich denke

auch, es ist für das Theater wichtig, dass sie den Vertrag haben, dass sie wissen, wie viel Geld in den nächsten Jahren kommt. Und dass sie eben auch wissen, dass sie nicht mehr in diesem Rhythmus sind, wie es die Stadt war. Das war einfach eine Schwierigkeit, dass wir über das Jahr abrechnen und sie von Sommer zu Sommer.

Dann von der SP, das habe ich gesagt, der Hinweis auf das technische Personal wurde in der Actori-Studie nicht als Problem bezeichnet. Ich danke Markus Steiner ausdrücklich für sein Lob, das er für die Qualität dieser Vorlage abgegeben hat. Das hat mich jetzt eigentlich am meisten gefreut.

Die CVP hat darauf hingewiesen, jawohl, es ist viel Geld, die 4,25 Mio. Ich darf Ihnen aber sagen, dass gerade das Theater Winterthur in den beiden Sanierungsprogrammen massgeblich im kulturellen Bereich dazu beigetragen hat. Wir sind massiv heruntergefahren, wir haben mit immer weniger Ressourcen, mit immer weniger Mitteln, eine Top-Leistung gebracht mit diesem Theater. Das darf man auch einmal nennen und verdanken. Sie haben das hervorragend gemacht und wir sind jetzt also, obwohl wir 260'000 höher sind, immer noch tiefer als vor den zwei Sanierungsprogrammen. Das ist bemerkenswert und das bitte ich Sie auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir da nicht einfach oben draufgesetzt haben, sondern dass wir immer noch günstiger sind als vor den zwei Sanierungsprogrammen.

Katharinas Bauchgefühl habe ich angetönt. Ich denke wirklich, der Vertrag mit der Stadt garantiert, dass wir die Qualität sichern können. Und ich darf einfach darauf hinweisen: Wir haben zwei gute Beispiele, das hilft vielleicht ein bisschen bei der Beruhigung: Wir haben das Schauspielhaus, wir haben das Opernhaus, die seit Jahren genau so funktionieren und ich meine, sie funktionieren sehr gut.

Dann hat die GLP noch gezeisselt wegen der Infrastruktur. Selbstverständlich haben wir angeschaut, was das bedeuten würde. Ich kann einfach sagen, das ist eigentlich unter dem Strich die beste Lösung, dass wir es bei uns behalten. Wir haben diese Infrastruktur, wir werden sie sanieren müssen – und wenn wir der Theater AG diese Infrastruktur noch mitgegeben hätten, dann hätte ich also grosse Fragezeichen, ob das finanziell noch zu stemmen gewesen wäre. Ich denke mir, es ist besser, wir lassen sie bei uns und wir sanieren sie, wie wir es jetzt auch mit dem Departement Bau und dem Departement Kulturelles aufgegleist haben. Ja, und sonst grosse Zufriedenheit. Die lange Dauer noch, die Felix Helg genannt hat. Es war in der Tat so, dass es etwas Zeit brauchte. Es musste wachsen, es musste bei den Leuten, die daran gearbeitet haben, wachsen. Aber auch in der Politik. Und ich denke, wir haben jetzt ein gutes Produkt, das wir vorlegen dürfen.

Und ich bin überzeugt, dass wir auch die Unterstützung dann in der Volksabstimmung bekommen, wenn diese Vorlage vor das Volk geht. Dass wir eine solch regelrechte Bewegung hinbringen für das Theater Winterthur, das würde ich mir wünschen. Danke vielmals.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir bereinigen zuerst die Theaterverordnung. Dazu gibt es drei Kommissionsanträge. Diese findet Ihr auf dem gelben Blatt.

Dabei würden wir die Bereinigung des Artikel 4 bzw. die Ergänzung des Artikel 4 als Erstes abstimmen und dann erst der Artikel 3, weil der Ausgang von der Abstimmung zum Artikel 4 einen Einfluss hat auf den Artikel 3.

Wer der 3. Ziffer vom Artikel 4 zustimmen möchte («Die Mehrheit der Aktien und der Stimmrechte bleibt bei der Stadt.»), soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine klare Mehrheit.

Dann stimmen wir jetzt den Artikel 3 ab.

Wer dafür ist, dass man entsprechend die 4. Ziffer bei Artikel 3 streicht, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist ebenfalls eindeutig.

Dann kommen wir zur Abstimmung des Artikel 5, Thema Gemeinnützigkeit.

Dort gäbe es eine Ergänzung: «Zulässig ist jedoch die Abgabe von Gratis-Tickets oder die Gewährung von Vergünstigungen auf Tickets in geringem Umfange an Aktionärinnen und Aktionäre zwecks Förderung der Verbundenheit mit der Theater Winterthur AG.»

Wer diesem zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen mit Handerheben.

Das ist nahe an einstimmig, eine grosse Mehrheit.

Damit wäre die Theaterverordnung bereinigt.

Stadtpräsident M. Künzle: Es muss ja noch eine Schlussabstimmung geben wegen der Volksabstimmung.

Ratspräsidentin A. Steiner: So ist es. Es braucht eine Schlussabstimmung und weil es eine Volksabstimmung gibt, zählen wir die beiden Anträge auch aus und stimmen separat ab.

Antrag 1: Für die Ausgliederung des Betriebs «Theater Winterthur» aus der Stadtverwaltung und für dessen Überführung in die gemeinnützige Aktiengesellschaft «Theater Winterthur AG» wird eine Theaterverordnung gemäss Beilage (jetzt geändert) erlassen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, bezeuge das mit Handerheben. Bitte auszählen.

Wer dagegen ist, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen? – Nein.

Damit habt Ihr dem Antrag mit 49:8 Stimmen zugestimmt.

Antrag 2: Mit dem Beschluss gemäss vorstehender Ziff. 1 wird die Motion betreffend «Überführung des Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft» (GGR-Nr. 2012/117) als erledigt abgeschrieben.

Da gab es keinen Antrag, dass das nicht so sein soll. Damit ist das ebenfalls erledigt.

Ich wünsche allen guten Appetit und gute Stärkung für die nachfolgende Budgetdebatte.

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse zur 15. Sitzung, der zweiten Sitzung von heute Abend, während der wir uns intensiv dem Budget annehmen werden.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2018.98: Budget 2019 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2019 «Novemberbrief»

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir steigen ins Budget ein. Ich werde den Ablauf kurz erläutern. Als Erstes werden wir die Eintretensdebatte haben. Felix Helg stellt das Geschäft vor und die Fraktionen äussern sich über das Gesamte.

Dann behandeln wir die einzelnen Produktgruppen, ohne die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich. Die werden wir ganz am Schluss machen. Das machten wir in den letzten Jahren immer so und werden das entsprechend dann auch zusammen verabschieden mit dem Antrag 3 der Weisung.

Dann kann man noch Äusserungen machen zum Buch A, allenfalls sogar zum Buch C.

Als Viertes machen wir die Schlussabstimmung. Dort seht Ihr, dass wir den Antrag 3 nach vorne genommen haben. Wir stimmen zuerst über den Steuerfuss ab, bevor wir über die anderen drei Anträge abstimmen werden.

Damit kommen wir zur Vorstellung des Geschäftes, Felix Helg.

F. Helg (AK): Das diesjährige Budget ist unter einem speziellen Vorzeichen gestanden. Am 1. Januar 2018 ist bekanntlich das neue Gemeindegesetz in Kraft getreten. Es verlangt – jedenfalls nach Auffassung von Stadtrat wie auch Regierungsrat – eine andere rechnerische Abwicklung von Steuerkraftabschöpfungen und Steuerkraftzuschüssen. Konkret geht es dabei um den Ressourcenausgleich, von dem (gestützt auf den kantonalen Finanzausgleich) die Stadt Winterthur profitiert, und um die rechnerische Abgrenzung dieses Ressourcenausgleichs. Im Einzelnen ist diese Methode so komplex, dass es doch recht schwerfällt, den Mechanismus zu verstehen. Auf jeden Fall stehen zwei Artikel des Gemeindegesetzes im Widerspruch zueinander: Einerseits § 119 Abs. 2 und 3 mit der Definition, wie der Ressourcenausgleich finanztechnisch zu behandeln ist. Und andererseits § 130 mit den herkömmlichen Bilanzierungsgrundsätzen.

Das führt dazu, dass nach dem Budgetantrag von Ende September das Budget um Fr. 54,9 Mio. nach unten zu korrigieren ist. Ohne die neue Praxis wäre ein Gewinn von Fr. 12,7 Mio. zu verzeichnen gewesen, neu also ein Verlust von Fr. 42,3 Mio. und unter Berücksichtigung Verbesserung mit den Korrekturen der Nachträge im November-Brief ist es noch ein Verlust von Fr. 39,5 Mio.

Das letzte Wort ist in der Frage der finanztechnischen Behandlung des Ressourcenausgleichs wahrscheinlich noch nicht gesprochen. Zwar hat der Regierungsrat mit einem speziellen Beschluss vom 24. Oktober 2018 die Anwendung der neuen Regeln von den Gemeinden eingefordert. Die Bezirksräte als unmittelbare Aufsichtsinstanzen über die Gemeinden sind aufgefordert worden, bei den Gemeinden für die Durchsetzung dieser Regeln zu sorgen. Im Kantonsrat ist aber bereits eine Parlamentarische Initiative eingereicht worden, um wieder zum ursprünglichen Zustand zurückzukehren. Heute hat der Kantonsrat die Parlamentarische Initiative vorgezogen behandelt und überwiesen. Wie ich gehört habe, soll die zuständige Sachkommission das Geschäft beförderlich behandeln, so dass sogar ein Inkrafttreten einer Gesetzesänderung, wenn sie denn eine Mehrheit finden sollte, auf den 1. Juli 2019 möglich sein sollte.

Dieses Vorzeichen, die Gemeindegesetzrevision, hat doch die ganze Budgetierung beeinflusst und führt dazu, dass es schwierig ist, dieses Budget dann auch zu vergleichen mit anderen Budgets der Vorjahre.

Hier ein paar Kennzahlen in Kürze:

Verlust 39,5 Mio., Nettoinvestition im Verwaltungsvermögen 95,6 Mio., Nettoinvestition im Verwaltungsvermögen 106,3 Mio., Nettoinvestition im Finanzvermögen 13,4 Mio. Ich komme dann im Einzelnen noch auf gewisse Zahlen zurück.

Die Gesamtzahl der Stellen ist die stattliche Zahl von 3340 Stellen. Da haben wir einen Zuwachs von um 80 Stellen in diesem neuen Budget. Der Steuerfuss, wie er beantragt ist, ist bei 122%. Und noch eine Zahl zur Nettoschuld, die auch in den letzten Wochen immer wieder ein Thema war im Zusammenhang mit der Abstimmungsvorlage Schuldenbremse: 11'517 Fr. pro Einwohner.

Das die Kennzahlen in Kürze.

Ich stelle noch einige Verbesserungen und auch Verschlechterungen in der Erfolgsrechnung vor, immer auf der Basis Novemberbrief.

Bei den Spezialfinanzierungen werden u.a. auch Gewinne und Verluste der eigenwirtschaftlich geführten Betriebe verbucht. Hier resultiert eine markante Verbesserung, v.a. prozentual. Bei den Entgelten ist ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen, der jedenfalls frankenmässig ins Gewicht fällt. Dabei geht es im Wesentlichen um Einnahmen bei der Sozialhilfe und bei Stadtwerk.

Der Finanzertrag wächst ebenfalls und zwar v.a. wegen Marktwertanpassungen der Immobilien im Baurecht und wegen höherer Mietzinseinnahmen.

Das waren die wichtigsten Verbesserungen.

Umgekehrt die Verschlechterungen gegenüber Basis Budget 2018:

Beim Personalaufwand fällt der grosse Zuwachs an Stellen ins Gewicht, nämlich 85 neue Stellen, die gemäss Antrag Stadtrat geschaffen werden sollen, wovon aber 40 Stellen refinanziert sind. Der massgebliche Anteil betrifft da den Bildungsbereich. Ausserdem sind auch

Lohnmassnahmen für das Personal beantragt, die erstmals nach den Regeln des neuen Personalstatuts berechnet sind, das wir im Gemeinderat anfangs dieses Jahres verabschiedet haben.

Das habe ich in die Tabelle absichtlich nicht aufgenommen, weil das an sich nicht so viel ausmacht: Der Sach- und Betriebsaufwand nimmt zwar auch zu; er ist aber gemessen an der Gesamtvolumen von rund. 246 Mio. einigermassen stabil.

Die Abschreibungen, die ebenfalls steigend budgetiert sind, sind ein Abbild der grossen Investitionstätigkeit der Stadt.

Beim Finanzaufwand fallen Sanierungen von Immobilien und Wertberichtigungen an, so dass tiefere Zinskosten wieder kompensiert werden.

Beim sogenannten Transferaufwand kommen v.a. die steigenden Bruttokosten bei der individuellen Unterstützung der Sozialhilfe, Kosten für die Pflegefinanzierung und für die Schulen zum Ausdruck. Die Steigerung wird sogar etwas «geschönt», weil neu die Ablieferung von Stadtwerk an die Stadtkasse (das sind knapp 11 Mio.) nicht mehr über beim Transferaufwand sondern bei den internen Verrechnungen verbucht wird.

Beim Fiskalertrag entfallen die sehr hohen Erträge bei der Grundstückgewinnsteuern. Die budgetierten zusätzliche Steuererträge der natürlichen und juristischen Personen können den Rückgang bei den Grundstückgewinnsteuern nicht wettmachen.

Das überdachend die wesentlichen Verbesserungen und Verschlechterungen.

Bei der Investitionsrechnung:

Beim Verwaltungsvermögen knapp 96 Mio. Da sind v.a. das Polizeigebäude zu erwähnen, das jetzt im Baum ist, und dann auch die verschiedenen Schulbauten, die man in Angriff nimmt oder zurzeit schon am Laufen sind.

Beim Verwaltungsvermögen bei den Eigenwirtschaftsbetrieben fallen Projekte aus den Bereichen Entsorgung und v.a. auch aus dem Bereich Stadtwerk ins Gewicht, das ergibt da einen Betrag von gut 106 Mio.

Beim Finanzvermögen ist es nicht so ein grosser Betrag, es sind 13,4 Mio. Da wird ein grosser Teil absorbiert durch die Überbauung des Frohsinn-Areals in Wülflingen.

Der IAFP, also die Planung für das Budgetjahr 2019 und dann auch für die Jahre 2020 – 2022: Hier verweise ich auf die Darstellung in der Budget-Weisung, S. 25. Da haben wir zwei Übersichten: Oben ist der IAFP, wie er ganz normal zu lesen wäre. Im unteren Schema werden die Effekte vom geplanten Soziallastenausgleich und die eingangs erwähnte Abgrenzung des Finanzausgleichs herausgerechnet und man sieht, dass es dann tatsächlich massive Abweichungen gibt, v.a. wenn man das Budget 2019 anschaut: Der Gewinn von 12,6 Mio. oder den Verlust von gut 42 Mio. Beim Jahr 2020 ist es nicht ganz so krass, aber immerhin doch auch eine Differenz von 13 Mio. Dann aber bei den Jahren 2021 und 2022, v.a. 2022, gibt es massive Abweichungen zwischen den beiden Berechnungen, so dass man sich auch fragen muss, wie aussagekräftig der IAFP tatsächlich ist, für den man jetzt viel Aufwand betreibt, um das zu berechnen, und dann doch nicht die Gewissheit hat, wie das dann tatsächlich aussehen könnte.

Zu den Kommissionsberatungen und den Anträgen der Aufsichtskommission:

Das Budget wurde separat in der Aufsichtskommission und in den Sachkommissionen behandelt. Als ich die Anträge am Wochenende durchgezählt habe, waren es ca. 40 Anträge. Es war etwas ungleichmässig verteilt. In der Aufsichtskommission haben wir rund die Hälfte oder ein bisschen mehr als die Hälfte der Anträge behandeln müssen. Es gab eine Kommission, die BSKK, die fast keinen Antrag hatte. Wir mussten in der AK dazu 48 Mal abstimmen, aber das haben wir auch irgendwie über die Bühne gebracht.

Zu den Hauptpunkten in der Kommissionsberatung wird man noch kommen, wenn die Anträge in der Detailberatung eingehend diskutiert werden. Das war einerseits der Steuerfuss, bei dem es einen Antrag gibt auf Erhöhung und einen Antrag auf Senkung. Dann werden sicher auch noch die Lohnmassnahmen diskutiert. Das sind alles Punkte, die natürlich auch finanziell stark ins Gewicht fallen. Dann ist die Asylfürsorge, bei der es einen Kürzungsantrag gibt, sicher ein Thema, und dann noch eine Zielvorgabe, die sich auf den Strompreis bezieht.

Das ist noch ein Punkt, den ich anfügen möchte, der uns in der Aufsichtskommission aufgefallen ist: Es wurde vom Stadtrat beantragt, in der Produktegruppe Sonderschulung die Produkte, die dort vorkommen, neu zu gestalten. Es gibt jetzt vier Produkte, vorher gab es ein Produkt. An sich muss man das auch noch nachvollziehen in der Verordnung über den Finanzhaushalt. Das ist nicht eine reine Formalität, sondern der Budgetbeschluss und die Verordnungsänderung haben eine unterschiedliche Legitimation, da die Verordnungsänderung dem Referendum untersteht, das Budget nicht. Von daher ist unsere Erwartung, dass man das noch nachholt. Es ist nicht ganz einsehbar, dass man das vergessen hat, da das ja ein gewisser Standardprozess ist, den man in den letzten Jahren schon 4-5 Male hatte. Aber es gibt ja auch in der Zukunft dann wieder eine Änderung, ich denke auch an die Änderung, wenn dann der Gemeinderat noch eine eigene Produktegruppe bilden sollte. Spätestens dann kann man das noch nachvollziehen.

Ich komme zum Schluss noch zu den Anträgen der Aufsichtskommission:

Die Aufsichtskommission beantragt mit 10:1 Stimmen die Globalkredite und die Leistungsziele in der Erfolgsrechnung anzunehmen, und mit dem gleichen Ergebnis auch die Investitionsrechnung zu genehmigen. Beim Steuerfuss ist ein 9:2-Entscheid für die Beibehaltung der bisherigen Steuer von 122% und die AK hat auch 11:0 Kenntnis genommen vom IAFP.

Gesamthaft ist das Ergebnis 9:2 Ja zu diesem Budget 2019.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank für diese Ausführungen, Felix Helg. Wir kommen nun zu den Voten der einzelnen Fraktionen, Tobias Brütsch.

T. Brütsch (SVP): Ich möchte mich im Gegensatz zu einem Parteikollegen von mir, der Winterthur einmal als «Griechenland der Schweiz» bezeichnet hat, einleitend nicht bei den modernen Griechen, sondern bei den antiken Griechen bedienen. Als ich das Budget 2019 das erste Mal in den Händen hatte, kam mir der berühmte Sisyphus in den Sinn, der den Stein den Berg hinaufrollt und dann kurz vor dem Ziel wieder hinunterrollt. Noch letztes Jahr im Rat haben viele frohlockt und die Sparbemühungen vom damals noch bürgerlich dominierten Stadtrat gelobt. Von der linken Ratsseite war z.B. zu hören, dass es gelungen sei, die Sparpakete auch nachhaltig zu sichern und die Kosten zu stabilisieren.

Ein Jahr später kann von dieser Nachhaltigkeit eigentlich keine Rede mehr sein und es ist ein bisschen zum Verzweifeln: Trotz Balance und anderen der Verwaltung verordneten Diätprogrammen ist das Gegenteil passiert. Die Summe, die der neu zusammengesetzte Stadtrat gemäss Budget ausgeben will, steigt wieder – und zwar massiv um 71 Mio., wir haben es gehört, auf total 1,651 Milliarden Franken im Jahr. Wir sind damit in etwa wieder auf dem Stand von 2016, als der Aufwand die Rekordmarke von 1,665 Milliarden Franken erreichte. Noch gar nicht berücksichtigt ist dabei der Riesenbrocken von bis zu 144 Mio. Franken, der zusätzlich noch droht aufgrund der Schieflage der Pensionskasse der städtischen Angestellten, wo die Stadt einspringen will oder muss, je nach Sichtweise. Als negatives i-Tüpfelchen kommt noch dazu, dass die Schulden der Stadt steigen und steigen. Mittlerweile belaufen sie sich, wir haben die Zahl auch heute von Felix Helg und im Zusammenhang mit den Abstimmungen unlängst mehr als ein Mal gehört, auf 11'500 Fr. pro Kopf. Vom Greis bis zum Säugling respektive umgekehrt. Nicht allzu lange aufhalten möchte ich mich mit der von der Finanzvorsterin auch bereits im Vorfeld medial bewirtschafteten Problematik der neuen Abgrenzungsregeln, die statt zu einem Gewinn zu einem Verlust von 39,5 Mio. im Budget geführt haben. Im Endeffekt ist es eine mehr oder weniger akademische Diskussion und die entsprechenden Sondereffekte ändern insbesondere nichts an der Tatsache, dass die Ausgaben im Budget wie erwähnt massiv gestiegen sind.

Vor dieser Ausgangslage stellen sich zwei Fragen: Wie konnte es dazu kommen und was kann das Parlament dagegen tun? Betrachten wir das Budget, dann fällt einerseits der massive Stellenaufbau auf, der in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steht. Und wohlverstanden kritisieren wir nicht, wenn es z.B. wegen mehr Schülern auch mehr Lehrer braucht oder wenn die Feuerwehr zur Sicherung des Schichtbetriebes zusätzliche Stellen zugesprochen bekommt. Was wir hingegen nicht verstehen, ist insbesondere der zusätzliche Aus- und Aufbau von Stabstellen, Departementssekretariaten, Social Media-Verantwortlichen

und sonstigen Medienstellen, um nur einige zu nennen. Wenn jedes Departement sich je länger je mehr einen Hofstaat hält, dann sind die gleichzeitig geäusserten Sparbemühungen aus unserer Sicht nur Lippenbekenntnisse. Weiter hat im Sozialdepartement der vom Parlament bewilligte Stellenausbau zu keinerlei finanziellen Entlastungen geführt, wie es der Stadtrat eigentlich in Aussicht gestellt hat. Im Gegenteil, die Kosten im Sozialdepartement steigen und steigen.

Not amused sind wir auch über die Lohnerhöhungen in Millionenhöhe, die über das hinausgehen, was das neue Personalstatut vorschreibt. Wir werden darauf sicher noch in den Einzeldebatten genauer zurückkommen. Und last but not least, um im Anglizismus zu bleiben, finden wir es auch besonders anstössig und letztlich undemokratisch, wie zusätzlich über 3 Mio. für die Asylfürsorge eingeschossen werden. Der Stadtrat futiert sich offensichtlich um den Entscheid, das auch das Winterthurer Stimmvolk gefällt hat, dass nämlich vorläufig aufgenommene Ausländer nicht mehr im gleichen Umfang wie sonstige Sozialhilfeempfänger unterstützt werden. Man zahlt jetzt einfach dasselbe wie vorher aus einem anderen Kässeli. Das sind die wichtigsten Punkte. Aber abgesehen davon macht bekanntlich auch Kleinvieh Mist und es gibt verschiedene andere Stellen im Budget, wo das Geld aus unserer Sicht schlicht – salopp gesprochen – verlorcht wird. Z.B., um nur einige zu nennen, für Quartierapps oder Aufenthaltsräume für Quartiervereine, die gar nicht gebraucht oder gewollt sind. Wenn ich noch zur Frage kommen darf, was das Parlament tun kann, dann ist die Antwort grundsätzlich klar: Dem Stadtrat auf die Finger schauen und wo nötig im Budget festgehaltenen Begehrlichkeiten entgentreten, sprich Kürzungsanträge stellen. Insofern erlaube ich mir auch noch, eine Kritik anzubringen, die nicht zum ersten Mal und nicht nur von unserer Seite vorgebracht wird. Das Budget hat unseres Erachtens immer noch grosses Verbesserungspotential bezüglich Verständlichkeit und Transparenz. Es fällt einfach auf, dass Budgeterhöhungen nur summarisch oder nicht verständlich begründet werden. Das ist mühsam und macht es schwierig, ohne Insistieren und Nachhaken kann man gewisse Budgeterhöhungen schlicht nicht nachvollziehen. Ob das nun (um es in strafrechtlicher Terminologie auszudrücken) eventualvorsätzlich passiert, weiss ich nicht und ich möchte es dem Stadtrat auch nicht unterstellen. Ich hoffe einfach, dass man das in Zukunft besser – oder, mit einem positiven Approach – noch besser macht.

Jedenfalls hat die SVP-Fraktion versucht, sich der erwähnten Sisyphus-Arbeit anzunehmen und hat in den Kommissionen diverse Sparanträge gestellt. Einige waren erfolgreich, viele auch nicht. Einen Teil davon haben wir heute wieder eingebracht und sie finden sich im vorliegenden Drehbuch. Wir sind insofern gespannt auf die Einzeldebatten. Was ich in diesem Zusammenhang ehrlich bedaure, ist dass man sich von linker Seite mehrheitlich nicht einmal die Mühe machte, sich mit diesen Sparanträgen auseinanderzusetzen, sondern sie einfach in Bausch und Bogen ablehnt. Ich habe das Protokoll der letztjährigen Eintretensdebatte nochmals studiert. Damals sagte die Referentin der SP, dass es ihrer Partei z.B. die steigenden Kosten der Volksschule und die weiter steigenden Sozialkosten Sorgen bereiten. Da sind wir für ein Mal absolut gleicher Meinung. Dass man als Reaktion auf diese Sorgen einfach gar nicht macht respektive sowohl bei allen Sparanträgen klemmt und selber auch keinen einzigen bringt, ist vielleicht politisches Kalkül – konstruktiv ist es unseres Erachtens nach sicher nicht.

Unser Antrag auf Reduktion des Steuerfuss ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund zu sehen. Wir haben mit unseren Kürzungsanträgen (so sind wir der Meinung) aufgezeigt, wo man unseres Erachtens sparen kann im Bereich von rund 6 Mio., was ungefähr 2 Steuerprozenten entspricht. Wenn das Parlament in der Budgetdebatte bereit ist, namhafte Kürzungen am Budget vorzunehmen, dann sind wir auch liebend gerne bereit, unseren Antrag auf Steuerfussreduktion zurückzuziehen. Wenn das Budget hingegen so durch das Parlament kommt, dann sind wir der Meinung, dass man den Stadtrat mittels Steuerfussreduktion zum Abspecken zwingen müsste – sprich ihm weniger Geld zur Verfügung stellen. Das hat immerhin auch den angenehmen Nebeneffekt, dass die Steuerzahler profitieren und die Attraktivität von Winterthur für Unternehmen und gute Steuerzahler erhöht werden könnte. Steuerfussreduktionen haben in den letzten Jahren im Übrigen nicht zum Einbruch bei den Steuereinnahmen geführt – im Gegenteil.

Soweit meine Ausführungen. Der Form halber: Wir treten auf das Budget ein und sind gespannt auf die Einzeldebatten.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich bei der Stossrichtung weitestgehend dem Vorredner anschliessen. Bei den Anträgen werdet Ihr merken, was die Unterschiede sind. Das Budget ist letztlich ein Zahlenrechnen. Es lohnt sich daher, die Zahlen effektiv anzuschauen und zu analysieren. Bei der Beurteilung vom Budget 2019 sind für mich die folgenden Zahlen massgeblich: Null Tage, minus 40 Mio., plus 71 Mio., plus 4,5% versus 1%, plus 85 Stellen, minus 70,5 Mio.

Nämlich genau Null Tage, also am gleichen Tag der Veröffentlichung vom Schlussbericht des Projekt Balance, hat der Stadtrat das Budget hingelegt. Bei Balance hatte er versprochen, dass er nachhaltig ca. 40 Mio. einsparen können möchte. Er hat dann mit dem Budget eine Ausgabensteigerung um 71 Mio. beantragt, am gleichen Tag wie der Schlussbericht. Eine Steigerung von rund 4,5%, dies u.a. für den Aufbau von 85 zusätzlichen Stellen. Ist das erklärbar mit dem Bevölkerungswachstum? Nein. Das betrug 1% gemäss der letzten statistischen Zahlen. Vielleicht 1,5%, aber sicher nicht 4,5%. Sind derart viele neue Aufgaben dazu gekommen? Meines Wissens auch nicht. Wir sind da weit weg von dem Standard der Privatwirtschaft, wo der Effizienzdruck mittlerweile so gross ist, dass man jedes Jahr wieder sagt, man muss eigentlich mit weniger Stellen mehr Aufgaben erledigen und mehr Gewinn erzielen können. Die Stadt Winterthur will deutlich das Umgekehrte machen. Ich bin auch nicht dafür, dass man eine Stadt zur Privatwirtschaft macht, aber nicht deutlich das Umgekehrte machen, nämlich bei unverändertem Auftrag einfach immer weiter wachsen mit den Kosten.

Ist das erklärbar, wie wir die angestrebte finanzielle Stabilität in den Griff bekommen haben? Wie wir das Haushaltsgleichgewicht erreicht haben? Nein. Felix hat die Grafiken gezeigt am Anfang des IAFP. Bereinigt geht der IAFP steil nach unten. Der Stadtrat beantragt nur, die Ausgaben sollen steigen. Für mich ist das unerklärlich. Es droht 2022 ein Verlust von 70,5 Mio. Franken. Das ist mehr als beide Sparprogramme Balance und Effort 14+ zusammen. Und wir sehen keine Reaktion.

Die PK-Problematik und die Schuldenlastproblematik wurden auch von meinem Vorredner angesprochen. Zusammengefasst gibt es für mich keine sachliche oder auf Zahlenmaterial beruhende Erklärung für das beantragte Ausgabenwachstum. Ich kann es wirklich nur so erklären, dass das Projekt Balance ein Zwischenbekenntnis war bzw. vom neu zusammengesetzten Stadtrat nicht mitgetragen wird.

Reto Diener hat ja in seiner vorgezogenen Budgetdebatte, die er via Fraktionserklärung gehalten hat, klar und deutlich gesagt, man will von Seiten der Grünen Sparprogramme rückgängig machen. Das ist für mich eine unverantwortliche Jo-Jo-Politik. Ein bisschen gebildeter hat das Tobias Brüschi als Sisyphus ausgelegt. Ich wäre fast versucht zu sagen, ich bin bei Tantalus angelangt. Wir haben da schlicht null Verständnis.

Vielleicht spielt es auch eine Rolle, etwas, das ich als Lifestyle-Phänomen bezeichnen. Es ist einfacher und angenehmer, wenn man departementsintern einen Wunsch geäussert bekommt, Ja zu sagen als wirklich harte Prioritäten zu setzen und auch einmal Nein zu sagen. Man macht sich beliebter, aber wenn man das macht, dann stellt man die eigentliche Fremdwahrnehmung höher als das übergeordnete Ziel, einen stabilen Finanzhaushalt zu erreichen. Ist man denn wirklich sozialer, wenn man Leistungen verspricht, von denen man längerfristig auch weiss, dass man sie gar nicht zahlen kann? Ist man dann sozialer? Meines Erachtens Nein. Vielleicht wird man so wahrgenommen, aber wir haben bei der PK gesehen, wo wir auch über Jahre zu hohe Leistungen versprochen haben, dass einen eines Tages die Realität einfach einholt. Und was man dann beschliessen muss, ist in der Regel unsozialer, unfairer und härter, als das, wenn man ein bisschen auf die Bremse gedrückt hätte, wenn es um die Bewilligung der Ausgaben geht.

Zusammengefasst: Ich glaube, es sitzt jetzt wieder eine Mehrheit im Sattel, die glaubt, ihre mangelnde Konsequenz und ihre Versprechungen lassen sich irgendwie durch Wunder, durch unbegrenzte Steuererhöhungen nach oben oder durch mehr Geld vom Kanton finanzieren. Wir von der FDP glauben nicht an Wunder und definieren echte Finanzverantwortung

und echte Solidarität mit der nächsten Generation anders. Und das ist eigentlich der Hintergrund für sämtliche Anträge heute, die wir mitunterstützen werden.

Ich muss aber auch sagen: Leider ist der Gemeinderat das falsche Gremium, um quasi Versäumnisse des Stadtrates in der Budgetdebatte nachzuholen. Wir können bloss ab und zu ein Zeichen setzen, nicht mehr und nicht weniger. Wir sind auch das falsche Gremium, weil uns eigentlich die wichtigsten Informationen fehlen, um wirklich diese Prioritäten ganz ganz richtig zu setzen. Wir setzen typischerweise dort an, wo es um neu zu schaffende Stellen geht oder neue Kosten. Aber eine Gesamtbetrachtung, was ich vom Stadtrat erwarten würde, ist die Priorität über das Gesamtbudget, vielleicht eine Umschichtung intern, um Neues zu ermöglichen, das vielleicht durchaus sinnvoll und gut begründbar ist, aber dafür auf Altes zu verzichten.

Kurzum, es mag sein, dass wegen dem Informationsdefizit unsere Entscheidungen vielleicht zu wenig balanciert wäre als diejenigen des Stadtrates sein könnten, aber es ist die notwendige Konsequenz, wenn der Stadtrat diese Verantwortung nicht wahrnimmt. Bis heute behält der Stadtrat z.B. Potentialanalyse und RPC-Studie unter dem Deckel. Das verstärkt den Eindruck, dass man gar nicht gewillt ist, sich näher mit dem Potential, das in der Stadtverwaltung liegt, zu befassen. Man will dem Gemeinderat noch nicht einmal aufzeigen, wo dieses Potential liegen könnte.

Und ganz am Schluss vielleicht doch noch ein Wort zur Warnung: Wir werden einzelne Zeichen setzen. Schlussendlich ist es hinsichtlich der 71 Mio. Finanzkosmetik. Sollte aber die Zukunft weiterhin so budgetiert werden wie dieses Jahr, werden wir durchaus auch wieder Pauschalkürzungen ins Auge fassen müssen. Und ich hoffe, an diesem Punkt sind wir uns einig: Das kann nicht der Weg sein.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL tritt auf das Budget ein. Ich möchte etwas zu unseren Anträgen sagen, ich möchte etwas zum Personal sagen und noch zu den Anträgen, die eingereicht wurden.

Wir haben uns in der letzten Budgetdebatte gegen die Steuersenkung gewehrt und beantragen für 2019 konsequenterweise weiterhin einen Steuerfuss von 124%. Wir sind der Ansicht, das ist der richtige Steuerfuss zurzeit. Das ist nur konsequent, sondern es hat auch weitere Gründe. Wir haben es gehört in der Fraktionserklärung und wir wissen es alle: Wir müssen gewaltig in erneuerbare Energieprojekte investieren, damit wir das Pariser Abkommen 2015 irgendwie erreichen können. Das muss finanziert werden und die Fraktion ist der Ansicht, dass das jeder Einzelne nach seiner wirtschaftlichen Leistungskraft, d.h. mit den Steuern, sich daran auch beteiligen soll.

Dann möchte ich doch noch ein paar Worte zu diesem Ressourcenausgleich sagen. Ich bin der Ansicht, diese Regelung muss angewendet werden. Ich weiss, die 60 Mio. Ressourcenausgleich, die wir als Ertrag verbuchen können, das ist sozusagen der schlechteste von allen möglichen Fällen. Und ich weiss auch, dass der Kantonsrat über die Bücher geht und dass wir vielleicht diese Regelung gar nie in einer Rechnung finden werden. Aber wenn uns der Stadtrat eine konsolidierte Betrachtungsweise verkaufen will, dann muss man auch sehen, dass die 115 Mio., die er uns verkaufen will, halt schon auch der beste aller möglichen Fälle sind. Ich würde deshalb darauf plädieren, dass wir irgendetwas zwischen 80-100 Mio. nehmen. Das ist das, was wir in etwa hatten. Auf p. 8 Buch A steht periodengerecht 97 Mio. Klar, je nachdem, was man dann nimmt, fehlt halt noch ein bisschen für die Schwarze Null. Das würde auch für eine Steuererhöhung sprechen.

Dann haben wir auch gehört, dass wir beantragen werden, dass die Stadt von Bronze- auf Silberstrom wechseln solle. Wir haben Vorbildfunktion und ich verweise da auf die spätere Begründung.

Die Fraktion Grüne/AL begrüsst die vom Stadtrat beantragten Personalmassnahmen. Das Personal hat zwei Sparpakete hinter sich und muss sich auch in Zukunft noch an der Sanierung der Pensionskasse beteiligen. Das hat wirklich auch Wertschätzung verdient. Ja, und es ist so: Wir budgetieren ein Stellenwachstum. Das Wachstum betrifft nicht nur die refinanzierten Bereiche. Die Gründe sind aber für mich auch erkennbar. Ich möchte das an zwei Beispielen erläutern: Das erwähnte Schülerwachstum (300 Kinder pro Jahr, 16 neue Klassen)

gibt auch immer wieder ein neues Schulhaus. Die zusätzlichen 300 Schulkinder verursachen enorme Kosten, die meiner Ansicht nach unbestritten sind. Es zeigt klar: Wachstum kostet. Ein anderer Bereich, in dem wir auch Personalwachstum haben, ist die Informatik. Da sehen wir das Interessante, dass in Winterthur die Sachkosten in den letzten Jahren massiv gestiegen sind und das, weil wir immer mehr Dienstleistungen eingekauft haben. Auf der anderen Seite ist der Personalaufwand der Informatikdienste pro Mitarbeiter der städtischen Verwaltung in den letzten 5 Jahren gesunken. Und das sagt eigentlich schon alles: Wir befinden uns auf dem Weg einer schleichenden Auslagerung. Mehr Personal ist nicht nur schlecht. Mehr Personal kann, im Fall der Informatikdienste, unter Umständen auch nicht teurer kommen. Da denke ich, müssen sich die Bürgerlichen überlegen, ob sie nicht einmal über ihren Schatten springen müssten.

Ich komme bereits zur Zusammenfassung: Wir sehen es als unsere Aufgabe, ökologische und andere öffentliche Leistungen zu stärken. Kleinstanträge, wie sie v.a. die SVP stellen wird, lehnen wir grundsätzlich ab.

B. Huizinga (EVP): Die EVP trägt das vorliegende Budget mit und wird den Antrag des Stadtrates mehrheitlich unterstützen. Es wird ein Überschuss budgetiert, der endlich dazu beitragen kann, das Eigenkapital zu erhöhen. Wir sehen es deshalb als kontraproduktiv, bereits jetzt wieder umzuschwenken und Steuern zu senken. Unter nachhaltiger Finanzplanung verstehen wir das langfristige Verfolgen von Zielen, was in diesem Fall eine Gesundung und Stabilisierung der städtischen Finanzen bedeutet. Wenn das Vorhaben der SVP, den Steuerfuss um 2% zu senken, durchkommt, möchten wir an der nächsten Budgetdebatte Zahlen sehen, die vorlegen, wie viele Arbeitgeber wegen einem dadurch attraktiveren Steuerfuss nach Winterthur gezogen sein. Auch erstaunt uns, dass – gerade aus der bürgerlichen Ecke – jetzt konsequent die Mittel für Smart City gekürzt werden sollen. Was ist mit den Wahlversprechen für Fortschritt, Effizienz und Entwicklung? War das alles heisse Luft?

In den folgenden Abstimmungen wird die EVP keinen dieser Rückschritte mittragen. Ja im Gegenteil: Wir möchten bei Umwelt- und Gesundheitsschutz die Mittel zusätzlich aufstocken, da ausgewiesener Bedarf besteht. Zudem gibt es in einigen Bereichen grossen Nachholbedarf beim Personal, da viele der übertragenen Aufgaben nur noch mit übermässiger Belastung der Arbeitnehmer bewältigt werden. Aus unserer Sicht sind die Stellenaufstockungen, die der Stadtrat beantragt, absolut legitim. Wir werden diese Anträge also auch unterstützen. Für die Zukunft bereitet uns der weitere Anstieg der sozialen, Pflege- und Bildungskosten Sorgen. Die eingeleiteten Massnahmen zur Konsolidierung der sozialen Kosten sind richtig und wichtig, es wird aber auch in anderen Bereichen mehr brauchen, damit die Summe der Ausgaben nicht ungebremst weitersteigt. Den angestrebten kantonalen Soziallastenausgleich braucht es unbedingt, das zeigen die Aussichten auf das Jahr 2020.

Schlussendlich beurteilen wir das Budget ähnlich wie mein Vorredner Christian Griesser. Wir möchten bei der Ökologie einfach nochmal ein zusätzliches Gewicht stellen und sagen: Unsere Stadt soll das Geld dort ausgeben, wo es der gesamten Bevölkerung zu Gute kommt.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion treten aufs Budget ein.

Wir haben Ende November eine wichtige wegweisende Abstimmung gewonnen: Die Winterthurer Bevölkerung hat die Schulden- und Ausgabenbremse angenommen. Ich denke, die Abstimmung hat klar gezeigt: Die Bevölkerung will, dass die Schulden nicht zunehmen und die Ausgaben nicht übermässig wachsen. Und ich gehe davon aus, dass sie das bei gleichbleibender Lebensqualität in der schönen Stadt Winterthur wollen.

Es ist also ein klarer Auftrag an den Stadtrat, das Ausgabenwachstum zu begrenzen und die Investitionen so zu planen, dass die Verschuldung nicht mehr weiter wächst. Das gilt selbstverständlich auch für die Eigenwirtschaftsbetriebe. Jetzt liegt es am Stadtrat und der Finanzvorsteherin, die Vorgaben an das Departement so zu machen, dass die Verschuldung nicht zunimmt und auch Eigenkapital geäufnet werden kann. Und nicht über die Einnahmenseite natürlich!

Wir von der CVP/EDU erwarten vom Stadtrat, dass er die Verantwortung für eine gangbare, vernünftige und vor allem finanzierbare Investitionsplanung übernimmt. Wir wollen unseren

Kindern keinen Schuldenberg hinterlassen, weil so grosszügig und zu wenig zielgerichtet Ausgaben bewilligt oder zu viele Investitionen getätigt worden sind.

Tobias und Urs haben das Ausgabenwachstum schon erwähnt und kritisiert. Wir werden aber auch als Parlament unsere Verantwortung noch stärker übernehmen müssen und Investitionsvorhaben und Ausgaben kritisch, konstruktiv hinterfragen müssen. Was ist wirklich notwendig, was ist Luxus, aber v.a. auch, was kann wie in der erforderlichen Qualität günstiger erreicht werden?

Hier erwarten wir vom Stadtrat und den verantwortlichen Chefbeamten, dass sie einen Ehrgeiz und eine Kultur entwickeln, wie Projekte (z.B. das Polizeigebäude) noch günstiger, noch cleverer erreicht werden können. Eigentlich müsste unter den Stadträten und den Departementen ein positiver Wettbewerb entstehen, wer seine Leistungen noch effizienter, wirkungsvoller und schlussendlich kostengünstiger erbringen kann.

In der Managementlehre spricht man da auch von KaiZen Prinzipien. Diese wurden in Japan entwickelt und diese Managementmethoden können selbstverständlich auch in der öffentlichen Verwaltung angewendet werden.

Vor allem beim Sozialdepartement sehen wir weiterhin einen grossen Handlungsspielraum und Handlungsbedarf. Wirkungskontrolle oder ganz generell Controlling scheint nicht eine Kernkompetenz des Sozialdepartments zu sein. Schon letztes Jahr hatten wir an dieser Stelle ein griffigeres Controlling gefordert - passiert ist aber nichts, die Ausgaben wachsen weiterhin ungebremst. Wir fragen uns auch, wo da der Gesamtstadtrat seine Führungsverantwortung wahrnimmt, und warten, wann er endlich eine stadträtliche Taskforce einsetzt, die sich mit hoher Priorität diesem Thema annimmt und dem Gemeinderat ein gesamtheitliches Massnahmenpaket vorlegt. Die letztes Jahr bewilligten Stellen sind aus unsere Sicht ein Baustein, und auf den Erfolg dieses Bausteins warten wir noch immer.

Auf einen kantonalen Soziallastenausgleich zu hoffen, kann ja ein Element sein - dieses wird aber nie und nimmer das Problem vollständig lösen.

Dieses Jahr scheint es auch, dass der Stadtrat von uns als Parlamentarier gelernt hat. Vor zwei Jahren haben wir einige Stellen befristet bewilligt - und dieses Jahr beantragt der Stadtrat die Befristung schon selber. Wir erwarten aber, dass uns der Stadtrat mindestens ein viertel Jahr vor Budget über den Nutzen und die Bewährung der Stellen informiert.

Dieses Jahr wurden nämlich sämtliche befristeten Stellen einfach als unbefristete Stellen beantragt worden. Wir haben dann zwar auf Nachfrage eine Begründung bekommen, aber aus unserer Sicht viel zu wenig fundiert. Da wünschen wir uns dann in zwei Jahren eine Verbesserung. Sonst werden wir im Wiederholungsfall weniger tolerant sein und uns vorbehalten, die Weiterführung solcher Stellen zu streichen.

Zurück zu meiner Rede und abschliessend zwei Bemerkungen:

1. Wir freuen uns, wenn der Budgetprozess, wie schon mehrmals angedeutet, neu aufgelegt wird und wir uns so nicht mit einem Zahlenschwungeln auseinandersetzen müssen und akribisch und arbeitsaufwändig diesen durchforsten müssen auf der Suche, was ist notwendig, was fehlt, was Luxus? Tobias hat es als Sisyphus ausgedrückt, ich bewege mich durch den Dschungel... Unsere Aufgabe als Parlamentarier sollte sein, Ziele vorzugeben und Rahmenbedingungen zu definieren. Und die Verwaltung muss diese umsetzen.

2. Wenn wir unsere Finanzen nachhaltig auf eine solide Basis stellen wollen, müssen wir uns noch mehr auf den Free Cash Flow fokussieren und uns an dem orientieren. Wir können nur investieren, was wir auch selber finanzieren können.

Das Ziel erreichen wir leider auch mit diesem Budget nicht. Aber wie heisst es doch so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Und ich hoffe, der Stadtrat kommt seiner Verantwortung nach.

Und dank der super Weiterbildung der Finanzstadträtin ist die Hoffnung und Erwartung noch grösser geworden.

U. Glättli (GLP): Gerne nehme ich Stellung zum vorliegenden Budget. Als grünliberale Fraktion stehen wir ein für eine nachhaltige Finanzpolitik. Der Winterthurer Soverän unterstützt diese Politik. Die Vorlage für eine Schuldenbremse wurde kürzlich sehr deutlich angenommen. Wir warten auf eine baldige Inkraftsetzung. Eine enkeltaugliche Haushaltspolitik schafft

Handlungsspielraum. Eine Steigerung des Selbstfinanzierungsgrades benötigt mehr Eigenmittel. Das ist die Basis für eine stetige, budgettreue Investitionstätigkeit. Eine Voraussetzung für ein prosperierendes und progressives Winterthur. Können die Investitionen nicht selber finanziert werden, nimmt die Verschuldung zu. Das ist bei einem Wert des Selbstfinanzierungsgrades unter 100% der Fall. Das Budget 19 weist einen Selbstfinanzierungsgrad von 68% aus, wenn alle eingestellten Investitionen realisiert würden, womit wir mit diesem Budget grün geben. Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 70% wird in der Werteskala der Finanzfachleute leider gemeinhin als "schwach" taxiert. Die Finanzlage bleibt also angespannt. Die langfristigen Aussichten des städtischen Aufgaben- und Finanzplans mahnen zur Vorsicht. Die angehäuften und weiter wachsenden Schulden bilden ein schwer wiegendes Klumpenrisiko. Zudem birgt leider auch die Pensionskasse der Stadt Winterthur weitere Risiken.

Die Grünliberalen sind verärgert, dass unter dem Strich wieder rote Zahlen präsentiert werden, statt der erwarteten Besserung und dem dringend notwendigen Abbau des Schuldenbergs. Einziger bescheidener Hoffnungsschimmer ist das - ohne technische Abgrenzung des Ressourcenausgleichs - budgetierte, bescheidene Plus von rund 13 Mio. Franken. Die vom Stadtrat zu Recht kritisierte Abgrenzung des Ressourcenausgleichs ist dem Kantonsrat zu verdanken, der in die Vorlage des Gemeindegesetzes eine untaugliche Regelung einsetzte. Dies zeigt exemplarisch die Wichtigkeit, in den Kantonsrat Personen zu wählen, die in der Lage sind, diese Gesetzesmaschinerie auch anständig zu bedienen. Ein Bashing des Kantons ist jedoch nicht zielführend. Bleiben wir smart und joli! Hoffen wir auf einen baldigen Soziallastenausgleich und bedanken uns für die jährlichen Millionen-Zahlungen aus dem Finanzausgleich.

Die herrschende Finanzlage bedarf eines sorgfältigen und wohlüberlegten Wirtschaftens. Die Grünliberalen setzen sich seit Jahren für einen gesunden Finanzhaushalt ein. Angesichts des stetig wachsenden Schuldenberges bleibt kein Platz für Wunschkonzerte und Geschenke. Für die Wirtschaft ist ein stabiler, ausgeglichener und berechenbarer Haushalt wichtiger als unwägbare Steuerschwankungen.

Ein bisschen unverständlich und ziemlich eigenartig ist der Antrag der Grünen auf 2% Steuererhöhung. Ich kann das irgendwie nicht ganz nachvollziehen. Vielleicht arbeite ich auch im falschen Amt des Kantons, dass ich die Logik nicht verstehen kann, die dahinter ist. Wir haben eigentlich ein Ziel verankert und es gibt einen Absenkpfad und der Stadtrat ist in der Pflicht, alles in seiner Möglichkeit Stehende zu tun, um diesen Absenkpfad zu verfolgen. Jetzt einfach auf Vorrat die Steuern um 2% zu erhöhen, ohne dass man genau sagt, welche Projekte und Massnahmen dann damit finanziert werden sollen, ist einfach ein Hüftschuss. Ich habe irgendwie ein bisschen Mühe mit diesem Antrag, wir werden ihm auch nicht folgen können.

Dem Fazit des Stadtrates für nachhaltige städtische Finanzen schliessen wir uns gerne an. Dass in diesem Zusammenhang die Behördenreorganisation im Schulbereich und die Revision der Gemeindeordnung Erwähnung finden im Fazit der Weisung, freut mich besonders. Schlankere Strukturen und eine stringente Ordnung der Ausgabenbefugnisse leisten durchaus einen Beitrag für nachhaltige Finanzen!

Summa summarum beantragen die Grünliberalen Eintreten auf die Vorlage zum Budget 19. Bedenken wir aber für die anschliessende materielle Behandlung: Es kann und darf nicht sein, dass wir die erfolgreichen Sparanstrengungen der letzten Jahre nun einfach aufs Spiel setzen. Wir werden auch heute nicht darum herumkommen, einem ausufernden Aufwand- und Stellenwachstum gezielt die Spitze zu brechen. Es ist die Aufgabe des Parlaments, das Budget kritisch unter die Lupe zu nehmen. Es lassen sich immer wieder Posten finden, die schräg in diesem Haushalt stehen. Ob wir den Mut und den politischen Konsens aufbringen, solche Positionen dann auch zu streichen - oder mindestens zu kürzen - werden wir ja anschliessend erfahren.

R. Kappeler (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung für das gute Budget, das sie vorgelegt haben, für die sehr gute Arbeit, die dahintersteckt. Es ist für uns ein Budget von hoher Qualität dahinter, eine seriöse Finanzplanung. Wir können darin

die Entwicklung der Stadt ablesen. Für uns, für mich mindestens, ist es ein taugliches Instrument. Und es gehört zu den Aufgaben eines Parlamentariers, sich halt auch durch einen Zah-
lendschub zu wühlen. Das ist alles andere als Sisyphus-Arbeit, das ist einfach Realität. Wir sind uns hier drinnen wohl nicht bewusst, wie viel sehr detaillierte Arbeit schon viel vorher
begonnen hat und hier drinsteckt, wenn die Verwaltung von April an beginnt zu budgetieren. In dem Sinn treten wir mit Dank an die Verwaltung auf dieses Budget ein.

Materiell: Wir haben ausgewiesen einen Verlust von 40 Mio., aber die 55 Mio. ausseror-
dentlich, die beim Ressourcenausgleich erklärt wurden, werden dem Eigenkapital gutge-
schrieben und das heisst, wir gehen mit diesem Budget eigentlich, Barbara hat es vorhin
schon gesagt, operativ mit 15 Mio. schwarz hinaus. Es sind 15 Mio., die dem Eigenkapital
gutgeschrieben werden. Für alle, die lamentieren von wegen Schuldenabbau: Das ist genau
das, was wir brauchen. Mindestens 15 Mio. pro Jahr Gewinn, der das Eigenkapital langsam
erhöht, und nicht gleich schon wieder eine Steuersenkung, um das zu vernichten.

Es ist für uns nicht nur von der Zahl her ein gutes Budget. Es ist ein ehrliches, es ist ein au-
thentisches Budget. Es sind Kostentreiber hier drin zu finden, ganz klar: Bildung, Gesundheit
(insbesondere Pflegekosten), Verkehr, soziale Wohlfahrt. Damit steht Winterthur überhaupt
nicht alleine da, das ist kantonsweit, das ist schweizweit so. Das sind die vier grossen Kos-
tentreiber. Ganz viel davon ist auch übergeordnet geregelt und haben wir gar nicht, mindes-
tens nicht vollständig, in der Hand, sondern «Den Letzten beißen die Hunde». Meistens ist
es einfach so, dass die Gemeinde das finanzieren muss. Und Winterthur hat das bisher ge-
schafft und schafft es mit diesem Budget auch ziemlich gut.

Wir haben tatsächlich ein Budget, das uns ein bisschen besser gefällt als die letzten vier. Wir
haben vier Jahre bürgerliche Stadtratsmehrheit hinter uns. Ich gehöre nicht zu denen, die pla-
kativ sagen, das sei vier Jahre Stillstand gewesen, aber das Wort «Bremse», das Urs Hofer
vorhin angetönt hat, ist vielleicht doch gerechtfertigt für die Politik der letzten vier Budgets.
Man probierte zu bremsen, man musste auch bremsen. Wir haben insgesamt zwei grosse
Sparpakete durchgestanden und die SP hat sich immer hinter diese Sparpakete gestellt. Wir
haben aber auch immer gesagt, dass die Zitrone irgendwann ausgepresst ist, irgendwann
müssen wir auch wieder ein bisschen vorwärtsschauen. Urs von der GLP sprach von einer
prosperierenden Stadt. Ja, wir nehmen das ernst, wir schauen vorwärts, und Winterthur ist
eine Wohn-, Arbeits- und Bildungsstadt. Sie entwickelt sich, sie wächst. Wir müssen Infra-
strukturen halten, wir müssen Infrastrukturen erneuern, wir müssen sie aber auch ausbauen.
Winterthur erbringt städtische Leistungen für sämtliche Bewohner, jung und alt, für Pendler
(Zu- und Wegpendler), für Arbeitnehmer, aber auch für Arbeitgeber und das Gewerbe. Und
wenn wir Winterthur lebenswert erhalten wollen, dann müssen wir einfach auch wieder ein
bisschen Geld in die Hand nehmen und müssen gewisse Aufgaben, die in den letzten vier
Jahren vernachlässigt wurden, jetzt auch wieder finanzieren.

Das ist klar, das hat seinen Preis, das kostet etwas. Wir können das im Moment mit diesem
Budget leisten ohne den Steuerfuss erhöhen zu müssen, aber – und das ist ganz wichtig – es
hat aber auf jeden Fall Folgen auch für die städtischen Stellen. Der Stellenausbau kommt
auch nicht ganz von ungefähr. Die beiden grossen Sparprogramme sind z.T. wirklich wie ein
brutaler Rasenmäher durch Abteilungen gefahren, haben wichtige städtische Aufgaben ein-
fach mal eingefroren, und wir haben Personal auch nicht ersetzt. Man kann das positiv auch
als Effizienzsteigerung formulieren, aber wir haben tatsächlich z.T. mit weniger Personal
mehr Aufgaben leisten müssen als Stadt. Und ich war in diesem Herbst mit diversen Abteilun-
gen und diversen städtischen Angestellten im Gespräch, und überall wurde mir gesagt, man
schaue wehmütig auf die Angestellten des Kantons, der Stadt Zürich usw. und habe das Ge-
fühl, wir hätten es in Winterthur doch fast ein bisschen übertrieben mit unseren Sparprogram-
men. Und deshalb geht es nicht um einen Hofstaat, Tobias, den sich der Stadtrat da zulegen
will, sondern es geht darum, dass man ganz gezielt – und unserer Meinung nach wurde das
bei jeder Stelle sauber begründet und wir mussten das nicht aus dem Dickicht herausuchen,
für was diese nötig ist. Es geht wirklich darum, dort wieder ein bisschen Luft zu schaffen, um
bisherige Dinge, die liegengeblieben sind, wieder erfüllen zu können, und auch neue Dinge
anpacken zu können.

Sehr erstaunt bin ich über die Worte der CVP und auch der GLP, die jetzt plötzlich auf den Investitionen herumhacken. Nach den letzten zwei Jahresrechnungen haben wir ganz klar gemahnt, der Investitionsplafonds sei nicht ausgeschöpft worden, wir würden diese Stadt nicht verrotten lassen wollen. Und meines Wissens habt Ihr damals mindestens nicht widersprochen, wenn nicht sogar das auch noch ein bisschen bestärkt. Und jetzt plötzlich sagen, nein, wir müssen die Investitionen herunterfahren – das kann es ja nicht sein. Wenn man aber die Investitionen weitsichtig planen möchte, und damit komme ich auf ein Thema, das wir heute ganz am Anfang auch schon einmal angesprochen haben, braucht man auch für das eine Abteilung, wir brauchen Stellen, die diese Planung, die prospektive Arbeit, übernehmen. Und im Amt für Städtebau passiert das eben, in Zusammenarbeit mit der SBB und in Zusammenarbeit mit privaten Bauherren. Da wird weitsichtig geplant. Und wenn man dort Stellen streichen möchte, ja gut. Wenn man die Investitionen einfach herunterfahren möchte, dann ist das ein taugliches Mittel, aber dann darf man das Wort «prosperierende Stadt» nicht mehr in den Mund nehmen, liebe GLP.

Ja, kommen wir noch zum Personal. Ich sagte, das Personal muss man punktuell wieder verstärken, man muss es punktuell ausbauen. Deshalb werden wir sämtlichen Stellenkürzungsanträgen nicht Stand geben. Wir werden die Stellenerhöhungen mittragen. Wir finden, der Stadtrat hat das überall gut begründet. Und ein zweites Thema zum Personal ist die Geschichte von einem fairen Lohn. Wir haben ab 1. Januar 2019 ein neues Personalstatut. Damit hat das Personal keine automatischen Stufenaufstiege mehr, der Lohnanstieg soll nur noch leistungsbezogen gewährt werden. Wir haben das mitgetragen, diese Veränderung im Personalstatut, nicht zuletzt auch, weil immer wieder auch von der Gegenseite betont wurde, diese Personalstatutenänderung ist kein Sparprojekt. Das Arbeitsrecht soll modernisiert werden, es soll ein bisschen leistungsgerechter sein. Und jetzt tönt es plötzlich, wenn ich das Drehbuch anschau mit den Kürzungsanträgen, halt doch nach Sparprojekt. Der Stadtrat, und deshalb auch unser Dank in diese Richtung, nimmt das Personal ernst. Er plant Lohnmassnahmen im genau gleichen Mass wie bisher. Er hat im Budget 18 und jetzt auch im Budget 19 1,5 Mio. eingestellt, um das zu finanzieren. Das ist eine transparente, klare, stetige Fortsetzung seiner Politik, nachdem 4 oder 5 Jahre lang das Personal keine Personalmassnahmen bekommen hat. Jetzt, unter diesen an sich positiven Zahlen, dass man jetzt in einer ähnlichen Höhe dem Personal auch finanziell zeigt, dass man es schätzt. Aber, und das ist nun der Gipfel des Affronts gegen das Personal, es ist ein Frontalangriff gegen das Personal, wenn die FDP von den 1,5 Mio. 1 Mio. sparen will, die SVP sogar die ganzen 1,5 Mio. hinausstreichen will - und Iris toppt das dann noch mit ihren befristeten Stellen, zurück zur Generation Praktikum. Wir als öffentlicher Arbeitgeber machen da nicht mit. Wir sollen Vorbild sein für ein modernes Personalwesen, das seine Mitarbeiter fair anstellt, dauerhaft anstellt und mit fairen Lohnmassnahmen auch wertschätzt.

In dem Sinn freue ich mich auf die Detailberatung. Wir kommen sicher an diesem Punkt wieder auf das zurück.

K. Cometta (GLP): Ich bin ehrlich gesagt noch ein bisschen baff und ich weiss noch nicht, ob ich die richtigen Worte finde nach Deinem Votum, lieber Roland, denn ich frage mich, ob wir in der gleichen Welt leben... Du findest es ein gutes, authentisches Budget und dankst den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Ich danke auch für die viele Arbeit, aber so richtig gut finde ich das Budget nicht. Und wenn Du, Roland, sagst, Du könntest in diesem Budget die Entwicklung der Stadt ablesen und das gut findest – ich lese in diesem Budget primär, dass wir in ein riesiges Problem hineinlaufen. Ich lese in diesem Budget, dass wir zwar zwei brutale Schuldenprogramme gemacht haben – das hat weh getan, das war nicht lustig, das wissen alle hier drin. Und ich sehe, dass sich das gleich wieder wie pulverisiert. Und es kann einfach nicht sein, dass wir auf Kosten der künftigen Generationen Schuldenberge anhäufen. Am Schluss ist es ein Nachhaltigkeitsthema und deshalb müssen wir halt jetzt auch die unangenehme Aufgabe wahrnehmen und da noch die eine oder andere Spitze brechen.

U. Hofer (FDP): Besten Dank, Katrin, ich kann mich Deinen Worten eigentlich gleich anschliessen. Das Votum von Roland hat tatsächlich auch bei mir Widersprüche angeregt. Ein

bisschen scherzhaft gemeint: Klar ist das Budget für Euch lesbar. Wenn ich keinen Antrag stellen möchte ausser Steuerfusserhöhung, habe ich auch keine Probleme mit dem Lesen des Budgets.

Aber ernsthafter: Ich gebe Dir Recht. Es wäre in der aktuellen Finanzsituation nicht verantwortlich, die Steuern zu senken wegen dem Schuldenabbau. Aber wenn Du wegen den 14 mickrigen Millionen sagst, wir würden jetzt Schuldenabbau betreiben, dann frage ich mich ernsthaft, ob Du den IAFP angeschaut hast, der von minus 40, minus 70 und einer steigenden Kurve spricht. Dann sprechen wir einfach wirklich nicht über Schuldenabbau.

Und beim letzten Punkt, den Personalmassnahmen: Es ist jetzt ein bisschen eine vorgezogene Debatte, aber ich möchte mich dazu äussern. Wir haben im neuen Personalstatut festgeschrieben, wie das laufen soll: «Die Mittel sollen in der Regel mindestens dem durchschnittlichen Rotationsgewinn der letzten 5 Jahre entsprechen, welcher separat auszuweisen ist. Der Grosse Gemeinderat kann jedoch in Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt tieferen Betrag gewähren oder gänzlich auf die Gewährung von Mitteln verzichten.» Ich lese daraus: Die Richtgrösse ist der Rotationsgewinn. Wir geben den Rotationsgewinn. Mit unserem Antrag geben wir noch eine halbe Million zum Rotationsgewinn dazu. Es ist mitnichten so, dass wir die neue Regel gleich mit Füssen treten, sondern wir sagen einfach, in Anbetracht der Finanzlage, bei der wir eigentlich darunter gehen könnten, das wäre erlaubt, müssen wir nicht 1,5 Mio. on top geben. Das ist einfach ein Unterschied. Es bleiben 3,8 Mio. für Lohnmassnahmen, die uns nachhaltig belasten. Ich bitte Euch, das zu berücksichtigen.

U. Glättli (GLP): Lieber Roland Kappeler: Man kann nicht nur senden, sondern man muss auch empfangen. Ich wiederhole mich zwar nicht gern, aber da doch nochmals, damit es richtig empfangen werden kann. Man kann es auch nachlesen im Protokoll zur Rechnung 17. Ich habe dort ausdrücklich den Investitionsgrad, der dort ausgewiesen ist, als zu tief kritisiert. Ich habe ein Bekenntnis abgegeben heute für stabile Investitionen. Ich sagte, eine Steigerung des Selbstfinanzierungsgrades benötige mehr Eigenmittel. Das sei die Basis für eine stetige budgettreue Investitionstätigkeit.

Das kann man im Übrigen auch in unserer Medienmitteilung zum Budget 19 nachlesen. Und im Übrigen wurden wir auch in der Presse bereits so zitiert.

T. Brütsch (SVP): Mir ist klar, Roli, dass Du im Kantonsrat-Wahlkampfmodus bist und jetzt da aus dem Vollen schöpfst. Zum Angriff auf uns betreffend Lohnerhöhungen verweise ich auf das, was Urs Hofer sagte. Wir werden das ja auch noch, in extenso denke oder befürchte ich, besprechen. Wenn mir jetzt da aber die Worte im Mund gedreht werden, dann möchte ich trotzdem noch kurz replizieren: Du sagst, es gehört zur Arbeit eines Parlamentariers, sich der Sisyphus-Arbeit anzunehmen und sich durch einen Zahlendschunzel zu kämpfen. Das ist genau das, was ich auch sage. Ich kann versichern, dass wir das Budget gut studiert haben, und unsere Schlüsse daraus gezogen haben und v.a. auch die Probleme sehen, die man angehen muss. Unseren Erachtens gehört es aber v.a. zur Arbeit eines Parlamentariers, beim Geldausgeben der Exekutive auf die Finger zu schauen und dem Stadtrat nicht einfach nach dem Mund zu reden.

Stadträtin Y. Beutler: Tobias, Du hast das auf den Punkt gebracht: Ein solches Budget ist tatsächlich Sisyphus-Arbeit. Es ist mein 21. Budget. Ich glaube, Nicolas und ich sind die beiden, die hier drinnen schon am meisten Budgets beraten haben. Und das Sisyphus-mässige oder «Ewig grüsst das Murmeltier» ist, man hört immer das Gleiche. Es sind immer die anderen Schuld. Selber spart man, die anderen geben aus und überhaupt und sowieso.

Ich hebe auch gerne beim 21. Mal nochmals ein paar Dinge speziell hervor. Es gibt 2-3 Dinge, die mir wichtig sind, um sie einfach grundsätzlich mal festzuhalten. Eines ist die Vergleichbarkeit. Man kann nicht hingehen und das Budget vom Jahr X hervorheben, mit dem Budget vom Jahr Y vergleichen und sagen, der Aufwand ist gestiegen. Weil die vielen Zahlen, die in diesem Budget sind (das ist einfach das System im Moment, dass es viele Zahlen sind, und entweder hat man das gern oder nicht – ich liebe es), aber diese vielen Zahlen sagen, warum dieser Anstieg ist. Und einfach um ein Beispiel zu nennen: Wenn Stadtwerk von

einer Netto- in eine Bruttoverbuchung ändert, dann lässt das auf der einen Seiten den Aufwand in die Höhe schnellen. Und den Ertrag auch. De facto hat sich nichts geändert. Aber wenn Du dann einfach das Budget X nimmst und mit heute vergleichst, dann hast Du eine solche Steigerung drin - und sie sagt genau nicht aus. Und deshalb ist es so wichtig, dass man nicht einfach Zahlen miteinander vergleichen kann, genau gleich wie es auch schwierig ist, wenn man die Verschuldungen unter den Gemeinwesen miteinander vergleicht. Die einen Gemeinwesen sind Vollverwaltungen, die die ganzen Betriebe drin haben, andere Gemeinwesen haben alles ausgelagert - das schränkt die Vergleichbarkeit einfach sehr stark ein. Wenn man vergleichen möchte, dann ist das aufwändig, das ist so, aber das ist nötig, damit man letztlich Gleiches mit Gleichem vergleichen kann.

Es wurde gesagt wegen der Nachhaltigkeit, Effort und Balance seien nicht nachhaltig gewesen. Doch, es war sehr nachhaltig, denn wenn diese zwei Sparprogramme nicht gewesen wären, dann wäre unser Aufwand jetzt nachhaltig rund 100 Mio. höher. Dass wir jetzt wieder an diesem Punkt sind, Sisyphus, wie das gesagt wurde auch von Urs Hofer, dass wir wieder auf das Minus zusteuern, das hat nichts damit zu tun, dass Effort und Balance nicht erfolgreich gewesen wären, sondern es hat mit unseren Kostentreibern zu tun. Wie das auch gesagt wurde, das ist die Schule, das ist Soziales, das ist die Pflegefinanzierung. Das sind unsere drei grossen Kostentreiber und solange wir für diese keine Lösung gefunden haben für die Stadt Winterthur, solange werden wir das nochmals 20 Jahre als Kugeli den Berg hinaufschieben und es kommt uns wieder entgegen. Da bin ich absolut illusionslos, das wird so sein. Wenn wir dort, wo wir den Hebel haben, bei diesen drei Dingen wirklich wirksame Sachen finden, dann machen wir etwas. Der Rest ist – Entschuldigung – mehr oder weniger Kosmetik, was wir hier drinnen machen. Das muss man einfach mal so feststellen. Wir haben so gigantische Kostenblöcke auf der einen Seite, die so wenig Spielraum bieten, dass wir hier drinnen schauen und machen können – und es ist gut, wenn man aufmerksam ist, es ist gut, wenn man nicht alles durchgehen lässt. Das machen wir übrigens auch als Stadtrat nicht. Es ist nicht einfach so, dass man mit dem Wunschzettel kommen kann zur Verwaltung und der Stadtrat macht Häkchen dahinter. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist wichtig, das auch einmal so anzuerkennen.

Und vielleicht auch gleich ein Wort zum «Hofstaat», wie er da genannt wird. Einfach nochmals kurz, um sicher zu sein: Bei mir und meinen Stadtratskollegen, die da am ausbauen sind - bei Mike sind es 20% Departementssekretariat, bei mir sind es 20%, Bau hat nichts, Sicherheit und Umwelt hat nichts, Soziales hat nichts, Schule hat eine Stelle im Rechtsdienst und technische Betriebe hat ergebnisneutral eine Verschiebung. Man kann vielleicht auch da noch ein bisschen die Verhältnismässigkeit wahren.

Beim 119er hast Du gesagt, es sei eine akademische Diskussion. Für mich ist es tatsächlich mehr als eine akademische Diskussion. Für mich macht es einen Unterschied, ob wir ein Defizit haben von 40 Mio. haben oder einen Gewinn von 16 Mio. Franken. Man kann sagen, 56 Mio. Unterschied sind jetzt nicht so wesentlich... Ich finde schon, denn ich möchte nicht, dass wir am Schluss eine Rechnung 19 haben, in der für immer und ewig drin steht, wir hätten ein Defizit gehabt von 40 Mio. Denn auch das gibt ein falsches Bild über die Situation der Stadt Winterthur. Und mir ist es ein Anliegen, dass man von aussen nachvollziehen kann, wie es dieser Stadt geht. Es ist für uns wichtig, aber es ist auch für die wichtig, die sich von aussen ein Bild über die Stadt machen. Und deshalb - ja, es war ein Paukenschlag, den wir gemacht haben, als wir unser Budget präsentiert haben – weil wir einfach wussten, wenn wir nur dastehen und fein aufstrecken, dann geht gar nichts im Kanton. Sondern es hat diesen Paukenschlag gebraucht, weil es exemplarisch gezeigt hat, was diese neue Regelung in Winterthur bedeutet. Hätten wir das nicht gemacht, hätte heute der Kantonsrat die Parlamentarische Initiative nicht behandeln können, weil sie vermutlich gar nicht erst eingereicht worden wäre. Von daher war es sicher sinnvoll, dass wir das so machten.

Noch etwas zu Urs Hofer: Man kann auch das Wachstum nicht einfach mit dem Bevölkerungswachstum gleichsetzen. Es kommt doch darauf, wie die Bevölkerung wächst. Sind es Kinder, sind es Double Income No Kids, sind es Senioren, die in die Stadt kommen? Das bringt doch völlig andere Aufgaben mit sich, die die Verwaltung wieder lösen muss. Das sind andere Umstände, das sind andere Aufwände, die in einen Bereich steigen, sei das in der

Pflege, wenn Sozialhilfeempfänger kommen beim Sozialen, wenn es viele Kinder hat, dann ist es bei der Schule. Die Menschen, die kommen, sind nicht einfach linear über 7 Departemente verteilt. Sondern das kann dann bei den einzelnen Bereichen zu starkem oder konzentriertem Wachstum führen. Auch das muss man berücksichtigen, wenn man vergleicht. Es ist tatsächlich so, es ist eine Informationsasymmetrie. Das verstehe ich und ich verstehe auch, dass das zu Frustration geführt hat vom Gemeinderat gegenüber der Verwaltung und dem Stadtrat. Es ist so: Wir arbeiten damit, jeden Tag, und Ihr macht das in Eurer Freizeit mit einem grossen Aufwand. Ich verstehe, dass da auch ein gewisses Misstrauen vorhanden ist, ob man Euch die Informationen gibt, die Ihr wollt, bekommt Ihr das, was Ihr wollt. Ich kann einfach sagen: Unser Interesse ist, eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament zu haben. Unser Interesse ist es nicht, Informationen zurückzuhalten. Wir wollen informieren. Vielleicht finden wir nicht immer die gleichen Informationen gleich relevant wie das Parlament, aber deshalb hat man ja die Kommissionsberatungen, bei denen man Dinge fragen kann, bei denen man Dinge klären kann. Es hat auch jeder städtische Mitarbeiter ein Telefon. Man kann auch einfach mal anrufen und fragen, wie ist das eigentlich, habe ich das richtig verstanden? Das kann man alles machen. Also von daher... Ja, Michi, man muss zuerst dem Stadtrat anrufen, ob man dem Mitarbeiter anrufen darf... Schön, dass Du diese Regel kennst. Das sind so die Dinge, für das haben wir das.

Ich spüre einfach ein sehr grosses Misstrauen. Ich kann zurückschauen auf 20 Jahre und ich finde, es nimmt in einem Ausmass zu, das für mich nicht nachvollziehbar ist. Ich glaube, wir sind eigentlich transparent, die ganze Verwaltung, gerade mit der wirkungsorientierten Verwaltung. Wir zeigen ja, was wir machen. Der Gemeinderat setzt die Ziele fest, der Gemeinderat gibt das Budget und der Stadtrat legt Rechenschaft darüber ab, wie er diese Ziele erreichen will und wie er sie erreicht hat. Wir haben am Anfang... Ich bekam Stapel geliefert mit 6stelligen Kontiauszügen – ich wusste am Ende des Jahres, welcher Polizeihund wen gebissen hat. Aber hatte ich davon als Parlamentarierin irgendeinen Mehrwert? Hatte ich nicht. Heute habt Ihr so viele Informationen, und wir können natürlich auch immer noch mehr und noch mehr und noch mehr liefern, aber das macht es nicht übersichtlicher. Ich glaube, unsere Aufgabe wird sein, miteinander nochmals zu schauen, ob Ihr denn die richtigen Informationen erhaltet und in welcher Form diese aufbereitet sein sollen. Ich glaube, wir haben uns in den vergangenen Jahren sehr bemüht, gerade auch mit der Weisung zum Budget und zur Rechnung, Verständlichkeit zu bringen, Vergleichbarkeit zu bringen, mehr Grafiken hineinzubringen. It's working progress. Ich glaube, das ist wirklich das, was wir miteinander erarbeiten müssen. Aber bitte, es muss ein Miteinander sein. Mit einem solchen Misstrauen, der Stadtrat wolle ohnehin nur beschleissen und verstecken und das und so – ich finde es schwierig, wenn das die Grundhaltung der Zusammenarbeit ist. Und ich würde mir wirklich wünschen, dass wir das miteinander schaffen, zu einer Zusammenarbeit zu finden, die auch vieles miteinander ermöglicht. Das wäre mir ein sehr, sehr grosses Anliegen für die kommenden Jahre, die wir da miteinander Finanzpolitik machen werden.

Iris Kuster, Du hast das Dilemma eigentlich gut auf den Punkt gebracht. Du sagtest, Du möchtest gerne gleichbleibende Lebensqualität, Du willst mehr investieren, Eigenkapital bilden, keine Verschuldung und bitte keine zusätzlichen Steuern. Ja, schön, würde ich auch alles gerne machen. Wenn ich dann aber nachher den Kostenblock sehe - ich finde diese Grafik wirklich beeindruckend, und deshalb möchte ich sie nochmal zeigen – dann muss ich einfach sagen: Da sieht man das Kostenwachstum der Stadt Winterthur. Das sind diese Bereiche. Es geht nicht um eine Schuldzuweisung, aber da seht Ihr, es ist Volksschule, Sonderschulung, Individuelle Unterstützung, Beiträge an Organisationen – das sind hochregulierte Bereiche, bei denen uns der grösste Teil der Kosten durch übergeordnete Ebenen vorgegeben sind. Und wenn wir das stemmen wollen, aber gleichzeitig nicht den Ertrag erhöhen dürfen, aber diesen Aufwand stemmen müssen – dann heisst das nichts anderes, als dass wir an anderen Orten den Aufwand herunterfahren müssen. Und dann hast Du nicht mehr die gleichbleibende Lebensqualität. Irgendwann muss man sich für etwas entscheiden, man kann nicht alles haben. Man kann nicht mehr und mehr und mehr haben, und bitte nichts dafür zahlen müssen, und die anderen sollen es an einem anderen Ort einsparen. Die Rechnung

geht einfach nicht auf – HSG hin oder her, wo Du ja auch einmal sein durftest... Entschuldigung, den konnte ich mir nicht verkneifen.

Ich möchte noch etwas zu den Stellen sagen. Wenn man die absolute Zahl sieht von diesem Stellenwachstum, von diesen 75 Stellen. Ja natürlich, das tönt nach sehr viel – und es ist auch viel. Und jede Stelle muss finanziert werden. Aber wenn man es vielleicht einfach mal ein bisschen differenzierter anschaut, und deshalb möchte ich das auch nochmals so sagen: Wir haben im DKD 4,24 Stellen, die es schon immer gab, die einfach neu im Stellenplan erscheinen. Dann haben wir eine Stelle bei der Entsorgung. Das ist ein Betrieb, der wächst. Dann haben wir die Stellen bei der Feuerwehr, 3,3 Stellen. Schule und Sport: Erhöhte Kinderzahlen, erhöhte Kinderzahlen, noch mehr erhöhte Kinderzahlen.... Ja, das führt dann zu dem Aufbau der Stellen. Dann haben wir das Soziale: Das sind die Zahlen aus der Weisung, nicht aus dem Novemberbrief. Aber beim Sozialen seht Ihr auch, die 11 Stellen sind aus der Spitex respektive den Alterszentren. Dasselbe ist bei Stadtbuss, die 10 Stellen. Ja Herrgott, wie wollen wir denn den Fahrplanausbau machen ohne Chauffeure? Das geht einfach nicht. Natürlich sind es viele Stellen, aber es stehen Leistungen dahinter. Und ich finde, so differenziert müsste man das anschauen können, auch wenn es ein bisschen anstrengend ist und auch wenn es ein bisschen viele Stellen und viele Zahlen sind. Es geht nicht einfach darum, dass wir als Stadträte uns in die Hängematte legen können und schauen wollen, dass es alle in der Verwaltung auch ein bisschen gemütlich haben. Wir sind Dienstleister der Winterthurer Bevölkerung und wir müssen diese Dienstleistungen auch erbringen. Jetzt kann man sagen, es gibt da oder dort eine Stelle weniger, darüber kann man diskutieren. Aber letztlich ist das nicht der Hebel, der unsere Finanzen retten wird.

Was unsere Finanzen retten wird: Ja, Iris, das ist richtig, deshalb sage ich es nochmals, ist ein Soziallastenausgleich. Es ist auch nicht so, dass wir da nur hoffen, sondern wir arbeiten auch dafür, ganz besonders Nicolas. Ich zeige es einfach nochmals, wo wir heute stehen (die Zahlen 16 sind die aktuellsten Zahlen, die wir vom Kanton erhalten haben): Wir bezahlen mittlerweile 42 Mio. Franken – überdurchschnittlich hoch – Sozialkosten in der Stadt Winterthur. 42 Mio. Franken. Das ist einer der Hebel. Da würde man doch denken, doch, das könnte einen dazu motivieren, sich dafür einzusetzen, dass wir in diesem Kanton einen fairen Soziallastenausgleich bekommen, denn wenn wir da ansetzen können, dann haben wir wirklich nachhaltig etwas für unsere Finanzen gemacht. Unsere Schulkinder werden uns erhalten bleiben, und das ist auch schön, dann haben wir vielleicht auch Möglichkeiten - aber da, da erbringen wir Leistungen für andere Gemeinden des Kantons, die 1:1 davon profitieren. Das ist das, was die Winterthurer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für andere Gemeinden finanzieren. Und irgendwann muss man einfach mal aufhören, immer nur zu sagen, Winterthur sollte nicht nur immer fordern, fordern, fordern. Hier fordern wir nicht, das haben wir einfach zu Gute. Und apropos fordern, es ist so eine schöne Grafik, deshalb möchte ich sie gerne nochmals zeigen: Es wurde immer wieder gesagt, Winterthur sei total Profiteur des Kantons und grösste Empfängerin und alles zusammen... Vielleicht damit Ihr es einfach seht: Das ist Winterthur. Wir erhalten natürlich schon am meisten Ressourcenausgleich, wir sind ja auch viele in unserer Stadt. Aber alle die Punkte rechts davon, das sind Gemeinde, die pro Kopf deutlich mehr Ressourcenausgleich erhalten als die Stadt Winterthur. Einfach, damit das auch einmal gesagt ist, auch wieder die Vergleichbarkeit. Wir erhalten viel, wir sind auch viele – andere erhalten mehr. Das muss man vielleicht auch noch ein bisschen im Hinterkopf behalten.

Und dann auch noch etwas zu Dir, zu dem was Du gesagt hast, Iris, wegen KaiZen: KaiZen ist ja super. KaiZen braucht intrinsische Motivation. Wir haben in der Stadtverwaltung viele Mitarbeitende, die hier arbeiten, weil sie sehr intrinsisch motiviert sind, denn sonst würden sie auf einer Bank arbeiten oder sonst irgendwo in der Privatwirtschaft. Aber sie wollen mit ihrer Arbeit auf für das Gemeinwesen etwas zurückgeben. Intrinsisch motivierte Personen brauchen aber auch Wertschätzung. Das ist etwas ganz Zentrales. Wertschätzung erhalten sie zum einen über ihre direkten Vorgesetzten, wir als Stadtrat geben ihnen Wertschätzung, so gut wir das können, aber was für die Mitarbeitenden auch wichtig ist: Dass sie auch von aussen und vom Parlament als Vertretung dieser Aussenwelt eine Wertschätzung erhalten. Und

da muss ich sagen, mit diesen Anträgen, wie sie jetzt da sind (Stellen sollen effizienter werden, statt nur Büroklammern sortieren einmal ein Prozess und so, Lohnmassnahmen – um Himmels Willen, sie haben eh schon genug...) – diese Zeichen kommen an. Und das ist dann ganz schwierig, mit diesen Menschen dann KaiZen machen zu wollen, wenn sie bei der Rechnung noch ein knappes Dankeschön für die Leistung erhalten, die sie erbracht haben – beim Budget sind sie einfach nur Kostenfaktoren und keine Menschen, die für die Bevölkerung sehr, sehr wertvolle Dienstleistungen erbringen. Sehr gerne KaiZen, aber dann bitte so, dass die Wertschätzung auch ankommt.

Das war in etwa das, was ich sagen wollte. Noch ein Satz zur Verschuldung: Jawohl, wir verschulden uns auch mit diesem Budget zusätzlich. Selbstverständlich kommen die 40 Mio. Defizitbetrag in dem Sinne ohnehin, aber wenn man von den knapp 16 Mio. Franken ausgeht, die wir als Gewinn machen könnten... Du sagtest Free Cash Flow. Selbstverständlich. Wie entsteht Verschuldung? Wenn Abschreibungen plus das Ergebnis aus der Erfolgsrechnung die Höhe der Investitionen nicht decken. Okay. Aber was machen wir jetzt? Jetzt müssten wir also schon zu diesen 16 Mio. hinzu nochmals ca. 13 Mio. Gewinn machen, damit wir uns nicht zusätzlich verschulden. Okay. Ich würde hier hinein kommen mit einem Budget mit einem Gewinn von 30 Mio. Franken. Ich würde davon ausgehen, dass ungefähr 31 Stimmen hier drinnen eine Steuersenkung verlangen würden. Und das ist genau der Fluch. Wir werden uns erst dann nicht mehr zusätzlich verschulden, wenn irgendwann unsere Abschreibungen so hoch sind, dass es dann gar nicht mehr so darauf an kommt, wie hoch unser Gewinn in der Erfolgsrechnung ist. Sobald wir einen Gewinn ausweisen, will man Steuern senken. Und dann ist es einem wieder völlig egal, ob das zu einer zusätzlichen Verschuldung führt oder nicht. Man möchte sogar Steuern senken, währenddem man sich zusätzlich verschuldet. Meine Damen und Herren, das geht für mich so nicht ganz auf.

Ich hoffe bereits jetzt auf einen weissen Entscheid im Zusammenhang mit dem Steuerfuss. Ich hoffe auch, dass diejenigen, die sich über das Ergebnis vom Abstimmungssonntag gefreut haben und sagten, wie ernst es ihnen ist mit Schuldenabbau, sich auch heute noch daran erinnern können, auch wenn es dann um den Entscheid beim Steuerfuss geht.

Und was ich noch sagen möchte im Übrigen: Ich habe jetzt nur die einen Votanten, die mir vielleicht weniger nah waren, speziell adressiert, aber Roli, Dir möchte ich ganz herzlich Danke sagen für Dein kompetentes, unaufgeregtes Votum, das ich selbstverständlich sehr zutreffend gefunden habe. Und auch Felix Helg danke ich vielmals für die Vorbereitung, die wir haben konnten in der Aufsichtskommission. Es ist tatsächlich so, dass auch uns aufgefallen ist, dass wir sehr viele Anträge hatten bei uns. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung in dem ganzen Prozess.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es hat niemand das Nicht-Eintreten beantragt. Damit steigen wir nun in die Detailberatung ein. Wir gehen departementsweise die Produktgruppen durch und dort die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und auch den Novemberbrief durchgehen. Ich mache es so, dass dort, wo es Produktgruppen gibt, bei denen wir keine Anträge haben, ich sie nur kurz nenne. Wenn sich nicht eine Hand hebt, dass man etwas sagen oder noch einen Antrag stellen möchte, der bisher noch nicht bekannt ist, würde ich dann gleich weitermachen.

Wir beginnen mit dem Departement Kulturelles und Dienste.

Beim Personalamt hat es Anträge gemäss dem Drehbuch. Es gibt einen Kommissionsantrag und zwei Fraktionsanträge. Darf ich Urs Hofer bitten, den Kommissionsantrag und allenfalls auch gleich noch den Fraktionsantrag FDP zu begründen?

U. Hofer (FDP): Ich werde mich zum Kommissionsantrag äussern und auch ganz kurz zum Antrag der SVP-Fraktion, weil es bei beiden um Stellenkürzungen geht, die beantragt sind. Den Fraktionsantrag wird dann Felix Helg ausführen.

Ich erlaube mir, beide Anträge zusammenzunehmen, weil es beim einen darum geht, was beim anderen ist, und deshalb kann ich eigentlich umgekehrt verweisen. Bei der Personalentwicklung sehen wir wirklich eine Strategie. Es wurde uns in der Aufsichtskommission das Ziel aufgezeigt, konkrete Projekte, die durch diese Stelle angegangen werden können. Sprich: Wir

sehen einen Mehrwert, insbesondere für das Personal. Bei der Qualitätsmanager/in Berufliche Grundbildung konnten wir alle diese Punkte schlichtweg nicht erkennen. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag auf Nicht-Schaffung dieser Stelle Qualitätsmanager Berufliche Grundbildung, aber unterstützen den SVP-Antrag nicht. Insbesondere konnte nicht aufgezeigt werden, wieso es jetzt zwingend notwendig sein sollte, nachdem wir es jahrelang nicht hatten und deswegen keine Probleme hatten.

F. Helg (FDP): Ich spreche zum Antrag, der das Departementssekretariat betrifft, der da beim Personalamt eingestellt wurde. Es geht um den Personalaufwand, der im Departementssekretariat inklusive der Sozialleistungen um 68'000 Fr. steigt. Wir haben in verschiedenen Departementen festgestellt, dass es tatsächlich bei den Departementssekretariaten eine Aufstockung gibt. Aus unserer Sicht ist die Begründung beim Departementssekretariat DKD nicht in vollem Umfang ausgewiesen und wir beantragen deshalb, 40'000 Fr. zu kürzen. Es bleibt aber dann noch ein Betrag, um Arbeitsspitzen abzudecken, die dort allenfalls anfallen und abgedeckt werden müssen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Dann gibt es einen Fraktionsantrag der SVP, Reduktion Globalkredit um 100'000 Fr.

T. Brütsch (SVP): Zum Antrag der SVP-Fraktion: Wir sehen es etwas anders bezüglich dem Personalamt. Es ist für uns ein bisschen die alte Leier: Man schafft eine Stelle, begründet den Bedarf und die Ausgewiesenheit etwas halbherzig und befristet sie. Und nach Ablauf der Befristung kommt man zur Schlussfolgerung, dass es ohne diese Stelle sicher nicht mehr geht. Ich habe es bereits im Eintretensvotum erwähnt, dass zusätzliche Stellen mit dem Budget nur bewilligt werden sollen, wo es für das Parlament auch nachvollziehbar ist, welches die Gründe sind. Für uns ist vorliegend nicht nachvollziehbar begründet, weshalb es diese Stelle zwingend braucht. Auch allgemein fällt auf – und da sehen wir es eben ein bisschen anders als die FDP – dass das Personalamt sukzessive ausgebaut wird. Man muss vielleicht von der Retrospektive aus betrachtet nicht wie es die Finanzvorsteherin vorhin gemacht hat nur das letzte Jahr anschauen. Wenn man 10 Jahre zurückgeht, sieht man, dass das Personalamt damals 10,8 Stellen hatte. Im jetzigen Budget sind es bereits 15,65 Stellen. Schaut man das Personalamt und das Organigramm des Personalamtes an, dann gibt es da z.B. eine Fachmitarbeiterin Personalentwicklung, eine Leitung Personalentwicklung und Betriebliches Gesundheitsmanagement, 1,5 Stellen Mitarbeiterberatung und neu will der Stadtrat, auf das kommen wir anschliessend noch zu sprechen, auch eine Lern-Management-Software einführen. Letztlich bewilligen wir, das haben wir auch schon gehört, im Rahmen des Globalbudgets ohnehin nur das Geld. Dem Stadtrat steht es selbstverständlich frei, sich trotzdem aus dem bisherigen Geldtopf zu bedienen, wenn er die Meinung vertritt, dass es ohne eine Stelle Fachmitarbeiterin Personalentwicklung nicht mehr gehen würde. Das war der Fraktionsantrag.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir haben noch einen 4. Antrag. Wir machen es so, dass in Zukunft die Kommissionsanträge von der jeweiligen Referentin oder dem Referenten in der Kommission begründet werden. Die Einführung Lern-Management-System, Maria Sorgo.

M. Sorgo (AK): Es ist so, dass die Digitalisierung natürlich auch an der Weiterbildung, Einführung etc. bei neuem Personal oder bei Mitarbeitenden der Stadt Winterthur nicht vorbeigeht. Es haben deswegen auch schon verschiedene Departemente solche Lernangebote eingeführt, die online am Arbeitsplatz ausgeführt werden können. Insbesondere als Beispiel die Stadtpolizei ist da schon sehr weit und braucht das Tool nun im grossen Umfang, um ihre Mitarbeitenden zu schulen und weiterzubilden. Der Stadtrat hat jetzt beschlossen, dass das sinnvoll ist, weil es schon von verschiedenen Bereichen angewendet wird, dass man das zentralisiert, dass man da ein zentrales Lern-Management-System anbietet. Dass man eine einheitliche Lösung implementiert in der Stadt, die dann aber die verschiedenen Bereiche dann individuell nutzen können, so wie sie es brauchen.

In der Kommission wurde diskutiert, ob das überhaupt sinnvoll ist, ob es das überhaupt braucht. Eine Mehrheit der Kommission war der Meinung, dass die Zentralisierung eines solchen Lern-Management-Systems an sich eine gute oder eine wichtige Lösung ist und man da auf die Veränderungen eingeht. Allerdings fand dann wieder eine Mehrheit in der Aufwischskommission, dass dieser Antrag nicht einfach mit dem Budget bewilligt werden soll, sondern dass es eine separate Weisung vom Stadtrat braucht dazu, die dann dem Gemeinderat vorgelegt werden muss. Und deshalb geht es in diesem Antrag eigentlich darum, das Bewilligungsorgan von B auf # zu ändern.

Die Kommissionsminderheit hingegen fand, dass der Bedarf in der Budgetdiskussion in der Kommission genügend ausgewiesen wurde und deshalb die Änderung im Bewilligungsverfahren nicht stattfinden muss.

Ratspräsidentin A. Steiner: Das waren die Anträge zum Personalamt. Das Wort ist frei, um allfällige Voten zu platzieren.

B. Huizinga (EVP): Kurz eine Stellungnahme zum FDP-, also dem Kommissionsantrag für die Reduktion des Globalkredites um 100'000 Fr. Diesen Antrag, der von der FDP eingebracht wurde, unterstützen wir als EVP nicht. Das Personalamt hat bei der Budgetberatung seine Zahlen begründet ausgewiesen und es erscheint uns nicht sinnvoll, gerade im Bereich des Qualitätsmanagements, in der Berufsbildung zu sparen. Wir alle möchten gut qualifiziertes Personal beschäftigen und die Qualität lässt sich nicht mit einer fixen Skala messen, sondern muss ständig modifiziert und weiterentwickelt werden. Dieser Sparantrag ist aus unserer Sicht einer von mehreren, die einfach mit dem Zueihänder durchgezogen werden sollen. Beim Lern-Management gehören wir zur Minderheit in der Kommission, die fand, wenn wir diesen Antrag annehmen würden, dann würden wir zu stark ins operative Geschäft des DKD eingreifen. Die Leute an der Basis, die die Arbeit tagtäglich machen, wissen, was sie für Tools brauchen. Und wenn dazu eine Einführung eines Lern-Management-Systems gehört, dann ist es nicht nötig, dass wir systemfremden Politiker über Sinn respektive Unsinnigkeit diskutieren, sondern das soll das DKD selber entscheiden, ob das für sie das richtige Mittel ist.

Wir lehnen alle Anträge im Bereich Personalamt ab.

U. Hofer (FDP): Zu zwei Anträgen habe ich schon etwas gesagt und dass wir selbstverständlich den FDP-Antrag betreffend Departementssekretariat unterstützen, ist auch klar.

Nur kurz zur Lern-Management-Software: Es ist für uns eines dieser Projekte, die die Gefahr bergen, dass sie zwar im Budget nach relativ harmlosen Kosten aussehen, aber dann plötzlich bei allen Produktgruppen zu erheblichen Mehrkosten führen können. Es geht nicht nur um die Beschaffung dieser Software, das ist mit einem Mal erledigt. Aber man muss ja dann fortlaufend Inhalte erarbeiten, einkaufen und entwickeln – und das ist ein immenser Aufwand. Wir sind im Moment relativ für dieses Projekt, aber wir haben einfach zu wenig Informationen über dieses Projekt. Es dünkt uns, da steckt noch erheblich viel mehr dahinter als alleine diese Software-Beschaffung, und deshalb möchten wir da gerne eine Weisung haben. Wir finden das nicht einen operativen Eingriff, sondern wir finden das berechtigt.

I. Kuster (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag um Reduktion Qualitätsmanager Berufliche Grundausbildung, weil uns die Argumentation und Begründung nicht ganz überzeugen konnte.

Die Kürzung im Departementssekretariat DKD lehnen wir ab, weil das Sekretariat knapp dotiert ist und es ein massvoller Ausbau ist. Wir verlangen aber bei einem allfälligen weiteren Ausbau mehr Einblick und wir wollen einmal einen Quervergleich haben über die Sekretariate aller Departemente.

Die Fachstelle Personalentwicklung hat mit einem befristeten Pensum die Arbeit aufgenommen. Diese jetzt abubrechen, macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Es ist uns wichtig, dass das städtische Personal bezüglich der Entwicklung gut beraten ist. Und wenn es so gelingt, gutes Personal länger zu halten, trägt das hoffentlich auch zur Effizienz der Verwaltung bei.

Und ich glaube, da hat es noch Potential und es ist in der Privatwirtschaft ein Dauerprozess und gehört zum Alltag. Wir vertrauen natürlich auch darauf, dass Personal, das zu wenig produktiv ist, darauf hingewiesen wird und bei weiterem Nichtbefolgen Massnahmen gezogen werden. Wir wollen eine gute, effiziente Verwaltung und wir fordern, dass das Personalamt uns auch regelmässig über die Fachstelle Personalentwicklung einen Bericht erstattet und offenlegt, mit welchen Kennziffern sie arbeiten.

Zum Lern-Management-System finden wir es in Anbetracht des grossen Betrages nicht mehr als richtig, dass dem Gemeinderat eine Weisung vorgelegt wird.

M. Sorgo (SP): Ich möchte ganz kurz doch noch ausholen. Tobias Brütsch, Du hast vorhin gesagt, wenn man da ein bisschen retrospektiv ginge, hätte es da einen grossen Personalanstieg gegeben im Personalamt. Aber auch da ist es nicht ganz so einfach, wie wenn man nur die Zahlen anschaut. Dass die Stellen angestiegen sind von 10,0 auf 15 und auf die Zukunft ansteigen sollen – da ist nämlich nicht beinhaltet, dass das Personalamt der Stadt Winterthur immer mehr zur zentralen Schaltstelle wird, dass die Zentralisierung immer grösser wird und dass das Personalamt deshalb auch seit einigen Jahren zunehmend Aufgaben übernimmt, die vorher von den dezentralen Personalämtern der einzelnen Departemente ausgeführt wurden. D.h. es wurden auch Aufgaben verschoben und ein Teil dieser Aufgaben werden nun mehr und mehr zentral ausgeführt, was ja auch sinnvoll ist.

Zu den verschiedenen Anträgen: Die SP-Fraktion lehnt alle Kürzungsanträge hier ab. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder erlebt, wie das Personalamt unter der Leitung der Amtschefin mit einem doch bescheidenen personellen und auch finanziellen Etat verschiedene wichtige Projekte umgesetzt hat und neben ihrem Alltagsgeschäft auch grosse Geschäfte begleitet hat, wie Revision Personalstatut, aktuell Sanierung Pensionskasse, und gleichzeitig aufgrund der Zentralisierung weitere Aufgaben übernommen hat. Sie haben in den letzten Jahren aber doch sehr wenig mehr Ressourcen beantragt. Vorletztes Jahr im Budget die eine Stelle, von der wir es schon hatten (Fachmitarbeiterin Personalentwicklung), und jetzt kommen 1,6 Stellen dazu.

Zu der Stelle Qualitätsmanagement Berufliche Grundbildung ist noch zu erwähnen, dass diese Stelle befristet ist bis 2020. Da geht es darum, dass für verschiedene gesetzliche Grundlagen, die teilweise auch schon ein bisschen älter sind, die aus dem Berufsbildungsgesetz stammen, gewisse Dinge noch nachgezogen werden müssen, dass da gewisse Dinge bisher noch nicht vollzogen wurden. Diese Aufgaben muss man ohnehin umsetzen. Wenn man das nicht mit dieser befristeten Stelle machen kann, dann werden Ressourcen für andere Bereiche fehlen. Dann müssen das nämlich die Mitarbeitenden übernehmen, die jetzt schon genügend zu tun haben mit allen anderen Aufgaben, so dass dann am Schluss halt die Qualität der Begleitung der Lernenden leidet. Ich glaube nicht, dass dies in unserem Interesse ist.

Zur Stellenreduktion Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung: Der Stadtrat hatte diese Stelle eigentlich von Anfang an unbefristet beantragt, weil er der Meinung war, dass es in der Personalentwicklung eine Person mehr braucht, die auch in der Führungsentwicklung, in der Nachfolgeplanung unterstützt und auch die Mitarbeitenden bei ihrer Weiterentwicklung unterstützt. Auch da, das ist in unserer Zeit wichtig und würde der Stadt Winterthur gut anstehen. Deshalb sehen wir es so, dass man diese Stelle weiterführen sollte und das auch nicht befristet.

Die 40'000 Fr. Streichung im Departementssekretariat lehnen wir natürlich auch ab.

Die Implementierung des zentralen Lern-Management-Systems sehen wir als sinnvoll an. Ohne das zentrale Angebot werden einfach verschiedenen individuelle Lösungen weiterverfolgt. Da ist die Gefahr gross, dass verschiedene Angebote nebeneinander laufen, dass es eine Verzettelung gibt und dass schlussendlich mehr Ressourcen gebraucht werden, als wenn man das Ganze zentral führen würde. Dazu noch eine separate Weisung haben zu wollen, erachten wir als unnötig. Wir haben das Gefühl, wir haben da in der Vorbesprechung der Budgetdebatte vom Stadtrat genügend Informationen erhalten, und man muss einfach auch da sehen: Weisungen, Vorstösse und all das brauchen auch personelle Ressourcen. Und da finden wir es nicht wirklich statthaft, wenn man auf der einen Seite immer Personal streicht

und auf der anderen Seite hat man aber immer mehr Anfragen, möchte immer mehr Antworten, detailliertere Antworten haben will... Das sollte man auch bedenken bei seinen Forderungen.

Deshalb bitten wir Sie, alle gestellten Kürzungsanträge zum Personalamt abzulehnen. Dem Personalamt möchten wir herzlich danken für die gute Zusammenarbeit und für den Einsatz für die Stadt und die Verwaltung.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL lehnt diese vier Anträge auch ab. Zur Begründung möchte ich v.a. auf das Votum von Maria Sorgo verweisen und im Wesentlichen nur zwei Ergänzungen machen. Das Departementssekretariat ist die Stabstelle, die wirklich zentral ist für jeden Stadtrat und jede Stadträtin. Und da hat es offensichtlich bei den Lohn Einstufungen Ungleichheiten gegeben und es ist richtig, man muss das beseitigen. Es ist einfach, nicht akzeptabel, dass da eine horizontale Lohnungleichheit existiert. Und zur Einführung dieses Lern-Management-Systems: Ja, ich verstehe, dass man in Anbetracht des Betrages, der doch über 200'000 Fr. ist, gerne eine Weisung hätte. Wir würden aber dem Stadtrat diese Kompetenz mit dem Budget aber eigentlich gerne geben, damit dieser das entscheiden und vorwärtsmachen kann.

T. Brütsch (SVP): Ich komme zuerst nochmals auf den Antrag der SVP zurück, auf Reduktion des Globalkredits um 100'000 Fr. betreffend Stelle Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir den Eventualantrag stellen (er ist auch im Drehbuch), dass man die Stelle, wenn man sie dann behalten will, jedenfalls nochmals befristet. Und nach Ablauf der Befristung soll uns der Stadtrat genau mit facts & figures erklären, weshalb er nun diese Stelle tatsächlich braucht. Insofern dieser Eventualantrag.

Bezüglich der Stelle Qualitätsmanager/in Berufliche Grundausbildung: Wir teilen die Ansicht der FDP und unterstützen den Kürzungsantrag. Es sind solche Stellen, die wir aufgrund der Finanzlage der Stadt nicht als zwingend erforderlich betrachten und deshalb auch nicht mittragen werden. Dem Stadtrat steht es frei, im Rahmen des ihm zustehenden Globalbudgets diese Stelle zu finanzieren, wenn er die nötigen Mittel freischaufeln kann – aber nur dann. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass die Stellen, bei denen der Stadtrat jeweils gerne argumentiert, es bestünden gesetzliche Aufgaben, die ihn letztlich zur Stellenschaffung verpflichten würden – ich möchte beliebt machen, dieses Argument jeweils kritisch zu hinterfragen. Vorgebracht wird es v.a. dann, wenn man sonst keine schlaun Argumente hat. Es steht auf jeden Fall nirgends im Gesetz, dass die Stadt eine Qualitätsmanagerin braucht. Wäre das so, dann wäre es eine gebundene Ausgabe und wir könnten heute gar nicht darüber diskutieren. Die Reduktion der Lohnsumme um 40'000 Fr. im DKD, da gehen wir mit der FDP einig und unterstützen diesen Kürzungsantrag ebenfalls.

Zum letzten Punkt, die von der SVP eingebrachte Änderung des Bewilligungsorgans für die Einführung des Lern-Management-Systems: Dort kann ich grundsätzlich auch der FDP, Urs Hofer, zustimmen in seinem Votum. Wenn man sagt, man wolle es einfach dem Stadtrat glauben und das Ganze beschleunigen, dann ist das eigentlich eine Kapitulationserklärung. Wir sind der Meinung, dass uns der Stadtrat insofern nur die Spitze des Eisberges präsentiert und die Einführung einer Lern-Management-Software erhebliche Folgekosten haben wird. Deshalb sind wir der Meinung, dass es absolut berechtigt ist, eine separate Weisung vorgelegt zu bekommen, die die Folgekosten und die Gesamtstrategie dieses Projektes daraus hervorgehen.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich bitte Sie, alle 4 Anträge - oder 4,5 Anträge - zu versenken. Gott sei Dank hat das Personalamt in den letzten Jahren ein bisschen mehr Ressourcen bekommen, ganz kontinuierlich. Ich kann mich erinnern: Vor einigen Jahren hatten wir Besuch bei uns im Stadtrat von der HR-Abteilung der AXA Winterthur (es hiess damals schon AXA Winterthur). Sie zeigten uns, was sie für ihre Leute im HR-Bereich alles machen. Wir waren Anfänger im Vergleich zu dem, was sie machen. Und ich will ja nicht sagen, dass diese Leute es mehr wert sind, dass man sie entwickelt, dass man sie ausbildet, dass man sie begleitet und berät, als unsere 5'000 Leute in der Stadtverwaltung. Wir haben eine Verantwortung für

unsere Leute, wir haben ab diesem Moment ein zentrales dezentrales System aufgegleist, das heute hervorragend funktioniert. Das Personalamt hat einige Aufgaben zentralisiert, die vorher verteilt waren. Es war absolut gerechtfertigt, dass das Personalamt sich in einem vernünftigen Mass weiterentwickelt hat.

Es ist halt so: Wir haben eine gesetzliche Grundlage, dass wir Qualitätsmanagement sicherstellen müssen. Das ist ja auch gut. Es sind unsere Lernenden, die davon betroffen sind. Wir wollen diesen eine gute Lehre zur Verfügung stellen. Man spricht dort davon, dass man prüft, ob es Fachverbände braucht von diesen einzelnen Berufsbranchen, die wir ausbilden. Es geht um interne Schulungen von unseren Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Dort braucht es auch ein eLearning. Wenn das eLearning nicht kommt, machen wir einfach weiter Präsenzveranstaltungen, zum Thema Sicherheit im Superblock. Dann traben aber alle an. Das ist todsicher teurer, als wenn wir ein solches System haben, bei dem wir alle über diese Software lassen können, bei der nachher bestätigt wird, wer es bestanden hat und wer nicht. Und der dann halt nochmals darüber muss. Oder Sicherheit im IT-Bereich: Wir machen Präsenzveranstaltungen. Das kostet enorm viel Zeit und Geld. Wenn wir es mit dem eLearning machen könnte, hätte man ein System, das wirklich funktionieren würde.

Zurück zur Grundbildung: Die KV-Reform ist angekündigt. Diese muss man vorbereiten, damit unsere KV-Lernenden auch profitieren können von den Reformen, die kommen. Ich denke, es hat genügend Gründe, ausgerechnet bei unseren Lernenden keine Abstriche zu machen, wenn es darum geht, diese auszubilden und die gesetzliche Grundlage ist im Berufsbildungsgesetz Art. 8 und in der zugehörigen Verordnung Art. 3. Der Stadtrat hat sich lange mit dem Berufsbildungskonzept auseinandergesetzt, damals in der Folge dieses AXA-Auftrittes bei uns. Wir hatten kürzlich wieder Besuch von der AXA aus dem HR-Bereich bei uns im Stadtratsseminar. Die sind einfach meilenweit voraus. Wenn wir eine gute Arbeitgeberin sein wollen, dann können wir dort nicht einfach hinten dran stehen.

Bei der Personalentwicklung bin ich auch der Meinung: Wir haben Leute, die bei uns arbeiten. Wir machen jetzt schon neue Mitarbeiterbeurteilungen, Weiterbildungsprogramme, Personalbefragungen usw. Was wir nicht mehr machen könnten, wenn wir diese Stelle streichen müssten, sind die ganzen Dinge wie Nachfolgeplanung, Talentmanagement, Kompetenzmodell, verwaltungsinterne Jobrotation... Auch dort: Wir können einfach nicht mehr diese HR-Dienstleistungen erbringen, die wir bisher machen konnten.

Das eLearning habe ich schon gesagt, es macht absolut Sinn, dass man die Leute am Computer studieren und arbeiten lässt, als dass man Präsenzveranstaltungen macht, bei der sie Arbeitszeit zur Verfügung stellen müssen und nicht am Arbeitsplatz sind. Mit dem eLearning kann man sie über ein Programm lassen. Die Einheiten gehen vielleicht eine halbe Stunde. Dann muss man sie wiederholen, wenn man nicht bestanden hat. Das ist mit Sicherheit günstiger, als wenn man das 1:1 im Frontalunterricht machen würde.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie alle vier Anträge ablehnen, im Sinne eines modernen HR, das unser Personalamt zusammen mit den dezentralen Stellen wirklich umsetzt. Und wogegen ich mich auch verwahren möchte – und dieser hat mich also fast persönlich getroffen – wenn man behauptet, mein Departementssekretariat sei zu gross. Was ich mit den 10% beim Sekretariat mache: Ich hebe es auf ein durchschnittliches Niveau bei der Stadtverwaltung. Was ich mit den 10% machen bei der Controllerin: Ich hebe sie 10% unter den Schnitt bei der Stadtverwaltung. Der Stab beim DKD ist mit Sicherheit schlank und dort muss ich mir nichts vorwerfen lassen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen in der Reihenfolge nach Drehbuch ab.

Zuerst stimmen wir über den Kommissionsantrag ab: Reduktion des Globalkredits um CHF 100'000. Begründung: Keine Stelle Qualitätsmanager/in Berufliche Grundbildung.

Wer den Antrag annehmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dagegen ist, soll das bezeugen mit Handerheben.

Mit Stichentscheid der Vorsitzenden ist dieser Antrag angenommen.

Der zweite Antrag ist der Antrag der FDP: Reduktion der Lohnsumme inkl. Sozialleistungen des Departementssekretariates DKD um CHF 40'000 (wird verteilt auf die Globalkredite der Produktgruppen des DKD). Begründung: Es ist allgemein feststellbar, dass die Stäbe verschiedener Departemente aufgestockt werden. Der Anstieg der Lohnsumme inkl. Sozialleistungen erscheint uns nicht in vollem Umfang (ca. CHF 68'000) ausgewiesen. Eine Reduktion um einen Teilbetrag von CHF 40'000 erscheint verkraftbar.

Wer diesen Antrag annehmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auch hier bitte auszählen.

Wer dagegen ist?

Damit ist dieser Antrag mit 33:25 abgelehnt worden.

Der nächste Antrag könnte allenfalls zwei Anträge geben. Zuerst der Antrag SVP: Reduktion des Globalkredits um CHF 100'000. Streichung von 1.0 Stellen Fachmitarbeiter/in Personalentwicklung.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dagegen ist?

Das ist eine klare Mehrheit, die den Antrag ablehnt.

Gibt es nun einen Eventualantrag?

T. Brütsch (SVP): Ja.

Ratspräsidentin A. Steiner: Der Eventualantrag wäre eine Befristung um ein weiteres Jahr. Wer den Antrag um Befristung um ein weiteres Jahr annehmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Antrag: Änderung des Bewilligungsorgans von B zu # beim Bereich Einführung Lern-Management-System.

Wer eine Weisung möchte zu dem Punkt Einführung Lernmanagementsystem, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer dagegen ist?

Mit Stichentscheid der Vorsitzenden wird eine Weisung an den Gemeinderat verlangt.

Wir haben schon zwei Minuten überzogen. Ich wünsche allen einen schönen Abend und eine gute Woche. Bis nächsten Montag.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)